

19. Jahrgang

Nr. 4

Dezember 2008

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Nachhaltige
Entwicklung

Von der Erhaltung
zur Entwicklung

Aspekte der
Nachhaltigkeit

Finanzkrise: Zur
Alterung des Geldes

Betrachtungen und Berichte,
Initiativen und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Nachhaltige Entwicklung

(Udo Herrmannstorfer, Michael Ross, Harald Spehl, Christoph Strawe, Zusammenfassung C. Strawe) _____ 5

Von der Erhaltung zur Entwicklung _____ 5

Was ist nachhaltige Entwicklung? _____ 8

Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung _____ 12

Prozessstufen der Entwicklung _____ 17

Natur und nachhaltige Entwicklung _____ 19

Sozialästhetik der Alterung des Geldes -

Zur Weltfinanzkrise (Michael Rist) _____ 22

Berichte und Betrachtungen

Barack Obama (John Beck, C. Strawe) _____ 29

Stichwort „Multipolarität“ (Kai Ehlers) _____ 30

Götz Werner zu Konjunkturprogrammen _____ 31

Europa und Afrika (Wilhelm Neurohr) _____ 31

Agro-Gentechnik _____ 32

Debatte: Zur Demokratisierung der EU: _____ 33

Innsbrucker Erklärung _____ 33

Impuls 21: Kritik und Alternativen (Herbert Schliffka) _____ 34

Europäische Attacs zum EU-Gipfel _____ 38

Debatte: Die Linke (Jakob von Verschuer) _____ 39

Initiativen und Termine

Weltsozialforum / Sozialforum in Deutschland _____ 40

Film zum Grundeinkommen _____ 40

Tagung in Achberg _____ 41

Kongress Solidarische Ökonomie in Wien _____ 41

Kapitalismus am Ende? - Kongress Berlin _____ 42

Saatguttagung / Vierter McPlanet-Kongress _____ 42

Wir sind das Volk / Aktion Volksabstimmung / Hamburg braucht Hilfe _____ 43

Literatur

Benediktus Hardorp / Alfred Groff / Karl-Dieter Bodack u.a. _____ 44

Aufruf zum Kostenausgleich _____ 45

Fortbildungsseminare 2009 _____ 47

Studiengang Sozialentwicklung _____ 48

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, EMail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehram. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Am 10. Dezember vor 60 Jahren wurde in Paris von der UN-Generalversammlung die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Sie beginnt mit dem Satz: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“. Indem die Menschenrechte den einzelnen Menschen in den Mittelpunkt der Rechtsordnung stellen, reflektieren sie die Umstülpung im Verhältnis des Einzelnen zur Gemeinschaft, die auch den tiefsten Grund für die Notwendigkeit einer Dreigliederung des sozialen Organismus bildet. Die Menschenrechte schützen den Einzelnen nach drei Richtungen hin: Als individuelle Freiheitsrechte sollen sie die Durchlässigkeit des sozialen Gefüges für die Impulse der menschlichen Individuen sichern und sind insofern eine Basis für die Forderung nach freiem Geistesleben. Als demokratische Beteiligungsrechte bilden sie die Grundlage für die demokratische Teilhabe des Einzelnen an den Entscheidungen, die für die Gemeinschaft relevant sind. Und als Sozialrechte bilden sie die Basis der Forderung nach einer sozial-verantwortlichen kooperativen Ökonomie, die die Einkommen der Menschen generiert, ohne die Teilhabe nicht wirklich und umfassend gewährleistet ist.

Gegenwärtig müssen wir an vielen Stellen der Erde die elementarsten Rechte auf Leben und körperliche Unversehrtheit verteidigen und gegen Hunger und Ausgrenzung kämpfen. Gleichzeitig müssen wir uns zur Wehr setzen gegen alle Versuche, die Menschenrechte zu relativieren und ihnen die radikale Spitze zu nehmen. Es gibt nicht nur eklatante und grobe Verletzungen der Menschenrechte, sondern auch subtile und schwer durchschaubare. Tragen wir also mit dazu bei, die Öffentlichkeit gegenüber Menschenrechtsverletzungen, welcher Art auch immer, zu sensibilisieren!

Die vergangenen Monate standen im Zeichen der Finanzkrise, die inzwischen in eine Wirtschaftskrise hinübergewachsen ist, deren Reichweite erst langsam deutlich wird. In diesem Heft trägt Michael Rist mit seinem Artikel zur Sozialästhetik der Alterung des Geldes zum Verständnis der Krise und der Alternativen zum herrschenden Finanzsystem bei. Die Finanz- und Wirtschaftskrise okkupiert die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit derartig, dass darüber andere Frage in den Hintergrund gedrängt werden, die keineswegs weniger brisant sind. Die wichtigste dieser Fragen ist die ökologische Krisenlage, bei der die Klimaprobleme nur einen, wenn auch besonders wichtigen Aspekt darstellen. Dass sich dieses Heft schwerpunktmäßig dem Thema „nachhaltige Entwicklung“ widmet, hat von daher eine besondere Bedeutung.

Die Zeit fordert von uns, dass wir in unseren Bemühungen um die Dreigliederung des sozialen Organismus nicht nachlassen, sondern uns noch stärker engagieren. Dafür braucht es nicht nur Mut, Kraft, Ideen und Phantasie, sondern auch Geld. Daher bitte ich wieder um die Solidarität beim Kostenausgleich, verbunden mit dem herzlichsten Dank an alle, die im vergangenen Jahr mitgeholfen haben. Ich wünsche alle Leserinnen und Lesern gesegnete Weihnachten und alles Gute für das neue Jahr!

Ihr C. Strawe

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen*

Die Deutsche Bank kauft für knapp 3 Milliarden Euro 30 Prozent der Postbankaktien +++ Hunderttausende Menschen sind auf der Flucht vor dem Wirbelsturm Ike +++ Zusammenbruch der viertgrößten US-Investmentbank, Lehman Brothers, daraufhin weltweiter Kursrutsch an den Börsen. Die deutsche staatliche Förderbank KfW hatte Lehman noch kurz vor der Pleite 300 Mio. Euro überwiesen +++ Die US-Regierung kündigt die Auflage eines Rettungsfonds von bis zu 50 Mrd. Dollar an, um den weltgrößten Versicherungskonzern AIG mit einem Kredit zu retten. Die Notenbanken in USA, der Euro-Zone und in Japan pumpen weitere 180 Milliarden Dollar in den Finanzmarkt +++ Die chilenische Präsidentin Bachelet richtet einen Lateinamerika-Gipfel aus, der dem bolivianischen Präsidenten Morales den Rücken in den inneren Auseinandersetzungen um den Kurs Boliviens stärkt +++ Außenministerin Tzipi Livni wird neue Vorsitzende der Kadima-Partei und könnte damit Ehud Olmert auch als Ministerpräsident ablösen +++ Tod des Komponisten Mauricio Kagel +++ US-Finanzminister Paulsen gibt bekannt, dass die US-Regierung ein „Rettungspaket“ von rund 700 Milliarden Dollar geschnürt hat, um eine Kernschmelze des Finanzsystems zu verhindern, die besonders durch Erliegen des Interbankenverkehrs infolge gegenseitigen Misstrauens droht. Erst nach längerem Tausziehen im Repräsentantenhaus, wo vor allem republikanische Abgeordnete gegen das Paket votieren, lässt sich das „Rettungsprogramm“ durchsetzen. Die Blockade im Kongress hatte zuvor zum größten Tagesverlust - ein Minus von 738 Punkten - in der Geschichte des Dow-Jones-Index geführt +++ Rücktritt des südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki +++ Proteste gegen die Misere der Krankenhäuser in Deutschland +++ Der deutsche Bundestag beschließt ein Gesetz zum Ausbau der Kinderbetreuung +++ Amoklauf an einer Berufsschule erschüttert Finnland +++ Die IG Metall fordert acht Prozent mehr Lohn für die 3,6 Millionen Beschäftigten der Metallbranche. Es wird schließlich ein Kompromiss gefunden, der Lohnerhöhungen von 4,2 Prozent bringt +++ Finanzminister Steinbrück erklärt vor dem deutschen Bundestag, die Finanzkrise werde die Weltwirtschaft umwälzen, die USA würden ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren +++ Angela Merkel verteidigt erneut das VW-Gesetz, das dem Land Niedersachsen in dem Automobilkonzern eine Sperrminorität sichert, gegen die EU-Kommission, die es für unvereinbar mit dem europäischen Wettbewerbsrecht hält und die Bundesregierung vor dem Europäischen Gerichtshof verklagen will +++ Bei einem schweren Bombenanschlag auf das Marriott-Hotel in Islamabad/Pakistan sterben Dutzende Menschen +++ Skandal um Melamin-verseuchte Milchprodukte in China +++ Bei den Landtagswahlen in Bayern verliert die CSU ihre absolute Mehrheit und muss sich um eine Koalition bemühen. Infolge der Niederlage erklären Parteivorsitzender Huber und Ministerpräsident Beckstein ihren Rücktritt. Nachfolger Hubers wird Horst Seehofer +++ Die deutschen Koalitionsparteien fordern eine bessere Regulierung der Finanzmärkte. Derartige Forderungen waren in der Vergangenheit stets von Amerikanern und Briten abgelehnt worden. Angemahnt wird unter anderem

mehr Transparenz bei Banken, Rating-Agenturen und Hedgefonds +++ Mit der Immobilien-Bank Hypo Real Estate gerät erstmals auch ein deutscher Dax-Konzern in die Klemme. Die Bundesregierung übernahm zusammen mit Privatbanken die Bürgschaft für ein Hilfspaket von letztlich 50 Milliarden Euro +++ Zusammenkunft der Finanzminister der G-7-Staaten in Washington +++ In Paris findet ein G8-Gipfel zur Finanzkrise statt +++ Kanzlerin und Finanzminister versprechen eine hundertprozentige Staatsgarantie für alle Spareinlagen, um zu verhindern, dass Kunden panikartig ihre Konten räumen +++ Nach längerem Zögern entschließt sich auch Deutschland zur Etablierung eines umfassenden „Rettungsschirms“ für das Bankensystem. Er ermöglicht Staatsgarantien und Kapitalspritzen von 500 Milliarden Euro. Die Inanspruchnahme ist an Auflagen u.a. bei den Managergehältern geknüpft, die bei 500.000 Euro im Jahr gedeckelt werden sollen +++ Niederlage der CDU bei den Kommunalwahlen in Brandenburg +++ Die Ärztin Monika Hauser (medica mondiale) bekommt wegen ihres Engagements für vergewaltigte Frauen in Kriegsregionen den Alternativen Nobelpreis. Einen weiteren Preis erhält die somalische Frauenrechtlerin Asha Haji +++ Die Koalitionsspitzen einigen sich, die Bundeswehr notfalls auch im Inneren einzusetzen, dies wird jedoch später von der SPD wieder in Frage gestellt +++ Russland setzt seinen Abzug aus Georgien fort +++ Tod des ultrarechten österreichischen Politikers Jörg Haider bei einem Autounfall in angetrunkenem Zustand +++ UNO-Welttag zur Überwindung der Armut +++ Die Bundesregierung plant weitere 1000 Soldaten nach Afghanistan zu entsenden +++ Bei den Parlamentswahlen in Kanada werden die Konservativen stärkste Kraft +++ Die SPD wählt Frank-Walter Steinmeier zum Kanzlerkandidaten und Franz Müntefering zum Parteivorsitzenden +++ Die EU-Kommission plant den Einsatz von Ganzkörperscannern („Nacktscannern“) auf allen Flughäfen. Deutschland wehrt sich dagegen +++ CSU und FDP einigen sich über einen Koalitionsvertrag für Bayern +++ Infolge der Finanzkrise wird mit einem Wiederanstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland im zweiten Halbjahr 2009 gerechnet +++ Asien-Europa-Gipfel mit 43 Staaten. Gefordert wird eine bessere Aufsicht und Regulierung der internationalen Finanzmärkte +++ Die Organisation Erdöl exportierender Länder OPEC kürzt die Ölfördermenge, nachdem sich der Rohölpreis seit Anfang Juli halbiert hatte +++ SPD und Grüne in Hessen einigen sich auf eine Minderheitskoalition unter Duldung der Linkspartei. Der Versuch der Machtübernahme scheitert schließlich an der Ankündigung von 4 SPD-Landtagsabgeordneten, Andrea Ypsilanti ihre Stimme zu verweigern. Bei den schließlich erforderlichen Neuwahlen wird sie nicht mehr kandidieren +++ Beim „Bildungsgipfel“ in Deutschland zwischen Bund und Ländern verständigt man sich prinzipiell darauf, bis 2015 10 Prozent des BIP für Bildung und Forschung auszugeben. Einzelheiten und Modalitäten bleiben allerdings weitgehend unklar +++ Die Börsenkurse sind weiterhin weltweit auf Talfahrt +++ Angesichts der Krise wird der Ruf nach gezielten Maßnahmen zur Konjunkturförderung in Deutschland lauter. Im Gespräch ist u.a. eine stärkere Förderung energiesparender Gebäudesanierung. Es wird schließlich ein Programm im Volumen von 12 Milliarden Euro beschlossen, das aber vom Sachverständigenrat als zu zaghaft kritisiert wird +++ Laut einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat sich seit dem Jahr 2000 in der

* 12. September bis 7. Dezember 2008

BRD die Schere zwischen Arm und Reich stärker geöffnet als in den meisten anderen OECD-Ländern. Knapp 20 Prozent der BRD-Bevölkerung leben in Haushalten ohne Erwerbseinkommen +++ Zwei Bundeswehrsoldaten kommen bei einem Anschlag in Afghanistan ums Leben. Die Bundesregierung hält dennoch am Afghanistan-Einsatz fest +++ Der neue CSU-Vorsitzende Horst Seehofer wird in Bayern auch zum Ministerpräsidenten gewählt. Neue Bundesministerin für Landwirtschaft wird Ilse Aigner +++ Nach der Bayern LB erwägen auch weitere Landesbanken, darunter die HSH Nordbank und die West LB, das staatliche Rettungspaket in Anspruch zu nehmen +++ Der Börsengang der Deutschen Bahn wird wegen der Finanzmarktkrise auf unbestimmte Zeit verschoben +++ Aus Sicherheitsgründen vorgenommene technische Überprüfungen von ICE-Zügen führen zu wochenlangen Behinderungen im Zugverkehr +++ Die EU-Kommission stellt Maßnahmen zur Konjunkturförderung in Aussicht, darunter zinsgünstige Kredite zur Stabilisierung der europäischen Autoindustrie +++ Nach Island droht nun auch Ungarn der Staatsbankrott. Weltbank und IWF springen mit 20 Milliarden Euro ein +++ Nach dem Scheitern von Koalitionsverhandlungen steht Israel vor Neuwahlen +++ Selbstmordanschlag auf das afghanische Informationsministerium +++ Die deutsche Bundesregierung beschließt im Zusammenhang mit der Einführung des Gesundheitsfonds Anfang 2009 einen einheitlichen Beitragssatz für die gesetzlichen Krankenkassen von 15,5 Prozent des Bruttoeinkommens +++ Mehr als 100 Tote bei Erdbeben in Pakistan +++ Pakistan droht wegen fehlender Devisenreserven der Staatsbankrott. Der Internationale Währungsfonds gewährt einen Kredit von über 7 Milliarden US-Dollar +++ Der Chef des Münchener IfO-Institutes, Hans-Werner Sinn, vergleicht die gegenwärtige Managerkritik mit der Judenverfolgung und gerät wegen dieses unsäglichen Vergleichs unter heftige Kritik +++ Im Kongo befinden sich Zehntausende auf der Flucht vor marodierenden Soldaten. In dem Land war es erneut zu Kämpfen zwischen Rebellen und Regierungssoldaten gekommen +++ Barack Obama wird mit überraschend großem Vorsprung neuer Präsident der USA. Damit ist erstmals in der Geschichte des Landes ein farbiger Präsident. Auch im Kongress bauen die Demokraten ihre Mehrheit aus. Das Ende der Ära Bush wird weltweit mit Erleichterung zur Kenntnis genommen +++ Russlands Präsident Medwedjew kündigt die Stationierung von Kurzstreckenraketen in Kaliningrad für den Fall an, dass in Osteuropa der sogenannte Raketenabwehrschild der USA errichtet wird +++ Das deutsche Parlament beschließt ein Gesetz, das dem Bundeskriminalamt weitgehende Befugnisse wie Wohnungsüberwachung und Online-Durchsuchung von PCs gibt. Das Gesetz findet jedoch im Bundesrat keine Mehrheit, so dass nach einem Kompromiss gesucht werden muss +++ Die EU nimmt die Verhandlungen mit Russland wieder auf +++ Massive Protestaktionen gegen den Transport von Atom Müll in das Atom Mülllager Gorleben, auch die Führung der Grünen beteiligt sich daran +++ Zehntausende Schüler in ganz Deutschland demonstrieren für gleiche Bildungschancen und bessere Ausstattung der Schulen ++++ Schwere Waldbrände in Kalifornien +++ Beim Parteitag der Grünen in Erfurt wird Cem Özdemir in die Doppelspitze der Partei gewählt. Er ist der erste Parteichef türkischer Herkunft in Deutschland +++ Der Sachverständigenrat konstatiert, dass Deutschland in die Rezession gehe +++ Der angeschlagene Opel-Konzern verlangt Staatsbürgschaften in Höhe von mindestens

1 Milliarde Euro +++ Die SchülerInnen im Land Sachsen schneiden bei der neuesten PISA Studie am besten unter den Deutschen ab +++ Die EU-Landwirtschaftsminister kürzen die Direkt-Beihilfen für die Landwirte um 5 Prozent +++ Barack Obama kündigt ein gewaltiges Konjunkturförderungsprogramm an, das unter anderem Investitionen im Straßenbau, bei erneuerbaren Energien und in der Bildung vorsieht. Er hält auch an der Ankündigung fest, dass der CO₂-Ausstoß der USA bis 2050 gegenüber 1990 um 80 Prozent reduziert werden soll. In der neuen Regierung werden zahlreiche Persönlichkeiten der Clinton-Administration arbeiten; Hillary Clinton wird Außenministerin +++ Jedes zweite Unternehmen in Deutschland plant inzwischen Entlassungen, so das Kölner Institut für Wirtschaft +++ Die Citigroup - früher einmal das weltgrößte Bankunternehmen - erhält von der US-Regierung Kapital in Höhe von 20 Milliarden Dollar sowie Bürgschaften im Wert von gut 300 Milliarden Dollar +++ An der somalischen Küste wird ein Supertanker von Freibeutern entführt +++ Die US-Geheimdienste sagen dem Land bis zum Jahr 2025 einen erheblichen Machtverlust voraus, es werde nur noch ein Akteur unter anderen sein +++ Die deutsche Bundesregierung muss wegen der Finanz- und Wirtschaftskrise die Neuverschuldung drastisch erhöhen. Das Ziel eines konsolidierten Haushalts rückt damit in weitere Ferne +++ Waldbrände in Kalifornien +++ Ein Finanzgipfel der sogenannten G 20 Staaten in Washington verständigt sich über Grundlinien eines Aktionsplans zur Reform des Finanzsystems. Ein nächster Gipfel soll im Frühjahr stattfinden. Dann sollen konkretere Maßnahmenpläne verabschiedet werden +++ Krise bei den Französischen Sozialisten, bei einer parteiinternen Abstimmung gewinnt Martine Aubry knapp das Rennen um die Parteiführung, ihre Konkurrentin Ségolène Royal erkennt das Ergebnis auch nach erneuter Auszählung der Stimmen nicht an +++ Terroranschläge in der indischen Stadt Mumbai fordern Hunderte Opfer. Die Terroristen hatten an verschiedenen Stellen der Stadt zugeschlagen, so im berühmten Taj-Mahal-Hotel +++ Im Kosovo sind drei Agenten des Bundesnachrichtendienstes festgenommen, schließlich aber wieder freigelassen worden +++ In Österreich kommt es erneut zu einer Großen Koalition. Bundeskanzler soll der SPÖ-Politiker Werner Faymann werden +++ Nach jahrelanger Auseinandersetzung einigt sich die deutsche Große Koalition auf eine Reform der Erbschaftsteuer +++ Bayerische Landesbank und Landesbank Baden-Württemberg brauchen Finanzspritzen und Bürgschaften, die Bayern LB im Umfang von 30 Milliarden Euro. Es wird mit einem massiven Stellenabbau gerechnet +++ Die Opposition in Thailand besetzt eine Woche lang die Flughäfen, Reisende sitzen fest. Die Aktion wird beendet, nachdem das Verfassungsgericht die Regierungspartei verboten hat und der Premier zurückgetreten ist +++ Die Europäische Zentralbank senkt den Leitzins um 0,75 Prozentpunkte auf 2,5 Prozent +++ Die französische Regierung legt ein umfangreiches Konjunkturpaket vor +++ Beginn der UNO-Klimakonferenz im polnischen Poznan (Posen) +++ Angela Merkel wird auf dem CDU-Parteitag als Parteivorsitzende bestätigt +++ In Oslo wird eine Konvention zum weltweiten Verbot von Streubomben unterzeichnet - allerdings verweigern sich die USA, Russland, China und Israel +++ Die im 2. Halbjahr 2008 gegebenen staatlichen Bankgarantien, staatliche Kapitalbeteiligungen und Aufkäufe fauler Kredite summieren sich inzwischen weltweit auf über 3,2 Billionen Euro. Konjunkturprogramme sind in dieser Zahl nicht berücksichtigt +++

Nachhaltige Entwicklung

In Entwicklungen denken*

*Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl,
Michael Ross, Christoph Strawe*

Von der Erhaltung zur Entwicklung

*Udo Herrmannstorfer
Zusammenfassung C. Strawe*

Wenn wir unsere heutige Zeit anschauen, dann erleben wir auf der einen Seite eine ungeheure Dynamik, eine Überstürzung der Entwicklung. Auf der anderen Seite spüren wir eine Art Ziellosigkeit, eine Richtungslosigkeit der Entwicklung, eine Unsicherheit gegenüber der Frage, wohin es eigentlich geht. Wir experimentieren und sind zugleich unsicher der Zukunft gegenüber.

Können wir uns auf einen Entwicklungsfortschritt beziehen, den es zu bewältigen gilt? Die Dreigliederung des sozialen Organismus setzt da an: Sie soll nicht eine „gute Idee“ umsetzen, sondern die sozialen Forderungen der Zeit zum Ausdruck bringen, die sich aus einem solchen Fortschreiten der Menschen und der Menschheit ergeben. Auch wenn es individuell dabei Unterschiede im Entwicklungstempo geben mag: Im Großen gibt es einen aus diesem Fortschreiten heraus letztlich unabweisbaren Gestaltungsbedarf.

Die Untersuchung des Begriffspaares „Erhaltung“ und „Entwicklung“ kann deutlicher machen, wo wir in der Entwicklungsfrage heute stehen. Der Entwicklungsgedanke war nicht immer da, er ist ein moderner Gedanke. Was drückt sich darin aus? Um dies zu verstehen, muss man zurückgehen und das Empfinden der Menschen in älteren Zeiten betrachten, in denen Entwicklung noch kein Thema oder Anliegen war.

Jeder Mensch trägt die Fragestellung nach dem Woher und dem Wohin in sich. Er kann sie abdämpfen oder verstärken, sie ist letztlich unabweisbar. Wenn wir sie verdrängen, geraten wir in eine Sinnkrise. Sinn heißt, das Wohin und Woher erleben zu können, während

* Es handelt sich um die Zusammenfassung von Referaten, die die Autoren im Rahmen eines Seminars im April dieses Jahres gehalten haben.

die reine punktuelle Gegenwart sinnlos ist. Man mag die Frage übertäuben durch äußere Aktivitäten - sie holt uns wieder ein und wir beginnen nach dem Sinn dessen, was wir tun, zu fragen, danach, was wir an der Tätigkeit gewonnen und entwickelt haben.

Das Verhältnis der Menschen zum Woher und Wohin hat sich im Laufe der Geschichte geändert. Idealtypisch lassen sich drei Etappen unterscheiden, die durch eine jeweils typische Form des Darinnenstehens der Menschen in der Zeitachse zu charakterisieren sind.

Alte Kulturen: Bewahrung der Verbindung zum Ursprung

Wenn sich ein Mensch als Wesen empfindet und zugleich nicht das Bewusstsein hat, bei der Entstehung dieses Wesens selbst dabei gewesen zu sein, dann muss sich dieser Mensch als Geschöpf fühlen, als Wesen, das da ist, das sich in einem bestimmten Punkt findet. Meinem Dasein muss etwas vorausgegangen sein, aus dem heraus ich da bin. So landen eigentlich alle alten Betrachtungsweisen bei der Schöpfung. Welche Mythologie man auch nimmt, welche Überlieferung, immer kommen wir zu einem Schöpfungsmythos. Ein solcher beinhaltet von vornherein drei Dinge: Die Welt, den Menschen und eine geistige Welt, - eine Gottheit, wie immer man dies auch bezeichnen mag.

So erleben sich alle alten Kulturen wie aus einem Ursprung heraus. Man fühlt sich als Teil eines Stroms, in dem man sich in Übereinstimmung mit dem Ursprung bewegt. Die „Religio“, die Rückbindung an den Ursprung, ist von größter Bedeutung. Das Erhalten der Beziehung zum Ursprung wird als Bedingung des Menschseins empfunden. So wird in den alten Kulturen immer gefragt: Bleiben wir in der Verbindung zum Ursprung, sind wir noch auf dem rechten Weg? Vom Ursprung her leuchtet das Licht, das den Weg erhellt.

Rousseau beantwortete bekanntlich die Fragestellung der Akademie von Dijon, ob die Gegenwartskultur ein Höhepunkt oder ein Tiefpunkt der Entwicklung sei, mit seinem „Zurück zur Natur“. Das spielt in einer anderen Zeit, aber die Frage: Wohin sind wir gekommen? - ist auch die Frage der Alten. Für diese ist die Übereinstimmung mit der Tradition essentiell. In Tempeln, Kultstätten, Mysterien, Kirchen pflegt man den Zusammenhang mit dem göttlichen Ursprung. Die Führenden in den alten Gesellschaften weisen sich dadurch aus, dass sie „im Glied“ der Traditionsreihe stehen und dadurch zur Führung berechtigt und befugt sind. Nicht die Zukunftsfrage, sondern die Vergangenheit steht gesellschaftlich im Vordergrund. Die Gesellschaft wird durch die Entfernung vom Ursprung in ihrem Bestand gefährdet, Bewahrung der Tradition dagegen bewahrt die Gesellschaft.

Die Ägypter besaßen noch die „goldenen Bücher“. Die Vergangenheit ist in der Gegenwart noch anwesend. Aber irgendwann endet diese Epoche. Die Menschen „kommen ganz auf der Erde an“. Doch immer wieder taucht die Frage nach der Verbindung auf, bis dahin dass man das Irdische als „Abfall“ vom Geistigen erlebt und nach der Auflösung der Verstrickung mit der Welt

strebt. In vielen spirituellen Strömungen tauchen solche Motive auf, lebt der Wunsch, das Verflochten-Sein in die Welt durch Askese aufzulösen. Auch heute geht der Blick von Menschen rückwärts, gibt es so etwas wie Sehnsucht nach einem verlorenen Paradies, in dem es keine moderne Hektik gab und der Mensch in Harmonie lebte. Ganz allgemein greift ein Gefühl um sich, dass das Heil nicht in einer weiteren Steigerung des Entwicklungstempos, sondern in Entschleunigung zu suchen sei. Die letzten drei Jahrhunderte haben ja erst diese enorme Beschleunigung gebracht, der gegenüber frühere Entwicklungen sich langsam, über Jahrtausende vollzogen haben. So entsteht eine Stimmung, die in der Rückwärtswendung zugleich die Aufhebung der Beschleunigung ersehnt.

Wir wissen, dass es ein solches einfaches Zurück nicht geben kann. Alle Mythologien deuten auf ein Geheimnis, das mit der Schöpfung notwendig verbunden ist. Ob es nun als Sündenfall oder wie immer bezeichnet wird: es hat immer zu tun mit dem Verlust ursprünglicher Harmonie. Schöpfung heißt, dass Welt entsteht, Geistiges irdisch wird. Die Unterscheidung von Geschöpf und Schöpfer wird zur Einbruchsstelle für eine Kraft, die den Menschen inspiriert, etwas für sich selbst zu sein, sein Eigensein gegenüber dem Ursprung zu leben und damit zugleich sein Bewusstsein von seiner substanziellen Einheit mit diesem Ursprung zu verdunkeln. Man hat diese Kraft Luzifer genannt und hat sie im Bild der Schlange gezeichnet. Wir können an Prometheus denken, der das Feuer vom Himmel holt und damit Zukunft gestaltet, - im Gegensatz zum konservierend rückwärts schauenden Epimetheus. Wir können an eine „Kainsströmung“ in der Menschheit denken, Menschen, die nicht mehr nur Hirte sein wollen sondern die die Erde bearbeiten und Handwerke betreiben wollen und damit im Gegensatz stehen zur „Abelströmung“.

Je länger die Entwicklung so geht, um so schwerer wird es, die Verbindung zu halten, um so mehr wächst Eigenheit, Eigenwilligkeit. Die Kluft, die durch die Schöpfung selbst entsteht, vergrößert sich. Die Gegenwart tut sich schwer, den Zusammenhang überhaupt noch zu sehen. Vielen ist „Schöpfung“ ein Kindermärchen geworden.

Zwischen dem Motiv der Erhaltung und dem der Entwicklung finden wir die römische Kultur - in gewisser Weise gehört auch die griechische dorthin. Rom schließt noch ganz ans Alte an, man ehrt die alten Götter. Aber zugleich kommt das Erdenrecht des Einzel-Ich zur Geltung. Alle Religionen werden geduldet, soweit sie die römische Staatsräson anerkennen. Das Pantheon ist als Heiligtum aller Hauptgötter zugleich Ausdruck des Verblässens des Götterbezugs. Die Götter bilden nur noch Umkreis, im Mittelpunkt steht der Mensch.

Wie wissen wir unter solchen Umständen, wie es mit der Gesellschaft weitergeht? Dem römischen König Tarquinius Superbus sind einer Mythe zufolge die prophetischen Bücher der Sybille von Cumae zu teuer, weshalb 6 von ihnen verbrannt werden, bevor er einlenkt und die letzten drei erwirbt. Es ist fraglich geworden, was die alten Bücher bedeuten und wie viel sie einem noch wert sein können. Seither nehmen wir uns immer mehr als

irdische Persönlichkeit wahr, als Ich - ohne substanziellen Bezug zu einer geistigen Welt oder Schöpfung. Nur der irdische Teil des Menschen bleibt übrig. Kant schlägt endgültig die Tür zur Erkenntnis einer geistigen Welt zu: Diese ist prinzipiell unerkennbar, allenfalls als Postulat der praktischen Vernunft in der Wissenschaft geduldet, ansonsten bloße Glaubensfrage. Agnostizismus und Materialismus, das Ignorieren oder die Leugnung einer geistigen Welt setzen sich immer mehr durch.

Ego-Prinzip: Fortschritt und Zerstörung

Die Frage nach der Erhaltung wird jetzt eine ganz andere, lautet nicht mehr „wie bewahren wir die Tradition“, sondern „Wie erhalte ich mich?“ Nicht mehr, wie ich im Ganzen stehe, sondern wie alles zu mir steht, wird wichtig. Der Egoismus wird bestimmend. Dieser war früher nur eine Triebkraft menschlichen Verhaltens, die durch die Einbindung des Menschen in eine höhere Ordnung gezügelt wurde. Jetzt wird der Egoismus immer mehr prägend für die gesellschaftliche Ordnung.

Indem es fragt „Was bringt es mir, was bedeutet es für mich?“ beginnt das Ich ohne Ursprung ganz aus der Gegenwart heraus zu leben. Es entsteht eine Haltung, die keine Rücksicht mehr auf geistige und moralische Traditionen nimmt. Allenfalls empfinde ich mich als durch Gott mit Talenten beschenkt, mit denen ich mich tüchtig in der Welt betätigen kann und vom Tellerwäscher zum Millionär aufsteigen kann.

In einem Interview mit der Züricher Weltwoche vom 25. November dieses Jahres erklärte der 93-jährige Milliardär David Rockefeller auf die Vorhaltung, zur reichsten Familie der Welt sei der Rockefeller-Clan durch Öl und wohl auch durch kriminelle Machenschaften geworden: „Das war eine andere Zeit, ohne die vielen Gesetze, die den Wettbewerb heute regeln. Zugegeben, der Konkurrenzkampf war unerbittlich. Doch mein Großvater und seine Partner waren höchstens im Sinne des damals üblichen Geschäftsgebarens schuldig.“ „Mein Großvater hat sein Leben lang zehn Prozent dessen gespendet, was er sich selbst zubilligte. Der Name Rockefeller steht somit auch für Mäzenatentum.“ Besser kann man die gespaltene Moral nicht beschreiben, die erlaubt, zu machen, was man gerade will und was einem nützt, und sich als guter Mensch zu fühlen, weil man doch auch „soviel spendet“.

Meinen Teil zu erhalten, wird zum Ziel. Mit dem Bindungsverlust wird alles interpretierbar, der Willkür zugänglich. Die Marktwirtschaft fragt nicht nach dem Richtigen, sondern nach dem Marktgerechten. Erhalte Dich, indem Du die Dinge an Dich nimmst, lautet die Maxime. Das Ich rafft den Reichtum der Welt zusammen und verleibt ihn sich ein. Dinge an sich zu ziehen verleiht Macht. Die Machtkonzentration bei einzelnen Menschen wird selbstzweckhaft. Mit der Macht des einen verringert sich die des Anderen, der Reichtum des einen wird des Anderen Armut. Das zerstört letztlich die Zusammenhänge, aus denen das Ich doch herausgewachsen ist. Der Egoismus als Frucht der Vergangenheit erweist sich ihr gegenüber als zerstörerisch.

Heute beginnen wir wach zu werden für diese Zerstörungskraft. Wir glaubten, es so herrlich weit gebracht zu haben und sehen nun die Kehrseite. Wo wir uns nicht an die Vergangenheit halten können, müssen wir um so mehr fragen, was wir in der Gegenwart und Zukunft durch unserer Handlungen an Wirkungen auslösen. Wir erleben diese Folgen an uns, das Ich spiegelt sich an ihnen. Nun beginnt die Nachdenklichkeit: Wie verhindern wir Umweltzerstörung? Es wird klar, dass es so nicht weitergehen kann. Denn alle Extrapolationen zeigen, dass „Fortschritt“ und „Wachstum“ des bisherigen Typs in den Abgrund führen. Wir stehen an einer Schwelle.

Wie kann es zu einer Stabilisierung kommen? Gibt es eine Form der Entwicklung, die zugleich erhaltend ist? Das ist das Grundmotiv der Diskussion um nachhaltige Entwicklung. Soll es sich dabei nicht um eine Form der Pseudonachhaltigkeit handeln, müssen wir von einer oberflächlichen Betrachtung zu einer Vertiefung kommen. Der norwegische Sozialwissenschaftler Arne Næss hat dafür den Begriff der Tiefenökologie (deep ecology) geprägt - im Gegensatz zur flachen (shallow) Ökologie.* Die letztere führt nicht wirklich weiter, versucht nur das Alte auf reduziertem Niveau zu stabilisieren. Es ist eine Nachhaltigkeit der bloßen „Erhaltung“ bestehender Verhältnisse.

Über den alten Kulturen lag immer ein Zug des Fatalismus - man fügte sich in die Ordnung ein, die geistig legitimiert erschien und der gegenüber es deshalb keinen Handlungsbedarf der Veränderung gab. Heute gibt es wie spiegelbildlich dazu eine Art Fatalismus. „Nach uns die Sintflut“, ist die Devise. Das Ego muss nur soweit fragen, wie es selbst reicht. Alles andere tangiert es nicht. Was also tun, wenn man einerseits den Egoismus als eine anthropologische Konstante ansieht und ihm andererseits eine die Zukunft zerstörende Wirkung zuschreiben muss, wie sie 1972 in der Studie des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums diagnostiziert und seither immer wieder beschrieben wurde? Der Bericht von 1992 über die neuen Grenzen des Wachstums konstatierte, dass sich wenig geändert habe. Als einziger Schutz gegen die Katastrophe bleibt schließlich, das Ego selbst weiter zu denken - als in seinen Kindern fortlebend -, so dass das „Nach uns die Sintflut“ mit dem Selbsterhaltungstrieb und Selbstinteresse des Ego in Konflikt käme.

Tiefenökologie und Zukunftsfähigkeit: Entwicklung als Verwandlung

Die Frage der Nachhaltigkeit erscheint daher häufig fokussiert auf den sparsamen Umgang mit den bestehenden Ressourcen, damit die folgenden Generationen „auch noch etwas davon haben“. Als Maßstab des Umweltverbrauchs wird das Bild des ökologischen Fußabdrucks (ecologic footprint) eingeführt. Man sieht förmlich die Spur der Zerstörung vor sich, die der Mensch hinterlässt. Das führt zur zusätzlichen Gefahr, dass sich generell ein Schädlingbild des Menschen im

gesellschaftlichen Bewusstsein etabliert. Der Witz vom Dialog der zwei Planeten sagt das Seine: „Wie geht's?“ - „Schlecht, habe homo sapiens“ - „Hatte ich auch, das geht vorbei“. Das ist eine Haltung, die zwar mit dem Ich rechnet - anders als die Alten -, aber zugleich die alte Haltung festhält, die nur bewahren will, weil sie in der Entwicklung Dekadenz wittert. Wir befinden uns in einer Art Grauzone: Man ist nicht mehr im Alten, aber auch nicht wirklich auf neuen Wegen, denn man hat nur einen oberflächlichen Begriff von Nachhaltigkeit, keinen wirklichen Entwicklungsbegriff.

Eine „flache Ökologie“ hilft uns aber nicht weiter. Wie kommt man in die Tiefe? Wenn man das ganze Bild betrachtet, sieht man: Indem wir herabgestiegen sind aus der geistigen Höhe, haben wir uns zugleich über die Schöpfung erhoben. Wir müssen lernen, uns wieder im Netz des Lebendigen zu bewegen und unsere Überheblichkeit abzulegen. Nicht, dass die Entwicklung des Abendlandes ein einziger Irrtum gewesen wäre. Aber sie erhält ihren Sinn erst dann, wenn das Ich die Entwicklung dadurch weiterführt dass es seine eigene Entwicklung in die Hand nimmt und seine Fähigkeiten für seine Mitgeschöpfe einsetzt. Das ist der Entwicklungsgedanke, wie ihn Lessing fasst und wie er von Goethe, Schiller, Steiner und anderen großen Geistern weiterentwickelt wird. Hier bedeutet Individualisierung nicht mehr einfach Abstieg und in die Dekadenz führenden Zusammenhangverlust. Vielmehr wird aus dem äußeren Abstieg innerer Aufstieg, ein innerliches Mehrwerden, indem Menschen an Welt lernen. Das Ich ist nicht nur Frucht der Vergangenheit, sondern in der Frucht ist der Keim der Zukunft enthalten. Wie holen wir aus dem Früchten der Vergangenheit die Samen heraus?

Die Frucht hängt am alten Baum, aus dem Samen jedoch entsteht eine neue Pflanze. Samenbildung heißt Umarbeitung der Vergangenheit, Werden, Zukunft. Nicht was und wie der Mensch geworden ist, sondern was er - die Früchte der Vergangenheit nutzend und umwandelnd - aus sich machen kann, ist die Frage, die weiterführt. Zukunftsfähigkeit lautet das Stichwort. Der Mensch hat eine Abwärtsbewegung vollzogen, die ihn auf die Spitze seiner Persönlichkeit gestellt hat, eine Art einwickelnder Spirale. Die auswickelnde Spiralbewegung vollzieht der Mensch selbst. Dazwischen liegt eine Art Durchstülpung. Das Alte wird im Samen nicht miniaturisiert, sondern verwandelt.

Wir müssen der Frage nach dem Umweltverbrauch nun die Frage nach der Verwandlung zur Seite stellen. Ich kann mich noch so klein machen: einen ökologischen Fußabdruck werde ich immer hinterlassen. Was wir jedoch können ist, den anderen Menschen und der Natur mehr zurückzugeben, als wir in Anspruch nehmen mussten. Dass ein Auto auf seiner Fahrt die CO₂-Bilanz verschlechtert, ist das eine, die Unterscheidung, ob es sich um die Fahrt eines Rettungswagens oder die Spritztour einer Vatertagsgesellschaft gehandelt hat, das andere. Wofür nehmen wir etwas in Anspruch? Mit dieser Frage beginnt der Entwicklungsgedanke real zu werden.

Wie geben wir der Welt das zurück, was uns die Natur geschenkt hat? Dass wir die Erde auf alle Zeit

* Næss prägte diesen Begriff 1973 in einem Artikel unter dem Titel „The Shallow and the Deep. Long-Range Ecology Movements: A Summary“.

Brundtland-Bericht

1987 veröffentlichter Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, in der die ehemalige norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland den Vorsitz hatte. Das Konzept der Nachhaltigen Entwicklung definierte die Brundtland-Kommission in ihrem Bericht auf zwei Arten:

„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Diese Definition der intergenerativen ökologischen Gerechtigkeit (Generationengerechtigkeit) ist Bestandteil aller danach vereinbarten internationalen Umweltabkommen.

„Im wesentlichen ist dauerhafte Entwicklung ein Wandlungsprozess, in dem die Nutzung von Ressourcen, das Ziel von Investitionen, die Richtung technologischer Entwicklung und institutioneller Wandel miteinander harmonieren und das derzeitige und künftige Potential vergrößern, menschliche Bedürfnisse und Wünsche zu erfüllen.“ Diese Definition wird seltener zitiert. Sie beinhaltet die Forderung einer ganzheitlichen Verhaltensänderung, die deshalb politisch weniger konsensuale Anerkennung findet.

Vergl. <http://de.wikipedia.org/wiki/Brundtland-Bericht>. Ferner: Volker Hauff (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Greven 1987, Zitate S. 46 und 49.

physisch erhalten können, widerspricht den Befunden der Naturwissenschaft. Wir müssen den Weltbegriff weiter, geistiger nehmen, sonst kommen wir über einen hilflosen Erhaltungsgedanken nicht hinaus. Was Eltern ihren Kindern schenken, geben die Kinder nicht eins zu eins zurück, sondern vielmehr dadurch, was aus ihnen wird. Wir geben der Natur nicht Naturäquivalente zurück, sondern was wir als Menschen werden.

„...das ängstliche Harren der Kreatur wartet auf die Offenbarung der Kinder Gottes“, schrieb Paulus (Römer 8,19). Und Goethe formulierte, „wenn die gesunde Natur des Menschen als ein Ganzes“ wirke, „dann würde das Weltall, wenn es sich selbst empfinden könnte, als an sein Ziel gelangt, aufjauchzen und den Gipfel des eigenen Werdens und Wesens bewundern“.

Wir sehen: Wir stehen vor einer Verwandlungsaufgabe. Es geht nicht um die „Optimierung von Kreisläufen“. Der Festschreibung des Fortrollens müssen wir eine andere Gebärde entgegensetzen: die der Aufhebung des Alten im Hegelschen Doppelsinn: Ein Neues wird geschaffen, in dem das Alte aufgehoben und zugleich in verwandelter Form aufbewahrt ist.

Was ist nachhaltige Entwicklung?

Harald Spehl
Zusammenfassung C. Strawe

Anfang der 90er Jahre hätte noch fast niemand etwas mit dem Begriff nachhaltige Entwicklung anfangen können. Mit der Rio-Konferenz der UNO 1992 ist er dann in kürzester Zeit in aller Munde und Herzen. Heute herrscht eher große Ernüchterung. Bei Google führt die Recherche nach „sustainable development“ zu über 17 Millionen Treffern. Da sollte man denken, dass diese nachhaltige Entwicklung so stark im gesellschaftlichen Bewusstsein verankert ist, dass jeder sein Leben in ihrem Sinne zu gestalten trachtet. Schauen wir genauer hin, so bemerkt man die Belanglosigkeit, zu der das Wort vielfach heruntergekommen ist. Jedermann liebt es nachhaltig, so wie es ihm gerade zupass kommt: Manager wollen nachhaltigen Unternehmenserfolg, Philosophieprofessoren nachhaltige Philosophietheorie und Sportler nachhaltigen Stabhochsprung. Das Wort ist zu dem geworden, was man im englischen Sprachraum ein Wiesel-Word nennt, ein Wort, dessen Inhalt verloren gegangen ist, wie der Inhalt des Eis, den ein Wiesel ausgeschlürft hat. Wir müssen aufpassen, dass uns die Sache, um die es geht, nicht hinterrücks verbogen wird. Begriffe besetzen und umfunktionieren ist ja bekanntlich ein Teil des politischen Machtspiels.

Worum also geht es bei Nachhaltigkeit - um bloßes Einsparen oder um wirkliche Entwicklung? In Rio de Janeiro waren 1992 fast alle Staaten dabei. Nachhaltigkeit wurde zum weltweiten Ziel der Politik erklärt. Die Folgekonferenz von Rio fand 2002 in Johannesburg statt. Damals wurde errechnet, dass die Teilnehmer mit den Hin- und Rückflügen 289.619 t CO₂ erzeugt hätten. Es wäre zu kurz gedacht, wollte man das Umweltproblem schlicht durch das Einsparen der Emissionen bekämpfen, die von Konferenzen zu seiner Lösung hervorgerufen werden. Entscheidend ist, was die Beteiligten aus dem Zusammentreffen machen, welche Initiativen erwachsen und welche Ergebnisse zu Stande kommen. Die waren in Johannesburg in der Tat ziemlich dürftig, nachdem der UNO-Millenniumsgipfel 2000 in Washington mit seinem Beschluss, extreme Armut und Hunger bis 2015 weltweit zu halbieren, und seinen anderen Vorgaben und Vorhaben noch einmal große Hoffnungen erweckt hatte.

Der Entwicklungsbegriff ist heute weitgehend besetzt durch die Ökonomen: Entwicklung ist wirtschaftliche Entwicklung, ein „Entwicklungsland“, ein Land, das noch nicht unser Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung erreicht hat. „Entwicklungspolitik“ zielt darauf, andere Länder auf unsern Level zu bringen. An unserer Lebensweise soll und muss sich nichts ändern, wenn man so denkt. Aber geht das überhaupt global, dass alle unseren Lebensstil nachahmen? Lange hat man das nicht einmal gefragt.

Die Messgröße der Ökonomen für Entwicklung ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP), die in Marktpreisen bewertete Menge aller Güter und Dienste, die für den Endverbrauch zur Verfügung stehen. Konsum, Investition,

Staatsverbrauch, Export minus Import. Das ist das, was wir üblicher Weise messen. Wenn wir lesen, dass Ghana arm und Norwegen reich sei, dann liegt diese Messgröße zugrunde. Das BIP wird geteilt durch die Bevölkerung, dann bekommen wir das BIP pro Kopf und je höher dieses ist, um so höher die Entwicklung.

Bruttoinlandsprodukt: ein problematischer Maßstab für Entwicklung

An diesem Denken wird zunehmend auch Kritik geübt: Der erste Kritikpunkt gilt der Frage: Ist das ein guter Maßstab, ist das ein gutes Thermometer, was misst, wie sich Menschen fühlen? Es werden nur die Marktleistungen gemessen; - was in den Haushalten getan wird, bleibt - obwohl es Wohlstand schafft - unberücksichtigt. Subsistenzlandwirtschaft geht in den Wert nicht ein, obwohl die Menschen davon leben, - wie schlecht auch immer. Wir haben diesen Menschen beigebracht, sie sollen statt ihrer eigenen Lebensmittel lieber Blumen für die Reichen anpflanzen - sogenannte Cash Crops („Geldsaaten“) - und diese an uns verkaufen. - Wir liefern ihnen dann dafür billige Lebensmittel. Bis sich zeigt, dass diese gar nicht billig sind, sondern teuer werden. Die eigene Landwirtschaft ist dann aber bereits zerstört.

Bewertung von Umweltschäden geht in das BIP nur so weit ein, wie diese zu neuen Produktionen führen. Man kann das Bruttoinlandsprodukt eines Staates beträchtlich erhöhen, indem man die Hälfte der Bevölkerung dazu bringt, auf der falschen Straßenseite zu fahren. Denn das gibt jede Menge Krankenhausleistungen, Reparaturleistungen, neue Autos etc. etc. Es wird Reparatur bezahlt. Wenn wir dagegen Unfälle vermeiden oder wenn wir gesünder leben, dann führt das erst einmal zu einer Senkung des BIP.

Dennoch hat sich die ganze Welt darauf geeinigt, diesen Maßstab zu verwenden, auch wenn er schlecht ist. Entwicklung als Wirtschaftsentwicklung reduziert Entwicklung auf bloßes Wachstum. Wenn Entwicklung BIP-Wachstum ist, fragt sich, wie das ausgehen soll. Wir und die Entwicklungsländer kriegen immer mehr. Wir hören von den „Experten“, dass die Wirtschaft gesund ist, wenn sie jährlich um 3 Prozent wächst. Dann bekommen wir aber eine exponentielle Kurve, nicht etwa eine gerade Linie wie bei der Steigerung um einen jährlichen Fixbetrag! Den Chinesen und Indern empfehlen wir sogar ein noch rapideres Wachstum. Aber die Welt ist endlich. In einer endlichen Welt gibt es derartige Wachstumsprozesse nur mit tödlichem Ende. Krebs ist ein solcher Prozess. In lebensmöglichen Prozessen muss Wachstum einem Grenzwert zustreben, kann nicht dauerhaft exponentiell sein.

Wenn wir Entwicklung vernünftig denken wollen, kann es keine solche mit konstanten Wachstumsraten sein! Vermehrung des Bestehenden ist nicht Entwicklung. Entwicklung gibt es nicht ohne Veränderung, nicht ohne „Sprünge“, ohne das „Abbrechen der Allmählichkeit“. Irgendwann kommt das physische Wachstum des jungen Menschen an eine Grenze, jenseits derer es krankhaft würde, - während vorher das Gegenteil krankhaft gewesen wäre. Mit dem Ende äußeren Wachstums entfalten sich zugleich innere Wachstumspotenziale.

Wir tun so, als könnten wir ewig aus dem Vollen schöpfen, und verheizen unsere Ressourcen. Wirkliche Entwicklung ist so nicht möglich. Die USA sind Spitzenreiter im CO₂-Ausstoß - dennoch wollte Altpräsident Bush erst in 10 bis 20 Jahren richtig mit dem Einsparen anfangen. Die Westeuropäer sind aber auch nicht viel besser. Dann kommt Russland - und zunehmend kommen Länder wie Indien und China. Wenn wir über Begrenzung sprechen, dann müssen wir uns an diejenigen mit dem höchsten BIP wenden, denn sie die, die zuerst etwas Einschneidendes tun müssen.

Es gibt erstaunlich viele Vorschläge für andere Messgrößen. Eine solche ist z.B. der Human Development Index (HDI), der von der UNO verwendet wird und bei dem neben wirtschaftlicher Entwicklung auch Bildung und Gesundheit eingerechnet werden. Beim ökologischen Fußabdruck ergibt sich im Vergleich, dass ein Mensch in Afrika eine viel geringere Fläche in Anspruch nimmt als ein Europäer oder Nordamerikaner. Wenn wir weltweit einen Footprint hätten wie die letzteren, dann bräuchten wir hierfür drei Erdbälle. So die Ökonomen Ries und Wackernagel, die in Kanada das Konzept des ökologischen Footprints entwickelt haben. Ries pflegt zu sagen: „As far as I see the second and the third globe are not at hand“, der zweite und der dritte Erdball stehen nicht zur Verfügung. Unser auf Wachstum ausgerichtetes Entwicklungsversprechen ist eine kurzsichtige Lüge.

Insofern müssen wir uns fragen, was nachhaltige Entwicklung dann bedeuten kann. Hilfreich wäre es schon einmal, wenn wir den „Index of sustainable economic welfare“ zur Grundlage nehmen würden, der leider gleich unbekannt ist wie der HDI. Der Wohlstand der USA steigt etwa im Zeitraum von 1950 bis 1990 stetig, wenn man ihn am Bruttoinlandsprodukt misst, während er gemessen am oben genannten Index nachhaltiger ökonomischer Wohlfahrt seit 1970 zurückgeht. Bei diesem Index werden eben auch Umweltschäden und soziale Folgen ökonomischen Wachstums mit berücksichtigt. Auch in Deutschland haben wir, so gerechnet, seit 1980 keine Zunahme des Wohlstands mehr. Die scheinbar „objektive“ Messlatte des BIP entpuppt sich als Schimäre, erzeugt von einem einseitigen Werturteil.

Wenn wir eine ausgewogenere Bewertung vornehmen wollen, dann können wir Entwicklung nicht allein als Wirtschaftsentwicklung auffassen. Wo diese Einsicht aufkeimt, entsteht die Frage nach einer dauerhaft für alle Menschen möglichen Entwicklung. So kommt es zur berühmten Definition der „Brundtland-Kommission“ von 1987: „Nachhaltige [oder dauerhafte] Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.“ Eine weitere, darüber noch hinausgehende Formulierung im Brundtland-Bericht wird interessanter Weise weit weniger häufig zitiert (vgl. Kasten S. 8).

In der Logik unserer Betrachtungen über Erhaltung und Entwicklung erscheint die zitierte, gängige Definition als eine Lösung, die unser Selbstinteresse auf die folgenden Generationen erweitert: „Nach uns die Sintflut“ wäre so betrachtet ein Programm, in dem wir uns in unseren Kindern selbst beschädigen. Wie viele Generationen voraus wir real planen müssen beziehungsweise können,

ist natürlich eine schwierige Frage. Jedenfalls enthält die Definition zwei Elemente, die die traditionelle ökonomische Entwicklungsdefinition nicht im Blick hat: die Gerechtigkeit innerhalb einer Generation und die zwischen den Generationen. Wir müssen den anderen etwas übrig lassen, damit sie auch gut leben können, und wir müssen unter uns so verteilen, dass alle gut leben können. Wichtig war, dass damit Verteilungselemente in den Blick kamen. Traditionelle Ökonomen beruhigen sich meist dabei, dass die Verteilungsfrage Werturteile beinhalte, mit denen sich Wirtschaftswissenschaftler nicht abgeben sollten. „Wir lösen ökonomisch das Verteilungsproblem durch Wachstum, dann ist für alle da“, so der Gedanke. Das kann man aber nur so sagen, solange man an der Fiktion eines unendlichen Wachstums in einer endlichen Welt festhält. Lässt man diese Fiktion fallen, dann heißt das beispielsweise, dass man die Probleme der Entwicklungsländer nicht ohne Umverteilung lösen kann, dass wir mehr einsparen müssen, als diese Länder. Auch in unserer Gesellschaft haben wir Gegensätze von arm und reich, die uns zu der Frage zwingen, welches Mindesteinkommen ein Mensch haben muss beziehungsweise haben soll.

Drei Kernpunkte der Nachhaltigkeit

Wenn Wachstum kein generelles Lösungsmuster für das intergenerative und intragenerative Gerechtigkeitsproblem ist, wenn Wachstum uns im Gegenteil sogar ökologische und soziale Probleme beschert, was ist dann der Handlungsansatz? Hier kommen die drei Begriffe Effizienz, Suffizienz und Konsistenz zum Tragen.

1. Effizienz:

Das ist die einfachste und deshalb beliebteste Strategie: Wir können ein Auto mit 20 % weniger Stahl bauen und dafür sorgen, dass es 5 Liter statt 7 Liter Sprit verbraucht. Wenn wir ein Lebensmittel produzieren, verwenden wir weniger Arbeit und Kunstdünger und machen es damit preisgünstiger und gesünder. Ernst Ulrich von Weizsäcker hat das mit der Formel vom „Faktor vier“ auf den Begriff gebracht: Wir versuchen das Gleiche mit weniger Ressourcen- und Energieeinsatz zu produzieren. Das macht bei Waren ja auch generell Sinn - bei personenbezogenen Beziehungsdienstleistungen wird es allerdings problematisch, weil wir hier gerade mehr Aufwand (an Zuwendung usw.) brauchen. Bei Autos funktioniert das Ganze aber auch nur dann, wenn eine Halbierung des Spritverbrauchs nicht mit einer Verdreifachung der Zahl der Autos einhergeht. Sonst hätten wir nicht weniger, sondern mehr Sprit verbraucht und mehr CO₂ in die Atmosphäre geblasen.

Den spezifischen Einsatz zu senken ist wichtig, aber letztlich geht es um die absoluten Größen. Es gibt unter vielen Initiativen sogar einen „Faktor 10 Club“, der sich den Fragen der Effizienzrevolution widmet. Die renommierten Wissenschaftler, die sich dort versammelt haben, fordern, bis 2050 mit 10 Prozent dessen zu produzieren, was wir heute an Energie und Ressourcen verbrauchen. Dennoch: Wenn wir bis dahin 9 Milliarden Menschen sind, die alle unseren heutigen Lebensstandard haben, ergibt sich auch bei Faktor 10 vermutlich noch keine Lösung, so wichtig die Effizienzrevolution auch ist.

2. Suffizienz

Suffizienz ist die schöne Umschreibung des Prinzips „Glücklicher sein mit weniger haben“. Ein großes Hilfswerk ließ kürzlich Plakate kleben, auf denen eine Reisschale abgebildet war, mit der Unterschrift: „Weniger geht nicht.“ Hungernden Suffizienz zu predigen ist in der Tat zynisch. Die Frage indes ist berechtigt, ob wir das, was wir in den entwickelten Ländern haben, dauerhaft fortführen können und ob unser heutiger Lebensstil nicht eher ein Auslaufmodell ist als ein Vorbild für den Rest der Menschheit. Die Lage erinnert in gewisser Hinsicht an die Situation des Adels vor der Französischen Revolution: der fand seine Privilegien ganz natürlich, was aber nicht verhinderte, dass sie ihm alsbald und rabiat weggenommen wurden. Wir müssen für uns die Frage beantworten: Wieviel materielle Güter brauchen wir, um glücklich zu sein? Was wir selbst nicht glaubhaft vorleben, können wir schwerlich anderen abverlangen.

3. Konsistenz

Unsere Erde als unsere Lebensgrundlage hat bestimmte Rhythmen und Eigenarten, gegen die wir im Rahmen unserer wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung immer wieder verstoßen. Unsere Vorfahren, denen kein Strom zur Verfügung stand, mussten sich nach den natürlichen Tagesrhythmen richten. Wenn ein Raupenschlepper über den leicht angetauten Boden der Tundra fährt, verursacht er eine Spur, die 70 Jahre sichtbar ist. Wenn man dort immer entlang fährt, ruiniert man das ökologische System. Die Regenerationszeiten von Wasser, Luft und nachwachsenden Ressourcen sind im ökonomischem System nicht abgebildet. Im Gegenteil: die Rhythmen unserer Wirtschaftswelt werden immer kürzer: von der Jahresbilanz zu Quartalsbilanz. Ja sogar Tagesbilanzen werden erstellt. Das heißt, wir haben in der Gesellschaft und in uns selbst Beschleunigungen und Kurzfristigkeiten eingebaut, die dem natürlichen System völlig zuwider laufen. Wir können auf Dauer keine nachhaltige Entwicklung erreichen, wenn wir uns nicht um diese Konsistenzbedingungen kümmern.

Das führt uns zu dem 3-Säulen-Konzept der Nachhaltigkeit, wie es auch in Rio 1992 festgeschrieben wurde: Die ökonomische Entwicklung muss eingebettet werden in die ökologische und die soziale Entwicklung. Unser Bild muss alle drei Bereiche wiedergeben. Die Ökonomie muss so umgewandelt werden, dass sie sozial- und öko-verträglich wird. Es gibt eine Riesendebatte, an welchen Indikatoren man das misst. Wir könnten zum Beispiel sagen, der CO₂-Ausstoß ist ein Indikator für eine ökologisch gute oder schlechte Situation. Was ist aber, wenn der CO₂-Ausstoß zunimmt und das BIP nimmt auch zu? Was ist, wenn wir soziale Entwicklung an der Scheidungsrate messen und diese steigt, während das BIP abnimmt? Ist dann die nachhaltige Entwicklung positiv oder negativ? Wenn der eine Bereich abnimmt und der andere zunimmt, wie bewertet man dann die Gesamtentwicklung? Das zwingt uns genauer zu fragen: in welcher Situation ist ein einzelner Mensch, eine Gruppe, ein Land oder die Weltgemeinschaft? Wir kennen die Frage, wer das CO₂ letztlich einsparen soll und in welcher Menge. Wie kommt man in einer solchen Frage zu einem vernünftigen Ergebnis?

Christiane Busch-Lüthi und Hans-Peter Dürr haben die Integration der drei Aspekte in ein schönes Bild gebracht. Darin erscheint die Wirtschaft eingebettet in die Gesellschaft, diese in die Natur. Ein solches Bild hilft uns genauer zu fragen: Wenn die Lebens- und Regenerationsbedingungen der Natur verletzt werden, kann Wirtschaftswachstum dafür ein Ausgleich sein? Wieweit erfordern die Entwicklungsbedingungen Indiens, dass um des notwendigen Wachstums willen eine temporäre Verschlechterung der Umweltsituation in Kauf zu nehmen ist? Und findet diese dann dort statt oder ganz woanders?

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung bringt uns also zu einem Nachdenken über unser Tun. Dennoch tun wir uns schwer, die einseitige ökonomische Denkweise und die Mentalität des „Weiter so“ abzulegen. Wir beruhigen uns bei dem Gedanken, irgendwie, würde das mit der Natur schon klappen. Es gibt Managementregeln, mit denen wir der Situation gerecht werden könnten - aber wir befolgen sie nicht oder nicht konsequent genug.

Managementregeln

1. Die Nutzung erneuerbarer Naturgüter wie Wälder oder Fischbestände darf auf die Dauer nicht größer sein als ihre Regenerationsrate. Andernfalls verlieren wir bzw. künftige Generationen die Möglichkeit einer Ernte. Die Fischereipolitik der EU erlaubt jedoch ständig höhere Fangquoten als die von den Wissenschaftlern für unbedenklich gehaltenen.
2. Die Nutzung nicht erneuerbaren Ressourcen wie Öl, Gas und Kohle darf auf Dauer nicht größer sein als die Substitution ihrer Funktion. D.h. wir dürfen diese Ressourcen nur in dem Umfang verbrauchen, wie wir für uns und künftige Generationen erneuerbare Ressourcen erschließen können.
3. Die Freisetzung von Stoffen und Energie darf auf Dauer nicht größer sein als die Anpassungsfähigkeit der natürlichen Umwelt. Nicht abschätzbare Gefahren und unvermeidbare Risiken für die natürliche Umwelt und die menschliche Gesundheit sind zu vermeiden (Atomenergie).

Das sind klare Regeln, die negative Folgen des rücksichtslosen Wirtschaftens abmildern würden. Weitgehend bleibt das Konzept der nachhaltigen Entwicklung dabei immer wieder so, dass wir eigentlich nur besser machen müssen, was wir sowieso bereits machen. Das führt zu der eingangs skizzierten Neigung, Nachhaltigkeit als Wiesel Word mit von eigenen Interessen bestimmten Inhalten zu füllen. Und es führt zweitens zu der Tendenz, dass Nachhaltigkeit primär vom Staat erwartet wird: durch CO₂-Begrenzung, Vorschriften über Energieeinsatz, Häuserdämmung usw.

Die Marktwirtschaft, wie sie heute da ist, ist mit nachhaltiger Entwicklung unvereinbar. Sie hat in sich keine Suffizienz, höchstens Effizienz (und dies nur im engsten wirtschaftlich-monetären Sinne). Wir katapultieren die Frage aus der Wirtschaft heraus. Das führt dazu, dass der Staat als Reparaturbetrieb der Ökonomie fungieren muss.

Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ (2008)

Vor zwölf Jahre erschien die erste richtungsweisende Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“. Seither ist einiges geschehen, jedoch durchgreifende Fortschritte bei der Realisierung nachhaltiger Entwicklung sind nicht zu verzeichnen. Das ist der Grund, mit einer neuen Studie den Versuch zu machen, eine breite gesellschaftliche Diskussion über Nachhaltigkeit in Deutschland in Gang zu setzen und konkrete Schritte zu initiieren. Die Studie wurde herausgegeben vom Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), „Brot für die Welt“ und dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED). Erarbeitet wurde sie vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.

Die Autoren der neuen Studie stellen fest, dass grundlegende Veränderungen im Umgang mit der Natur trotz politischer Anstrengungen wie z.B. der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie nicht erreicht wurden. Im Großen und Ganzen hat sich Deutschland im Vergleich zu 1996 nicht weit genug in Richtung Zukunftsfähigkeit bewegt. Die Artenvielfalt nimmt nicht nur in Deutschland, sondern weltweit dramatisch ab. Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre steigt weiter an. In den meisten Entwicklungsländern wächst die Armut der Bevölkerung und wird zum grenzüberschreitenden Politikum. Der wirtschaftliche Aufschwung in den Schwellenländern geht mit einer starken Umweltzerstörung einher und führt zu einer größer werdenden sozialen Ungleichheit. Die nachholende Entwicklung der Schwellen- und Entwicklungsländer vergrößert den Druck auf die Umwelt. Eine Kooperation zwischen den Ländern des Nordens mit denen des Südens in der Umweltpolitik scheitert daran, „dass der Norden ungebrochen seine strukturelle Macht in der Finanz-, Handels- und Entwicklungspolitik zu ungunsten des Südens ausspielt“ (BUND et al. 2008). Verursacher des Klimachaos und der Biodiversitätsverluste sind in erster Linie die Länder des Nordens, während die Länder des Südens von ihren Folgen am härtesten getroffen werden. Eine Ursache ist der Markt, der weder in der Lage ist, den Naturverbrauch auf einem angemessenen Niveau zu halten, noch eine faire Verteilung der Güter unter den Marktteilnehmern und darüber hinaus herstellen kann. Er ist „blind für die Sache der Ökologie wie auch der Gerechtigkeit“ (BUND et al. 2008).

Die Autoren fragen: „Welche Veränderungen sind nötig, damit Deutschland zukunftsfähig wird und seinen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit der Welt leisten kann?“ (BUND et al. 2008). Sie fordern in der neuen Studie einen Wandel unserer Zivilisation. Es bedarf eines neuen Gesellschaftsvertrags, der nicht nur das Verhältnis von Mensch zu Mensch, sondern auch das von Menschheit und Natur schützt. Die Menschenrechte wie auch die ökologischen Grenzen zu wahren, ist das Kernprogramm der Nachhaltigkeit.

Bund für Umwelt und Naturschutz, Brot für die Welt, Evangelischer Entwicklungsdienst (Hrsg.): Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt: Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte. Eine Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt am Main 2008. Nach: Wikipedia - die freie Enzyklopädie.

Die Wirtschaft selbst, mit ihrem Wachstumszwang, soll sich nicht ändern müssen. Diese immer noch in weiten Kreisen unbestrittene Auffassung ist Gift für eine nachhaltige Entwicklung. In einer assoziativen Wirtschaft dagegen würde die Frage der ökologischen Verantwortung in das Wirtschaftsgeschehen selbst hineingetragen. Die Haltung der Abgabe von Verantwortung - jemand anderes möge dafür sorgen, dass meine Produktion und mein Konsumverhalten mit der ökologischen Notwendigkeit übereinstimmt - würde überwindbar.

Nur wenn wir uns zu einer Anschauung des Menschen aufschwingen können, in der dieser mehr ist als ein Träger materieller Bedürfnisse, die von der Ökonomie zu befriedigen sind, wird eine Verhaltensänderung in großem Stil möglich werden. Wir müssen lernen, dass wir nicht verbrauchen um des Verbrauchs willen, sondern um unseren Lebensintentionen folgen zu können. Aus einem Materialismus heraus lässt sich kein Suffizienzgedanke in die Menschheit bringen. Den inneren Ansatz dazu finde ich nur, wenn ich das Gefühl einer Sinnhaftigkeit meines Tuns erleben kann. Und in der Wirtschaft brauche ich dazu noch Strukturen, die diesen Sinn als „Gemeinsinn“ der wirtschaftlichen Akteure erst handlungsrelevant machen.

Forderungen an den Klimagipfel in Poznan

Im Vorfeld des zweiwöchigen Klimagipfels in Posen/Poznan (Polen), der am 1. Dezember 2008 begann, appellierte die Bonner Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch an die Vertragsstaaten, den Verhandlungsführern auf dem Weg nach Kopenhagen 2009 ein flexibles Mandat zu erteilen. Dieses soll ermöglichen, über ein Abkommen mit der notwendigen Ambition zu verhandeln. Nur dann könne ein Jahr später das notwendige Folgeabkommen gegen den Klimawandel für die Zeit nach 2012, dem Zeitpunkt des Auslaufens des Kyoto-Abkommens, verabschiedet werden.

Die zentralen Punkte eines Post-2012-Abkommens müssen erstens die Ziele für das Jahr 2020 enthalten: Eine Reduktion der Emissionen um 25 bis 40 Prozent gegenüber 1990 in den Industrieländern, einen Höchstpunkt der globalen Emissionen und verbindlich vereinbarte Klimaschutzaktionen in den Schwellenländern. Zweitens geht es um die Anpassung verletzlicher Regionen an den Klimawandel. Damit es beim Erreichen der Ziele die notwendige Dynamik gibt, müssen Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungs- und Schwellenländern durch die Industrienationen durch entsprechende Technologie- und Finanzkooperationen unterstützt werden.

Mit der Bereitschaft, ein Schnell-Start-Programm für Anpassung in den nächsten 12 Monaten zu verabschieden, könnte auf dem Klimagipfel in Posen gerade den Schwellen- und Entwicklungsländern gezeigt werden, dass es kein klimapolitisches Vakuum bis zum Inkrafttreten eines neuen Vertrages am 1. Januar 2013 geben wird. „Vor allem der Anpassungsfonds für verletzliche Regionen muss nach Posen seine Arbeit aufnehmen können“, erklärte Germanwatch.

Quelle: <http://www.germanwatch.org/>

Die beste Möglichkeit, ein Bewusstsein für die Umwelt- und Sozialfolgen unser Wirtschaften zu schaffen, ist, diese im Wirtschaftsprozess selbst abzubilden. Ohne eine assoziative Preisbildung, ohne eine assoziative Bildgestaltung werden wir dem notwendigen Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung im Sinne eines wirklichen Wandels nicht näher kommen.

Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung I

Christoph Strawe

Sesshaftwerdung und Pflege (Kultur) sowie Bewirtschaftung der Erde (Agrikultur) sind ein wichtiger Einschnitt in der Menschheitsentwicklung. Damals griff man zwar ein in die Natur - etwa durch Züchtung -, jedoch im Zusammenklang mit ihr. So entwickelte man beispielsweise Methoden, um die Böden vor Auslaugung zu bewahren (3-Felder-Wirtschaft). Landwirtschaft war im wesentlichen Selbstversorgung („Subsistenzlandwirtschaft“). - Allenfalls ein geringer Teil der Erzeugnisse wurde vermarktet.

Man darf diese alte Form einer naturnahen Landwirtschaft nicht romantisieren, war sie doch vielfach mit Not und Mangel verbunden. Die Tätigkeit der Menschen hatte zwar weniger negative Auswirkungen auf die Natur, dafür waren sie dieser aber auch ausgeliefert - wenn die Ernte verhegelt war, war dies für die Betroffenen eine Katastrophe.

Die Landwirtschaft trägt die wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Nur in dem Maße, in dem ein Landwirt mehr als sich und die Seinen ernähren kann, wird Arbeitsteilung im größeren Stil möglich und damit die Entwicklung der Moderne. In Mitteleuropa lebten Mitte des 19. Jahrhunderts noch 80 % der Menschen auf dem Lande. Das hat sich in Europa und USA reduziert auf 2 bis 5 %, je nach Land. Der Trend ist weltweit, wenn auch von 54 afrikanischen Ländern immer noch 37 fast reine Agrarländer sind und selbst in China der Urbanisierungsgrad 2005 noch bei 43 % lag.

Der Produktivitätsschub in der Landwirtschaft wurde durch verschiedene Faktoren bewirkt, von denen sich eine ganze Reihe als überaus problematisch für die Nachhaltigkeit erwiesen haben, andere jedoch eine legitime und wichtige Rolle bei der Ernährungssicherheit spielen: Werkzeug- und Maschineneinsatz („von der Sichel zum Mähdescher“), mineralische Düngung, Einsatz von Pestiziden, Fungiziden usw., Massentierhaltung, Züchtung von Hybridsorten und genetische Manipulation.

Insgesamt ist die Tendenz zur Industrialisierung der Landwirtschaft Ausdruck sowohl des Willens zur Produktivitätssteigerung und Gewinnmaximierung als auch Ausdruck des Verlusts an „Mittelweltverständnis“: Die Natur ist kein Du, sondern ein Objekt der Ausbeutung. Daher geht die Produktivitätssteigerung in hohem Maße zu Lasten der Natur und der Menschen: Anreicherung der Gewässer mit Stickstoff und Phosphaten, Verseuchung

des Grundwassers, Bodenerosion und Humusabbau, Schwächung der Widerstandskraft der Kulturpflanzen gegenüber Krankheiten und Schädlingen, Verringerung der Artenvielfalt, Schadstoffbelastung und Qualitätsverlust der Lebensmittel.

Korrektivbewegung Öko-Landwirtschaft

Als Korrektivbewegung dagegen entwickelt sich die ökologische Landwirtschaft. Und zwar die radikalste Form zuerst: die biologisch-dynamische, die einen wirklichen Paradigmenwechsel anstrebt. Es gibt Studien, die über mehr als 20 Jahre nachgewiesen haben, dass mit dieser Produktionsweise die Humusschicht kontinuierlich wächst. Insofern kann man sie mit Fug und Recht als die nachhaltigste Form der Landwirtschaft bezeichnen.

Mittlerweise gibt es weltweit eine Vielzahl von Anbauverbänden, die sich für eine nachhaltige Landwirtschaft engagieren. Eine Reihe von Labels sind entstanden, die ökologische Qualität garantieren sollen, so das Biosiegel der EG, das allerdings gegenüber den Richtlinien der meisten Anbauverbände nur ein Mindestniveau garantiert - also beispielsweise nicht ausschließt, dass große Flächen doch monokulturell bewirtschaftet werden, solange nur keine chemischen Düngemittel usw. eingesetzt werden. Doch es gibt auch vielerlei weiter gehende Ansätze, z.B. den der „effektiven Mikroorganismen“*.

Wachwerden für die Folgen industrieller Landwirtschaft

Seit den 70er Jahren wird zunehmend gesehen, dass die Warnungen vor den Auswirkungen unökologischer Landwirtschaft berechtigt waren. Vorgänge wie die BSE-Krise haben - wenigstens zeitweise - das Bewusstsein zusätzlich geschärft. Langsam dämmert es auch Teilen der politischen Klasse, dass die Landwirtschaftspolitik von einer Mitverantwortung nicht freizusprechen ist. Das ist der Hintergrund dafür, dass man inzwischen ökologische Landwirtschaft durchaus als förderungswürdig ansieht, wenn auch der Druck der mächtigen Kräfte und Interessen, die hinter der industriellen Landwirtschaft stecken, immer wieder Fortschritte verhindert.

Klimawandel und globale Erwärmung

In den letzten Jahrzehnten ist vor allen Dingen die globale Erwärmung in den Blickpunkt der Nachhaltigkeitsdiskussion getreten. Nachdem viele, darunter die letzte US-Regierung, einen anthropogenen Anteil an der Klimaveränderung lange nicht wahrhaben wollten, kann heute allenfalls noch über die Größe dieses Anteils debattiert werden. Dass es einen Treibhauseffekt und damit einen Handlungsbedarf zur massiven CO₂-

* Dieses Konzept wurde dem japanischen Agrarwissenschaftler Teruo Higa entwickelt. Es beruht darauf, dass effektive Mikroorganismen mit dem Spritz- und Gießwasser ausgebracht werden. Aus faulender organischer Substanz wird so etwas Lebensförderndes. Solche Präparate sind in Deutschland nach dem Düngemittelgesetz eingestuft. Es gibt Erfolge, allerdings müssen die Mikroorganismen dem Boden immer neu zugeführt werden, während eine nachhaltige Belebung der Erde dazu führt, dass diese sich im Boden „von selbst“ beheimaten und vermehren.

Film „Farmer John - Mit Mistgabel und Federboa“

Diesen Film muss man gesehen haben: Er zeigt die Lebensgeschichte des Alt-Hippies und Großfarmers John Peterson aus Illinois, der nach vielen Kämpfen und Rückschlägen eine blühende Demeter-Landwirtschaft aufzieht, die von den Verbrauchern mitgetragen wird (Consumer Supported Agriculture). In Amerika gilt Peterson als „Al Gore“ der Landwirtschaft (vgl. Der Stern, Heft 37/2007).

Anbieter: Sunfilm Entertainment, Laufzeit 82 Minuten, EAN: 4041658222228, Preis 14,99 EUR

Einsparung gibt, leugnet kaum noch jemand ernsthaft. - Dass die Atomlobby in dieser Situation versucht, im Trüben zu fischen, ist kein Gegenargument: Es macht keinen Sinn, ein Nachhaltigkeitsproblem zu entschärfen, indem wir ein anderes wieder verschärfen.

Einen erheblichen Anteil am CO₂-Ausstoß hat die industrielle Landwirtschaft. Dass dagegen die Öko-Landwirtschaft Ressourcen und Klima am meisten schont, ist gut belegt. Das lässt sich auch nicht durch den Hinweis relativieren, dass die Kühe des Ökobauern und des konventionellen Landwirts das gleiche Methan in ihren Mägen produzieren, das die Treibhausgasbilanz verschlechtert. Wobei das in Deutschland noch keine 2 Prozent der Emissionen ausmacht.** Das Problem wird also aufgebauscht. Im übrigen wird dabei sein Zusammenhang mit dem überhöhten Fleischverbrauch verschwiegen, den man nicht der Bio-Landwirtschaft anlasten kann.

Steigende Lebensmittelpreise

Ein weiterer Grund zum Umdenken über die Rolle der Landwirtschaft ist die immense Steigerung der Lebensmittelpreise. Im Frühjahr dieses Jahres waren die Preise für Reis in 3 Monaten um 53 % und für Getreide in 8 Monaten um 84 % gestiegen. Dies trifft vor allem die Ärmsten und hat in einigen Ländern wie Haiti zu regelrechten Hungerrevolten geführt. Dass die Gentech-Lobby die Krise auszunutzen sucht, um den Leuten das Blaue vom Himmel zu versprechen, versteht sich fast von selbst.

Die Nahrungsmittelkrise zeigt deutlich die Grenzen einer punktuellen Betrachtungsweise auf: Zu niedrige Preise sind der Tod der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, an der in Entwicklungsländern die Versorgung weitgehend hängt, zu hohe Preise sind der Verderb der städtischen Bevölkerung. Die Ernährungskrise tritt ein trotz enormer landwirtschaftlicher Überschüsse, die bereits zu erheblichen „Flächenstilllegungen“ geführt haben. Wir haben es also nicht mit einer absoluten Verknappung zu tun, sondern mit strukturellen Problemen. Sicher spielt eine Rolle, dass auch in Schwellenländern wie Indien und China mehr Fleisch konsumiert und damit mehr Korn zu Viehfutter wird. Vertreter von Hilfswerken warnen indes zu Recht vor einer Neiddebatte: den

** Nach Angaben des Umweltbundesamtes waren es 1,82 Prozent im Jahr 2004 (Treibhauseffekt - Die Mär vom Klimakiller Kuh, „Der Stern“, 19. August 2007).

Schnelles Geld mit Kaffee, Ferkeln und Weizen

Ein Bäcker kann z.B. für 25 Euro das Recht erwerben, in einem Jahr 100 Scheffel Weizen zu einem Kurs von jeweils zehn Euro zu kaufen (Call-Option). „Steht der Weizenpreis dann aber bei elf Euro, so ist seine Option 100 Euro wert, weil er pro Scheffel Weizen einen Gewinn von einem Euro macht. Der Bäcker kann sich über 75 Euro freuen: 100 Euro Optionswert minus 25 Euro Einsatz. Das ist der sogenannte Hebel- oder Leverage-Effekt: geringer Einsatz und hoher Ertrag. Er macht den Handel mit Optionen zu einem hoch spekulativen Geschäft. Denn wenn der Weizenpreis bei nur neun Euro steht, sind die 25 Euro Einsatz weg.“ ... „Hat der Investor falsch gewettet, ist der Einsatz verloren, im schlimmsten Fall muss er gar den gesamten Future-Wert zahlen.“

Seit einigen Jahren gibt es auch entsprechende Zertifikate, Wertpapiere „die nicht direkt in den Rohstoff, den Basiswert, investieren, sondern nur dessen Preisentwicklung nachbilden.“ Damit wird der Lebensmittelmarkt zum Kasino. „Die Kaffeemengen, die an der New Yorker Börse mit Futures gehandelt werden, sind inzwischen bis zu zehnmal so groß wie die aktuelle Jahresproduktion, hat die Hilfsorganisation Oxfam für ihren aktuellen Dokumentarfilm Black Gold recherchiert.“ Oxfam und andere Fairtrade-Initiativen kritisieren, dass Spekulanten, beispielsweise Hedgefonds „auf dem Rücken der Bauern“ abzocken.

Marlies Uken, Absahnen mit Kaffee, „Die Zeit, Nr. 40 vom 27. 09. 2007, S. 46, http://www.zeit.de/2007/40/Absahnen_mit_Kaffee

Armen vorzuwerfen, dass sie nicht arm bleiben wollen, ist zynisch. Richtig dagegen ist, dass wir global - das betrifft vor allem uns in den „reichen“ Ländern - fragen müssen, wie wir unsere Lebensweise ändern und dabei mit Anderen teilen müssen.

Ein Interview mit Jean Ziegler...

Jean Ziegler, der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, gab am 15. April der ARD-Tageschau ein Interview, in dem er die folgenden Forderungen aufstellte und begründete:

1. Sofortige Beseitigung der Agrarexportsubventionen: Mit ihnen pumpt der Norden seine Agrarüberschüsse in den Süden und ruiniert dort lokale Landwirtschaft.
2. Sofortiges Moratorium für die Produktion von Biotreibstoffen. Der Boom für Biotreibstoffe ist ein Beispiel für punktuellles Denken. Die gute Absicht, durch Biosprit den CO₂-Ausstoß zu mindern, verkehrte sich ins Gegenteil. Brasiliens Ethanolboom zerstört weitere Regenwaldareale. Und der Mais, der in den Tanks der Reichen landet, fehlt in den Mägen der Armen.
3. Erschwerung von Warentermingeschäften: Solche Geschäfte sind heute ein Tummelplatz für Spekulanten geworden. Finanzgeschäfte, die eine Art Wette auf steigende Lebensmittelpreise darstellen, erhöhen auf künstliche Weise zusätzlich den Preisanstieg. (Vgl. Kasten). Von den weltweit 47 organisierten Warenter-

minmärkten ist die Terminbörse in Chicago die größte. Dort braucht es neue Börsenregeln.

4. Umsteuern bei IWF und Weltbank: Diese Institutionen müssen endlich ganz wegkommen von der Förderung exportorientierter, intensiver Landwirtschaft und dafür die lokale Subsistenzlandwirtschaft stärken. Auch der diesjährige Weltagrarbericht fordert einen solchen Paradigmenwechsel. (Siehe Kasten S. 16)

Wie weiter mit der Landwirtschaft? - „Farming after Cancun“

Von großen Teilen der Zivilgesellschaft werden die Welthandelsorganisation WTO, der IWF und die Weltbank als das Trio Infernale der Weltwirtschaft betrachtet, die weitestgehend von den Interessen der Industrieländer und transnationaler Konzerne gelenkt werden und so die weltweite soziale Ungleichheit, den Klimawandel und die Umwelterstörung verschärfen.

Über die Welthandelsorganisation WTO und ihr Agrarabkommen wurde in dieser Zeitschrift schon viel geschrieben.* Nach dem Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Seattle 1999 wurde 2001 in Katar die sogenannten Doha-Runde der Verhandlungen eingeleitet. Sie kam nicht recht vom Fleck, weil 2003 eine weitere Konferenz in Cancun scheiterte und insbesondere die Agrarverhandlungen immer wieder stockten. Grund sind die unterschiedlichen Interessen und Auffassungen der Akteure. Der beschleunigte Abschluss der Doha-Runde ist auch Bestandteil des Forderungskatalogs des jüngsten Weltfinanzgipfels. Die Umsetzung der bisherigen Paradigmen in der WTO in Bezug auf die Landwirtschaft würde allerdings wohl eher das Gegenteil von nachhaltiger Entwicklung bewirken. Notwendig ist dagegen ein neues Denken und eine neue Praxis.

Gestützt auf Udo Herrmannstorfers Rundbriefartikel „Wie weiter mit der Landwirtschaft“** veröffentlichten Nicanor Perlas und ich nach der gescheiterten WTO-Konferenz in Cancun ein Positionspapier mit dem Titel „Farming after Cancun“***. Darin ging es um das Verhalten der Zivilgesellschaft gegenüber der WTO, um das Konzept der Ernährungssouveränität und ähnliche Themen. Wir betonten die Bedeutung der regionalen Selbstverwaltung und die Rolle der Preisbildung für die Sicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft. Zölle sollten nur in dem Maße gesenkt werden, in dem regionale Selbstverwaltung als neuer Schutz entsteht. Der Handel solle gesetzlich verpflichtet werden zur Abnahme von Mindestmengen aus der Region. Eine nicht-nachhaltige Landwirtschaft sei nicht zu subventionieren, die Agrarexportsubventionen ersatzlos und unverzüglich zu streichen. Die neueren Entwicklungen haben die damaligen Überlegungen nicht entwertet, sondern ihre Brisanz eher noch erhöht. Der Landwirtschaft kommt eine besondere Rolle für die Entwicklung der Nachhaltigkeit zu, sie könnte die Speerspitze einer neuen assoziativen Wirtschaftsweise werden.

* Z.B. Heft 2/2001, 2/2002, 3 und 4/2003.

** Heft 4/1994, aktualisiert unter www.sozialimpulse.de/pdf-Dateien/Landwirtschaft_Globalisierung.pdf

*** www.globenet3.org/Features/Feature_Farming_After_Cancun.shtml

Landwirtschaft und nachhaltige Entwicklung II

U. Herrmannstorfer, Zusammenfassung C. Strawe

Mit dem erwachten Ich-Bewusstsein steht man völlig anders in der Welt als mit dem Gruppenseelenbewusstsein der Vergangenheit. Das merkt man besonders dann, wenn es im Sozialen konkret wird. Denn die Ich-Bewusstseins-Zeit erträgt keine „Lösungen“ der sozialen Probleme mehr, die von oben implementiert und dann nur umgesetzt werden müssen. Vielmehr setzt sie das Mitdenken und Mittun der Beteiligten voraus. Wer theoretisch vordenken will, wie alles gemacht werden muss, lässt durch dieses Herangehen nicht zu, dass der Raum dafür entsteht. Bei der gedanklichen Beschäftigung mit den sozialen Fragen geht es um etwas anderes: um eine Art Vorbereitung, die uns befähigt, Gestalter werden zu können. Sonst kommt man nur zu Rezepten, die Andere als übergestülpt erleben müssen. Wenn man theoretisch über Umsetzungsfragen spricht, dann kommt man zu illustrierenden Beispielen, wie etwas gehen könnten, nicht aber zur Umsetzung selbst. Das wird natürlich leicht missverstanden. Bereits Rudolf Steiner hatte bei der Aufnahme seiner „Kernpunkte der sozialen Frage“ durch die Leser dieses Problem.

Der Landwirt zwischen Naturpflege und Sicherstellung der Ernährung

Nachhaltige Landwirtschaft hat zwei Grundaspekte, einen mit der Naturseite zusammenhängenden und einen ökonomisch-sozialen. Der Bauer schaut gewissermaßen nach zwei Seiten: Landwirtschaft ragt in die Natur hinein beziehungsweise wächst aus ihr hinaus. Der Bauer greift da ein - pflügt, sät, erntet - und dann gehen die Produkte in die Sozialität. Genau genommen nicht nur die Produkte - die Gesellschaft profitiert auch davon, was die Landwirtschaft für die Umwelt, die Luftreinheit usw. leistet. Gegenüber der Gesellschaft ist der - nachhaltig wirtschaftende - Landwirt der Verteidiger der gesunden Natur, der Natur wiederum ringt er ab, was die Menschheit zu Ernährung braucht. Auch die von der WTO im Gegensatz zu anderen Stützungsmaßnahmen noch geduldeten Direktzahlungen an die Landwirte werden begründet mit der Landschaftspflege, also jenem Teil der bäuerlichen Leistung, der nicht in den Markt geht und den sonst keiner zahlt. Ökologische Landwirtschaft hilft der Erde, aber sie hilft auch den Menschen. Sie schafft ihnen Produkte, durch deren Verzehr sie Raum bekommen für ihr eigenes Leben, in dem sie Heilpädagogen, Lehrer, Metallarbeiter oder was immer sein können - sie müssen nicht Bauer sein, das müssen nur noch wenige.

Den Verbrauch nennen wir Ernährung. Anthroposophisch betrachtete „lern“ unsere Lebensorganisation von den Pflanzen. Indem wir sie verzehren und auflösen, wird die Kraftgestalt einer Pflanze frei - und das ernährt uns. Ernährung ist mehr als bloß ein physischer Vorgang.* Nachhaltigkeit heißt, dass durch landwirtschaftliche

* Vgl. Rudolf Steiner: Ernährung und Bewusstsein. Vorträge ausgewählt und herausgegeben von Kurt Th. Willmann., Aus der Reihe: Themen aus dem Gesamtwerk 7. Stuttgart 1981.

Erzeugnisse die Organisation des Menschen Kräfte erhält, durch die der Mensch Kulturträger sein kann. Industrielle Landwirtschaft dagegen führt tendenziell - so R. Steiner - zum Kulturtod.

Auf der anderen Seite ist die Landwirtschaft selbst Kultur: Agri-Kultur, Pflege der Erde. Landwirtschaft kann nicht die absteigende Entwicklung und „Verhärtung“ des Planeten umkehren, das wäre eine Illusion. Aber sie kann die Humusschicht der Erde beleben. Eben darauf zielt der Einsatz der Präparate in der Demeter-Landwirtschaft. Und die Ergebnisse sind sichtbar, schwer zu leugnen.

Wie gezeigt wurde, ist in den letzten Jahrhunderten die Ökonomie endgültig in die Fremdversorgung hinübergewachsen. In der Landwirtschaft sind die Ergebnisse besonders deutlich sichtbar. Lebten im 19. Jahrhundert noch über 80 % der Bevölkerung auf dem Lande, so liegt heute der Anteil der Landwirtschaft in den entwickelten Ländern zwischen 2 und 4 %. Das heißt aber, dass jeder Hof 25 bis 50 mal mehr Menschen mit ernährt, der Bauer ist nur ein Randfall. In dem Film „Farmer John“ (vgl. Kasten S. 13) wird das unmittelbar anschaulich: John arbeitet im Rahmen von „Consumer Supported Agriculture“ für eine Gemeinschaft von 1200 Menschen.

Die Arbeitsteilung führt dazu, dass ein ungeheurer sozialer „Wirbel“ entsteht, den wir zunächst nicht überschauen und in dem der Preis der einzige Ruhepunkt ist.

Aus der Schweizer Verfassung: Art. 104 Landwirtschaft

1 Der Bund sorgt dafür, dass die Landwirtschaft durch eine nachhaltige und auf den Markt ausgerichtete Produktion einen wesentlichen Beitrag leistet zur: a. sicheren Versorgung der Bevölkerung; b. Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und zur Pflege der Kulturlandschaft; c. dezentralen Besiedlung des Landes.

2 Ergänzend zur zumutbaren Selbsthilfe der Landwirtschaft und nötigenfalls abweichend vom Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit fördert der Bund die bodenbewirtschaftenden bäuerlichen Betriebe.

3 Er richtet die Maßnahmen so aus, dass die Landwirtschaft ihre multifunktionalen Aufgaben erfüllt. Er hat insbesondere folgende Befugnisse und Aufgaben:

a. Er ergänzt das bäuerliche Einkommen durch Direktzahlungen zur Erzielung eines angemessenen Entgelts für die erbrachten Leistungen unter der Voraussetzung eines ökologischen Leistungsnachweises.

b. Er fördert mit wirtschaftlich lohnenden Anreizen Produktionsformen, die besonders naturnah, umwelt- und tierfreundlich sind.

c. Er erlässt Vorschriften zur Deklaration von Herkunft, Qualität, Produktionsmethode und Verarbeitungsverfahren für Lebensmittel.

d. Er schützt die Umwelt vor Beeinträchtigungen durch überhöhten Einsatz von Düngstoffen, Chemikalien und anderen Hilfsstoffen.

e. Er kann die landwirtschaftliche Forschung, Beratung und Ausbildung fördern sowie Investitionshilfen leisten.

f. Er kann Vorschriften zur Festigung des bäuerlichen Grundbesitzes erlassen.

4 Er setzt dafür zweckgebundene Mittel aus dem Bereich der Landwirtschaft und allgemeine Bundesmittel ein.

Welche zentrale Bedeutung die Preisfrage hat, merken wir an den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um den Milchpreis. Nachhaltigkeit hat zur Bedingung, dass der Produktstrom sich fortsetzt und nicht versiegt, ebenso wie der Gegenstrom des Geldes, das alles ermöglichen muss, was der Bauer braucht, um Bauer zu sein. Ohne gerechte und ausgewogene Preisbildung lässt sich Landwirtschaft nicht halten. Die Erzeugnisse müssen produziert und gekauft werden können. Diese Nachhaltigkeitsbedingung lässt sich nur gewährleisten, wenn eine Vermittlungsfunktion für den Ausgleich sorgt, dauernd Balance schafft. Das ist die Aufgabe des Handels, der eigentlich Mittler-, Maklerfunktion hat. Alles strömt durch diese Herzmittle. Wenn diese Mitte beschädigt ist, sucht man andere Formen, muss beispielsweise zur Direktvermarktung greifen. Der Bauer wird dann selbst zum Händler. Das Zirkulationsproblem erschließt sich nur einem Bewusstsein, das sich an der Ganzheit des ökonomischen Prozesses orientiert. Das Individualbewusstsein kann das nicht leisten, weil der Einzelne an einem Punkt in der Peripherie des Geschehens steht, von dem er das Ganze nicht in den Blick bekommen kann. Erst wenn wir den ganzen Prozess in Verständigungsorganen abbilden, in denen sich Vertreter von Produktion, Zirkulation und Konsum austauschen und gemeinsame Urteile bilden können, entsteht real ein solches Ganzheitsbewusstsein. Ohne solche Organe haben wir über das Ganze allenfalls eine Statistik. Punktuelle Lösungen helfen nicht: Wir wollten das Problem des Bauern lösen, indem wir ihn zum Energiewirt gemacht haben, und jetzt bringen dadurch gestiegene Lebensmittelpreise Menschen in der Dritten Welt ins Elend.

Wir brauchen eine Ökonomie der Landwirtschaft

Wir haben einen viel zu allgemeinen Ökonomiebegriff: „Die Ökonomie“ - das ist allenfalls als Sammelbegriff berechtigt. Wenn wir konkret werden, brauchen wir spezifische ökonomische Ansätze für unterschiedliche Bereiche, darunter eine Ökonomie der Landwirtschaft. In der Landwirtschaft müssen wir beispielsweise anders

über den Markt denken als in der Industrie, dort wieder anders als im Finanzsektor. Als generelle Aussage ist der Satz: Je flexibler der Markt, um so besser, nicht richtig. Kapital kann man blitzschnell verlagern, eine Fabrik nur in Jahren. Die Landwirtschaft hängt an der Erde fest, ich kann sie nur verlagern, wenn ich ihren Zusammenhang mit der Erde löse. Marktfundamentalistisch gedacht, könnten wir die Landwirtschaft auf ganzen Kontinenten schließen und die Versorgung dorthin verlagern, wo sie am billigsten zu machen ist - und dabei vielleicht viel mehr Arbeitsplätze schafft als bei uns. Was sind ein paar Kartoffelbauern bei uns gegen zehntausende in Ägypten, die uns gerne beliefern würden? Aber dies ist zu schlicht und punktuell gedacht. Wenn wir das Klima auf der Erde positiv beeinflussen wollen, dann brauchen wir Landschaftspflege auf allen Kontinenten. Wenn Landwirte sich darum nicht mehr kümmern, müssten wir Andere finden, die als Landschaftsgärtner tätig werden.

An manchen Stellen tragen wir dieser Sonderrolle der Landwirtschaft bereits Rechnung. Die Schweizer Bundesverfassung beispielsweise erklärt die Pflege der Kulturlandschaft zur Aufgabe der Landwirtschaft, die - abweichend vom sonstigen Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit und dem Glauben an die Allokationsfunktion des Preises - gezielt zu fördern ist (vergl. Kasten S. 15). Dass die Welthandelsorganisation WTO den Schutz der Landwirtschaft als Protektionismus und damit als Handelshemmnis bekämpft, ist eine Katastrophe. Noch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT, aus dem die WTO 1994/95 hervorging, hatte die Landwirtschaft weitgehend ausgeklammert. Man spürte, dass man diesen Bereich nicht einfach Marktkräften überlassen kann.

Die Schutzmaßnahmen für den Agrarsektor, zu denen man - etwa in der EWG - gegriffen hat, haben allerdings die Preistransparenz beschädigt und eine gigantische Landwirtschaftsbürokratie hervorgebracht. Man stützte beispielsweise den Milchpreis, mit dem Ergebnis, dass mehr Käse erzeugt wurde, dessen Absatz man sodann durch Exportsubventionen ankurbeln musste. Statt unmittelbar dafür zu sorgen, dass ein Landwirt leben kann, ergriff man immer neue Einzelmaßnahmen, die jede Menge unvorhergesehene Komplikationen erzeugten, welche dann wiederum neue Regelungen nach sich zogen ... Das eben ist Bürokratie: Von außen Ziele erreichen zu wollen, die im Prozess selbst nicht als solche anwesend sind. Die Alternative ist nicht Regelungslosigkeit, sondern Selbstregelung der Prozesse durch die Beteiligten: Also Mitgestaltung durch Selbstverwaltung.

Aufgaben nachhaltiger Gestaltung sozialer Prozesse

1. Der Markt stellt den Zusammenhang der ökonomischen Akteure ohne deren Bewusstsein her. Nur das Resultat der Interaktion, der Preis, soll punktuell ins Bewusstsein treten und als Signal dienen, das Reaktionen der Marktteilnehmer auslöst. Richtigkeit und Gerechtigkeit des Preises sind keine Zielgrößen ökonomischen Handelns.

2. Wie machen wir Beteiligte zu Gestaltern? Das geht nur durch die Bildung von Organen, Netzwerken, in denen wir diejenigen zusammenbringen, die im ökonomischen

Weltagrarrat

Im Frühjahr 2008 legte der 2002 auf dem UN-Gipfel über nachhaltige Entwicklung in Johannesburg gegründete Weltagrarrat einen von 400 Wissenschaftlern aus mehreren Ländern verfassten Bericht vor, in dem ein Paradigmenwechsel für die globale Landwirtschaft gefordert wird. Um nachhaltige Entwicklung zu fördern und den Welthunger zu überwinden, wird die Stärkung der lokalen landwirtschaftlichen Kleinproduzenten empfohlen, deren Multifunktionalität mit ihren ökologischen und sozialen Leistungen anerkannt und gezielt gefördert werden müsse. Empfohlen wird unter anderem auch die Verbesserung der Methoden im biologischen Landbau und der Anbaumethoden mit geringem externen Input sowie der biologische Ersatz von Agrochemikalien.

Quellen: Wikipedia, die freie Enzyklopädie; Sozialimpulse, Heft 2/Juni 2008

mischen Prozess stehen. Wir dürfen den Netzwerk-Begriff nicht zu technisch fassen und müssen mehr auf den Vorgang des Knüpfens als auf die Knoten schauen.

3. Vertragsprinzip: Zwischen freien Akteuren kommt Bindung nur durch Vertrag zustande, also durch eine Verschränkung freiwilliger Selbstverpflichtungen auf der Basis des Ausgleichs der Interessen. Gerade dies schafft Vertrauen als Grundlage nachhaltiger Bindung. Das Marktprinzip kennt keine langfristige Bindung. Nachhaltigkeit dagegen verlangt Langfristigkeiten, ohne die Umstellungen und Entwicklungsvorgänge nicht möglich sind.

4. Verbraucher und Handel: Heute steht nicht der Interessenausgleich, sondern die Interessenbündelung im Mittelpunkt der Ökonomie. Wenn wir darüber hinauskommen wollen, muss auch der Verbraucher Verständnis für die Lebensbedingungen nachhaltiger Landwirtschaft entwickeln und daraus praktische Konsequenzen ziehen. Die Frage, wie ich am billigsten an die Kiste Biogemüse komme, greift erkennbar zu kurz. Ändern muss sein Verhalten auch der Handel. Heute beziehen die großen Ketten ihre Produkte aus aller Welt und nicht vorrangig aus der Nachbarschaft. Das führt zu absurden Situationen: Müller-Milch zahlt den Erzeugern statt 40 nur noch 30 Cent, diese verkaufen dann die Milch nach Italien. Zwar auch nur für 30 Cent, aber so haben sie es Müller wenigstens zeigen können. Das kann einem sogar sympathisch sein, es zeigt nur, welche Konfusion entsteht, wenn jeder irgendwo kauft und irgendwo verkauft, ohne Rücksicht auf das Ganze, ohne assoziativen Gemeinsinn.

Eine Schwierigkeit bei der Schaffung assoziativer Netze heute ist die Finanzierung und ihre Sicherheit. Wie entwickelt man Formen assoziativer Haftung? Was brauchen wir an Bewusstsein, wenn wir in solche Vertragsnetzwerke eintreten? Nachhaltigkeit heißt nicht einfach, einen Schalter umlegen, sondern Nachhaltigkeit erfordert das Beteiligtsein der Menschen, ist eine Verhaltensfrage. Es hat immer wieder Ansätze in der richtigen Richtung gegeben, diese haben sich nur nicht genügend durchgesetzt. So hat sich nach dem 1. Weltkrieg unter dem Eindruck der damaligen Not ein Verein „Industrie und Landwirtschaft“ gegründet, der die gegenseitige Unterstützung dieser Bereiche zum Ziel hatte. Noch heute hat die Schweiz die höchsten Direktzahlungen weltweit, sie machen einen Großteil des bäuerlichen Einkommens aus. 2002 erhielten die Bauern rund 2,5 Milliarden Franken an Direktzahlungen, pro Hof im Schnitt ca. 36.300 Franken.*

In der Schweizer Bundesverfassung sind diese Zahlungen an eine ökologische Leistung gebunden. Faktisch kriegen das aber eben doch alle - ein Rückfall. Die Einkommenssituation der Landwirte wurde zwar gebessert, aber die Selbstverwaltungskräfte wurden letztlich nicht gestärkt. Man hat keine Strukturen geschaffen, die es den Bauern ermöglicht hätten, die Dinge selbst zu steuern, z. B. sich über Milchmengen zu verständigen. Wenn wir die Milchquote erhöhen, bauen viele Bauern einen neuen Kuhstall, und das ist es dann. Das ist nicht genug!

* Vgl. <http://www.vermunftschweiz.ch/docs/landwirtschaft.pdf>

Assoziativ vernetztes Wirtschaften ist „im Kommen“, zugleich aber von zwei Seiten gefährdet: Menschen bleiben in alten Verhaltensweisen stecken und ruinieren damit die Netzwerke. Oder man ruiniert sie dadurch, dass man an Stelle horizontaler Kooperation wiederum zentralistische Lenkungsmechanismen setzt. Dem gilt es entgegenzuarbeiten.

Prozessstufen der Entwicklung

Michael Ross, Zusammenfassung C. Strawe

Wir haben gesehen, dass eine Grundfrage der Entwicklung darin besteht, welche seelisch-geistigen Werte durch den Verzehr des Physisch-Organischen und an ihm entstehen. Nachhaltige Entwicklung hat mit Verwandlung zu tun, ergibt sich nicht aus bloßem Fortrollen in die Zukunft. Zugleich hat sie zu tun mit dem Dauerhaften im Wandel, mit Kontinuität, Stetigkeit. Der in der heutigen Managementlehre beliebte Satz, das einzig Stetige sei der Wandel, zeigt zugleich, dass dieses Dauernde nicht mehr in der Konservierung oder Restauration des Alten gesucht werden kann. Unsere Zeit verlangt Weltumgestaltungsimpulse. Ohne Entwicklungsbegriff geht es daher nicht. Eine restaurative Umweltschutzpolitik ist keine nachhaltige Entwicklung.

Nicanor Perlas hat den Begriff der „umfassenden nachhaltigen Entwicklung“ („Comprehensive Sustainable Development“) geprägt, mit dem er auf den Zusammenhang der ökologischen, ökonomischen, politischen, kulturellen, sozialen, persönlich-menschlichen und spirituellen Aspekte von Entwicklung aufmerksam machen will.** Folgt man dieser Idee, dann darf man die Entwicklungsarbeit in Aufgabengemeinschaften durchaus in das Thema der Nachhaltigkeit mit einbeziehen.

Wenn man sich in Aufgabengemeinschaften fruchtbar mit Prozessschritten und -stufen auf verschiedenen Feldern der Zusammenarbeit beschäftigt, dann kann man von Organisationsentwicklung im Gegensatz zur bloßen Organisationserhaltung oder bloßem Organisationswachstum sprechen. Ein solches Zusammenarbeitsfeld in Organisationen ist das, was im Qualitätsentwicklungsverfahren „Wege zur Qualität“ das Feld des „gegenwartsgemäßen Handelns“ genannt wird. Eine Organisation darf weder an der Vergangenheit kleben noch in der Zukunft schweben. - Durch welche Entwicklungsschritte kommt man zum „gegenwartsgemäßen Handeln?“

Am Bestehenden anknüpfen...

Wenn man als Berater in eine Einrichtung kommt, dann findet man dort zunächst gewordene Strukturen vor. Diese erscheinen aber nur für den, der von außen kommt, einfach gegeben. Für die Menschen in der Einrichtung,

** Vgl. z.B. www.globenet3.org/threefold.shtml

die damit tätig verbunden sind, erscheint das nicht so. Auch die Arbeit der ehemaligen Mitarbeiter, darunter der verstorbenen, ist in ihren Ergebnissen noch anwesend. Kann man das einfach verändern, ohne Rücksicht auf das schon Geleistete? Möglich wäre das schon, aber man würde das Daseiende dabei nicht mitnehmen. Der Motivstrom würde nicht mitberücksichtigt, wir würden nicht sozial und geistig das Neue am Bestehenden anknüpfen. Ein guter Berater wird darauf hinblicken, was in der Biografie einer Einrichtung vorliegt, und nicht seine eigenen Vorstellungen implementieren wollen. Diese notwendige Würdigung des Vergangenen kann aber auch leicht in eine konservative Haltung, ins bloße Bewahren führen. Damit aber würde die schöpferische Gestaltung der Zukunft unmöglich. Würdigung heißt nicht ein unkritisches Verhältnis zur Vergangenheit. Es bedeutet vielmehr ein sich Einlassen auf das Gewordene, das Hinblicken auf das darin Erhaltenswerte und damit eine berechtigte Verlangsamung und Entschleunigung der notwendigen Erneuerung. Praktisch würde das heißen, dass man darauf schaut, welche Instrumente, Organe und Strukturen wir vorfinden und wie wir diese einsetzen können bzw. verändern oder ersetzen müssen. Wir lassen den Vergangenheitsstrom nicht einfach fortfließen, sondern unterbrechen ihn durch methodisches Reflektieren.

Erneuerung zulassen...

Das nächste ist, dass wir ein Gefühl dafür entwickeln müssen, was für die zukünftige Entwicklung notwendig ist. In einer Schule könnte z.B. die Frage sein, ob wir das Oberstufenkonzept unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen deutlich ändern müssen. Wenn wir uns erst in das Gewordene hineingestellt haben, dann ist es auch berechtigt radikal zu fragen: Was erfordert neue Ideen? Zukunftsoffenheit gilt es zu entwickeln, alle Denkmöglichkeiten zuzulassen. Aus den geistigen Quellkräften der Einrichtung heraus neu zu gestalten, darum geht es. Was in der Vergangenheit getragen hat, muss nicht notwendig auch in Zukunft tragen. Mit der gleichen Konsequenz, mit der wir uns auf das Bestehende eingelassen haben, müssen wir auch die Hindernisse wegräumen, die der Zukunftsoffenheit im Weg stehen. Oft gibt es ein latentes Misstrauen in das noch nicht Daseiende: es ist doch „nur“ eine Idee, wird es überhaupt funktionieren? Sind die Menschen überhaupt so weit? - Wir kennen solche Argumente und Stimmungen. Genauso verkehrt, wie dem nachzugeben, wäre es, Zukunftskonzepten Wunderwirkungen anzudichten und Illusionen zu nähren. Durchlässigkeit für das Neue muss mit Nüchternheit gepaart sein.

Neue Impulse gehen immer von bestimmten Menschen aus. Zukunft erschließen hat immer auch mit der Bekämpfung jener Abart der Beharrungskraft zu tun, die in neuen Menschen eine Gefahr für den Ursprungsimpuls sieht und diesen deshalb vor ihnen schützen will. - Die Durchlässigkeit für das Neue brauchen wir nicht nur in einzelnen Organisationen, sondern in unserem gesamtzivilisatorischen Verhalten und unseren gesamtgesellschaftlichen Strukturen. Das ist auch eine politische Aufgabe, - dennoch wäre es falsch, dabei auf die Politik zu warten. Erneuerung ist nur möglich, wenn der Einzelne Verantwortung und Initiative ergreift. Vom Einzelnen her betrachtet heißt das: Was trage ich bei,

was mache ich zu meiner Sache? Für eine Organisation heißt das: Offen sein für die Entwicklungsbeiträge aller Beteiligten. Denn wo sich keiner findet, der es macht, bleibt das Neue nur eine „schöne Idee“.

Das Neue als freie Gestaltung...

Solange wir uns im fortrollenden Strom der Vergangenheit bewegen, machen wir uns diese Rolle des Einzelnen oft nicht bewusst: Was bedeutet unser Beitrag schon - in einer Organisation von vielleicht 120 MitarbeiterInnen und gar in einer Gesellschaft mit 90 Millionen MitbürgerInnen. Vergeblich suchen wir dann die Lücke im Bestehenden, durch die wir schlüpfen könnten, um ins Neue zu gelangen. Nur: Es gibt eine solche Lücke nicht. Das Neue ist immer eine Schöpfung aus dem Nichts, die im Wirbel zwischen Vergangenheitsstrom und Zukunftsstrom entsteht. Beides verbindet sich da, wo wir den Vergangenheitsstrom durch Rückblick und Rechenschaft bewusst machen und dadurch aufstauen. Das ist wie eine Potenzialbildung, die uns ermöglicht, im Zukunftsstrom nicht träumend mit zu schwimmen, sondern - durch Grundlagen-, Leitbildarbeit usw. - klar bestimmen zu können, wo wir eigentlich hin wollen.

Damit sind wir bei einem dritten Aspekt: Menschen ergreifen das Vergangene und führen es in die Zukunft. In der Gegenwart als Verantwortungsort bringen wir die beiden Ströme erst zusammen. Wir müssen unsere Unsicherheit, wohin es gehen wird und ob wir dem gewachsen sind, überwinden. Bei Menschen in einer großen Einrichtung, die sich nur teilweise verantwortlich fühlen, führt die Verunsicherung häufig zu einer Kritikhaltung gegenüber Neuerungen, die destruktive Züge annehmen kann. Solche Widerstände sind andererseits ein Aspekt der Entwicklung selbst. Sie dürfen nicht einfach als Störung gesehen werden, denn schließlich kann die Auseinandersetzung mit ihnen auch weiterführen.

Kritische Prüfung: Am Widerstand gewinnen...

Kritisches Bewusstsein gehört dazu. Aber natürlich ist am hilfreichsten und unverzichtbarsten solche Kritik, die Einseitigkeiten durch zusätzliche Gesichtspunkte ausgleicht und damit das Problem, um das es geht, in den Zusammenhang stellt. Mitdenken ist immer besser als anderen vorzuwerfen, was sie nicht bedacht haben. Kritik ist schließlich das Vermögen der Unterscheidung und Begründung. Im Sozialen sind alle Einzelteile mindestens tendenziell falsch, weil nur im Zusammenurteilen die Einzelheiten in einen umfassenden Begründungskontext eingebettet werden können. Insofern muss man ganz bewusst Situationen des Mitdenkens und damit der kritischen Reflexion schaffen. Dann wird die Kritik zum konstruktiven Potenzial der Organisationsentwicklung. Solche kritische Bewusstmachung ist wie eine Schutzhülle für das keimhaft Neue. Die Fähigkeit hierzu ist allerdings nicht leicht zu erringen. Es geht um wirklich selbstreflexives Bewusstsein, nicht um das Ablassen beliebiger kritischer Einwände. Eine Methode der Bewusstseinsbildung in dieser Richtung ist es, kritische Einwände gegen eigene Auffassungen selbst vorwegzunehmen und sich mit ihnen sachlich auseinanderzusetzen.

Auf dem Prüfstand der Wirklichkeit...

Wir haben durch das Skizzierte einen Weg betreten, auf dem durch bewusste Bearbeitung der Vergangenheit und bewusste Pflege der Zukunftskeime Entwicklung möglich geworden ist. Was man vorher in der gedanklichen Auseinandersetzung bewegt hat, gilt es jetzt konkret umzusetzen und verantwortlich zu leben. Damit wird es an der Wirklichkeit selbst geprüft. Hat, um im Beispiel zu bleiben, unsere Oberstufenreform die erwarteten Wirkungen für die Schülerinnen und Schüler? Das ist dann eine soziale Reifeprüfung. Bewährt es sich am Leben, in der Zusammenarbeit und Begegnung? Nur das Gegenwartsgemäße darf in die Wirklichkeit hineingebracht werden. Vieles finden wir in der Gegenwart vor, das nur fortwirkende Vergangenheit ist, mit fragwürdiger Zukunftsfähigkeit und Gegenwartsangemessenheit. Wir müssen die Geister unterscheiden lernen. Was ist bloß da und was ist geistig legitimiert da? Das Unterscheidungsvermögen dafür erwirbt man durch Verantwortungserfahrungen. Dabei ist es wichtig, wie die sozialen Reifeprüfungen stattfinden. Lässt man Mitarbeiter auflaufen? Wo interveniert man? Wie schafft man Situationen, in denen Selbstkorrektur möglich wird?

Dazu stehen ...

Wenn sich das Neue im Lebens als fruchtbar erweist und sich entfaltet, dann darf man die kritische Haltung auch nicht künstlich beibehalten wollen, die jetzt ihre soziale Berechtigung verloren hat und schlimmstenfalls zum Hemmschuh der notwendigen Mitverantwortung aller werden würde. Die letzte Stufe ist somit die der „Loyalität“: Ich stehe dazu, was an Änderungen vollzogen wurde. Im Entwicklungsprozess haben wir das Vergangene und uns selbst verwandelt. Nur so wird Entwicklung nachhaltig.

Natur und nachhaltige Entwicklung

Harald Spehl, Zusammenfassung C. Strawe

Die Diskussion um Nachhaltigkeit leidet, wie schon früher angedeutet, an begrifflichen Unklarheiten. So liegt ein Problem des Drei-Säulen-Bildes: Umwelt, Wirtschaft, Soziales - in seiner Statik. Die drei Säulen stehen nebeneinander. In Wirklichkeit haben wir es mit Wechselwirkungen und Durchdringungen zu tun. Wirtschaft hat immer mit Naturverbrauch zu tun und hat damit immer Umweltaspekte. Auch ist die Wirtschaft, mit Niklas Luhmann gesprochen, „die Wirtschaft der Gesellschaft“, d.h. ein Teilsystem der Gesellschaft, weshalb sie immer soziale Aspekte hat. Noch schwieriger wird es, wenn wir verstehen wollen, was Natur wesentlich ist. Ist der Begriff Umwelt nicht schon Ausdruck eines Bewusstseins, dem Natur nicht Mitwelt ist und das gerade gegenüber ihrem Wesenhaften blind ist?

An diesen Stellen holen uns die bewusstseinsgeschichtlichen Fragen ein, die bereits unter der Überschrift „Von der Erhaltung zur Entwicklung“ aufgetaucht sind. Der Mensch ist immer mehr aus der Einheit der Welt herausgetreten und hat schließlich zugleich Selbst- und Gegenstandsbewusstsein erworben. Dadurch ist aber die „Du-Evidenz“ in Bezug auf die Natur abhanden gekommen. Natur ist uns in der Neuzeit zum Objekt geworden, das wir durch Teleskop und Mikroskop beobachten und durch „instrumentelle Vernunft“ (Max Horkheimer) immer besser zu beherrschen, d.h. für unsere Zwecke zu benutzen versuchen. Die instrumentelle Vernunft ist primär quantifizierend: „Messen, was messbar ist, und messbar machen, was nicht messbar ist“ (Galileo Galilei) ist zum Erkenntnisideal geworden, dass sich in Experiment und Technik als wirkmächtig erweist und vielen als Maßstab der Wissenschaftlichkeit überhaupt gilt - nicht zuletzt den meisten Ökonomen. Das frühere Bewusstsein des Eingebettet-Seins in die Schöpfung ist immer mehr verblasst, die Verehrung der Schöpfermächte wurde ins Reservat des bloßen Glaubens verwiesen. Zugleich ist unverkennbar, dass unser technisches Vermögen zur Naturumformung und -beherrschung auch zerstörerische Wirkungen hervorbringt, die bisher unbeherrscht sind.

Grenzen des Wachstums oder Wachstum der Grenzen?

Darauf gibt es im Prinzip zwei strategische Möglichkeiten der Reaktion:

Die erste besteht schlicht in der Optimierung von Naturbeherrschung, um dadurch nachhaltige Entwicklung bewirken zu können. Naturwissenschaft und Technik müssen so perfektioniert werden, dass es uns gelingen kann, schädliche Nebenwirkungen zu minimieren. Naheliegender, dass man dann auf den Gedanken verfallen kann, dass wir die Natur als solche besser einrichten können, als sie an sich ist: Auch wenn das nicht bis zum Extrem von Gentechnik und technisch optimiertem Menschen (dem „Cyborg“) gehen muss: die Erhaltung des Planeten wird primär als technisches Problem gesehen (dessen Lösung natürlich auch politische und ökonomische Sozialtechniken einbeziehen muss). Also: Probleme der Trinkwasserversorgung gehen wir durch Meerwasserentsalzungsanlagen und den Transport von Süßwassertanks über die Ozeane an, das Bevölkerungsproblem lösen wir, indem wir Städte mit riesigen Wohntürmen ins Meer bauen und so weiter.

Der zweite Grundansatz schließt technische Lösungen nicht aus, aber er reduziert Nachhaltigkeit nicht auf eine naturwissenschaftlich untermauerte Effizienzstrategie. Er anerkennt, dass wir an Grenzen stoßen, wo die alten Ansätze versagen. Er leugnet drohenden Abgründe nicht und fordert deshalb ein Innehalten, wo Risiken nicht abschätzbar sind. Der zweite Ansatz setzt erkennbar auf Entschleunigung. Vorsichtiger sein, die Natur in ihrer Komplexität anerkennen, bescheiden sein in der Einschätzung der eigenen Erkenntnisfortschritte, intelligente Einpassung in die Natur statt gegen sie und ihre Rhythmen zu leben, - so lauten die Leitsätze.

Die zitierten Managementregeln sind solche Einpassungsregeln. Sie basieren auf der Einsicht, dass wir nach der Ernte genügend Saatgut übrig behalten müssen; - dass wir mit nichtregenerativen Energien so sparsam umgehen müssen, dass alternative Energiequellen noch rechtzeitig erschlossen werden können; - dass wir die Naturrhythmen nicht einfach außer Kraft zu setzen versuchen dürfen, sondern eine intelligente Einpassung in sie leisten müssen.

Der Naturbegriff wird oft im Sinne all dessen verwendet, was nicht vom Menschen geschaffen wurde. Die uns umgebende Natur indes ist vom Menschen weitestgehend überformt, ist Kulturlandschaft. Diese Überformung als solche ist ein Fortschritt und kein Verstoß gegen die Nachhaltigkeit. Überhaupt ist die Alternative der beiden Strategien nicht so schlicht, wie sie zunächst erscheinen mag. Mit der Losung „Zurück zur Natur“ kann man jeden Sozialdarwinismus begründen. Der Gedanke der „Natürlichkeit“ kann aber auch leicht zur Romantik oder Biedermeierei geraten. Von so etwas ist nicht mehr zu erwarten als eine aufgehübschte Natur, sei sie nun gestutzt wie im französischen oder malerisch wie im englischen Garten. Die Vermenschlichung der Natur, die Entwicklung einer höheren, zweiten Natur in der Natur, ist keine Hybris, sondern macht den Sinn der Evolution aus. Hybris dagegen ist die schrankenlose Naturbeherrschung zur Befriedigung der eigenen egoistischen Neigungen.

„Nachhaltigkeitsstrategie 2“ ist verbunden mit dem Schlagwort von den Grenzen des Wachstums. Strategie 1 könnte man als eine Strategie der gewaltsamen Ausdehnung der Grenzen bezeichnen: Eine Natur, die wir uns selber schaffen, weist nicht die Grenzen der geschaffenen Natur auf.

Jenseits der instrumentellen Vernunft

Innerhalb der Strategie 2 gibt es noch eine wichtige Nuance - die man auch als eigene strategische Variante betrachten könnte (Strategie 3). Zur ihr bekennen sich alle Wissenschaftler und Praktiker, die betonen, dass die Probleme der Nachhaltigkeit nicht mit denselben Denkweisen bearbeitet werden können, die sie hervorgebracht haben. Sie kritisieren die instrumentelle Vernunft ausdrücklich und suchen nach einem neuen - „vernetzten“ - Denken, einem neuen Welt- und Naturverständnis. Für diesen Ansatz steht neben anderen der Physiker und alternative Nobelpreisträger Hans Peter Dürr. Denker wie er empfinden die Haltung, nachhaltige Entwicklung ohne Wertbindung durch bloße Effizienzsteigerung erzielen zu wollen, als Hybris; sie wollen sich Physik ohne Rekurs auf ein Metaphysisches nicht mehr vorstellen. Geht es doch um die Frage nach den Zielen für Nachhaltigkeitsstrategien.

An dieser Stelle klingt das Schlagwort von einer neuen Wertorientierung an. Vielfach denkt man dabei an eine religiöse Untermauerung nachhaltiger Entwicklung. Verschiedene esoterische Strömungen suchen auf eigenen Wegen nach einer neuen Harmonie mit der Schöpfung. Dabei scheiden sich allerdings auch die Geister: manche streben einfach zurück. Bei Wertorientierung denken sie an eine neue Gebotsethik,

nicht an die Entwicklung der individuellen Verantwortungskräfte der Menschen. Nicht eine Erweiterung des Erkenntnishorizonts streben sie an, sondern eine Verstärkung der chinesischen Mauer, die zwischen Wissen und Glauben errichtet wurde.

Im Mittelpunkt der Nachhaltigkeit steht die Frage nach dem Schicksal der Erde. Was hält sie aus? Und was ist überhaupt die Erde? Hat sie einen Sinn? Ist sie Ausgeburt des Zufalls? Ist sie Entwicklungsort? - Die Naturwissenschaften geben uns über die Evolution der Erde viele Informationen, aber die Sinnfrage beantworten sie nicht. Auch verlieren die Auskünfte an Exaktheit, je weiter von heute Beobachtbarem auf Früheres, als solches Nichtbeobachtbares, zurückgeschlossen wird. Immerhin gibt es heute einen breiten Konsens, dass die Welt einen Anfang hat, den Urknall, der in der Regel 13,5 Milliarden Jahre vor unserer Zeit verortet wird. Wir haben das Bild eines seither expandierenden Universums, in dem sich vor etwa 4,6 Milliarden Jahren aus einem rotierenden kosmischen Nebel unser Sonnensystem und mit ihm die Erde gebildet hat. Unser Planet hat sich abgekühlt und verfestigt, bis er schließlich nach einer Reihe geologischer Umbildungen das wurde, was er heute ist. Wenn wir die Entwicklung der Erde im Gedankenexperiment auf 24 Stunden verdichten, den Urknall auf 0.00 Uhr ansetzen, dann tritt der homo sapiens erst nach 23.59 Uhr auf. Wir haben also in erstaunlich kurzer Zeit viel Umweltschaden angerichtet. Die Naturwissenschaften berichten uns von 5 sogenannten Faunenschnitten, massiven Artensterben. Im Moment haben wir es wieder mit einer massiven Abnahme der Artenvielfalt zu tun, nur diesmal können wir keinen Meteoriten oder eine andere natürliche Ursache verantwortlich machen, jetzt hat das Phänomen etwas mit uns zu tun.

Vertreter von Strategie 1 werden sagen: Irgendwann schaffen wir neue, bessere Arten. Vertreter von Strategie 2 werden eine Verhaltensänderung fordern, um die bestehenden Arten zu erhalten. Vertreter von 3 werden darüber hinaus die Rückbesinnung auf Werte verlangen und nach neuen Sichtweisen rufen. Doch wie können diese Sichtweisen aussehen? Hier eröffnen sich neue über die genannten hinausgehende Perspektiven - und wohl auch neue „strategische Optionen“.

Nachhaltigkeit und Naturverständnis

Dass Physik, Chemie, Geologie, Astronomie und andere Wissenschaften uns geholfen haben, Naturgesetze zu erkennen und zu unseren Zwecken wirken zu lassen, ist als solches ein Fortschritt. Ein damit verbundenes Problem ist die Neigung, die Welt auf die Bewegungsgesetze der Materie zu reduzieren. Sind in der Psychologie, der Ökonomie, der Medizin usw. die Methoden der sinnlichen Beobachtung und des Experimentes angemessen wie in der Physik und der Chemie? Ist nur eine im Sinne der Naturwissenschaft „exakte“ Wissenschaft überhaupt Wissenschaft? Sind die Geisteswissenschaften, für die seit Wilhelm Dilthey immer wieder „verstehende“ Methoden postuliert wurden, methodisch minderwertig? Müsste nicht vielleicht sogar gegenüber der Natur eine verstehende Methode das Naturbild der „exakten“ Wissenschaft ergänzen?

Müssten wir nicht lernen, die Erde als ein Lebewesen zu begreifen, wie es James Lovelock 1981 in seinem Buch „Das Gäa-Prinzip“ vorgeschlagen hat?

An dieser Stelle müssen wir auch und vor allem den Versuch einbeziehen, die Naturwissenschaft durch eine solche Geisteswissenschaft zu ergänzen, die geistig-seelische Beobachtungsmethoden miteinbezieht, um Mensch und Welt besser zu verstehen. Wir sprechen hier von Goethe und verwandten Denkern, vor allem aber sprechen wir von der durch Rudolf Steiner inaugurierten anthroposophisch orientierten Geisteswissenschaft. Es ist interessant, dass im Ringen um eine ökologische Alternative in den 80er Jahren Denker wie Fridjof Capra auch auf Goetheanismus und Anthroposophie gestoßen sind. (Vgl. Kasten), wobei sich zeigt dass diese wichtige Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung geleistet haben und weiter leisten können.

Dass die Welt auf ihre materielle Oberfläche zu reduzieren sei, ist keine Tatsachenbeobachtung. Es ist ein bestimmtes Paradigma, eine bestimmte Weltsicht. Warum sollte ein anderes Paradigma, das zur Frage nach einer geistigen Wesenhaftigkeit führt, deren Physiognomie in der Natur erscheint, die jedoch mehr

ist als die äußere Natur, a priori unwissenschaftlich sein? Die Unduldsamkeit eines materialistischen Fundamentalismus ist nicht besser als diejenige eines religiösen.

Nicht darum geht es der Anthroposophie, die Entdeckungen der Naturwissenschaften in ihrem Wert zu schmälern - ganz im Gegenteil. Auch geht es ihr nicht darum, die wörtlich genommene biblische Schöpfungsgeschichte wieder an die Stelle der natürlichen zu setzen - sei es ganz plump oder in der Form einer „Intelligent-Design“-Theorie. Vielmehr geht es ihr darum zu verstehen, welche Wirklichkeitsschicht jeweils gemeint ist und wie diese Schichten zusammenhängen.

Die vierte Möglichkeit bestünde also darin, sich auf den Versuch einzulassen, die Natur wesenhaft zu verstehen. Dabei wird jeder eigene Erfahrungen machen, zu eigenen Erkenntnissen gelangen können. Aber auch da, wo man sich auf Forschungsergebnisse anderer einlässt, muss man diese nicht einfach hinnehmen, sondern kann mit ihnen als mit Arbeitshypothesen umgehen, deren Konsistenz man hinterfragen und für deren Fruchtbarkeit man ein Gespür entwickeln kann. Was bedeutet es für unseren Umgang mit der Natur, wenn wir sie nur als tote Gegenständlichkeit empfinden können? Was bedeutet es dagegen, wenn wir mit Goethes Faust die Sprache des Erdgeistes empfinden und sagen können: „Du führst die Reihe der Lebendigen / Vor mir vorbei und lehrst mich meine Brüder / Im stillen Busch, in Luft und Wasser kennen“ (Faust I, Wald und Höhle)? Für eine solche Sichtweise hängt nachhaltige Entwicklung an der Fähigkeit, sich geschwisterlich gegenüber der natürlichen und der menschlichen Mitwelt verhalten zu können.

Naturwissenschaft und geistige Erkenntnis schließen sich nicht aus, im Gegenteil - sie ergänzen sich. Die skizzierten Strategien allerdings schließlich sich mindestens teilweise aus. Wir müssen uns also entscheiden.

Nachhaltigkeit und soziale Dreigliederung

C. Strawe

Nachhaltigkeit hat, wie wir gesehen haben, geistige, rechtliche und wirtschaftliche Aspekte. Solange das geistige Leben durch Staat und Wirtschaft fremdbestimmt ist, werden sich neue, über die instrumentelle Vernunft hinausgehende Ansätze des Naturverständnisses nur schwer entwickeln und durchsetzen können. Solange die Staaten unter dem Druck wirtschaftlicher Interessen stehen, werden sie nicht in der richtigen Weise Umweltzerstörung durch rechtliche Regelungen begrenzen können. Und solange im Wirtschaftsleben selbst nicht Organe ökologischer Verantwortung entwickelt werden, wird die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie nicht gelingen. Wer über nachhaltige Entwicklung redet, sollte daher über die Dreigliederung des sozialen Organismus nicht schweigen.

Ganzheitlich-ökologisches Denken

Für die deutsche Ausgabe seines Buchs „Wendezeit“ schrieb Fridjof Capra eine „Einführung: Das ganzheitlich-ökologische Denken in der deutschen Geistesgeschichte“. Dort lesen wir unter anderem: „Goethe gründete seine Naturlehre auf eine Naturerfahrung, die wissenschaftlich genaue Beobachtung, darüber hinaus aber auch Ehrfurcht und Einfühlung einschloss - ein harmonisches Zusammenwirken von Verstand und Intuition, von ‚Denken und Anschauen‘, wie er selbst es nannte. In einer solchen Erfahrung der Natur besteht ein enger Zusammenhang zwischen Wissen und Gewissen, zwischen Wissenschaft und Ethik, der für Goethe ganz wesentlich war. [...] Zu Goethes Zeiten war die Erhaltung der natürlichen Umwelt kein Thema [...] Das hat sich jedoch geändert. Wo Wissenschaftler sich heute nicht diesen Werten öffnen, die unser Handeln leiten müssen, stellen sie sich außerhalb des zeitgemäßen Lebenszusammenhangs. Wir werden als Menschen nur dann eine Zukunft haben, wenn Naturwissenschaft und Ethik in einem gedacht werden, und gerade deshalb ist das Goethesche Weltbild heute besonders aktuell. Einer der bedeutendsten Verbreiter und Weiterentwickler der Goetheschen Naturlehre war Rudolf Steiner, Gründer der anthroposophischen Bewegung, der Goethe bewundernd den ‚Kopernikus und Kepler der organischen Welt‘ nannte und seine naturwissenschaftlichen Schriften in der berühmten Weimarer Ausgabe editierte [...] Steiners Rolle als Wegweiser zum ganzheitlich-ökologischen Denken auf den verschiedensten Gebieten - Pädagogik, Landbau, Medizin, Architektur, Theater - ist unbestritten. [...] Andererseits ist in der Hinwendung zur (von Hegel herrührenden) Dialektik eine Tendenz zum ganzheitlich-ökologischen Denken zu erkennen.“

Fridjof Capra, Wendezeit. Bausteine für ein neues Weltbild, München 1988, S. 7 ff.

Zur Sozialästhetik der Alterung des Geldes*

Zur Aristotelischen Wirtschaftsphilosophie

Aristoteles (384 - 322 v. Chr.) hat bereits unterschieden zwischen der Kunst der „Hausverwaltung“ und dem „Kapitalerwerbswesen“. In der Hauswirtschaft wurden die Warenüberschüsse gegen den Warenmangel getauscht. Ein Tausch wurde als gerecht empfunden, wenn beide Teile damit einverstanden waren. Über das Geld sagte er: „Das Geld macht [...] wie ein Maß die Dinge messbar.“ Aristoteles nannte die Kunst der Hausverwaltung „ökonomia“. Das Kapitalerwerbswesen dagegen „chremastika“, das Geldverdienen um seiner selbst willen. (Gigon, O., 1967) Es ist deshalb verständlich, dass die Menschen das heutige Finanzsystem eher als „chremastika“, denn als „ökonomia“ verstehen (Rist, M., 2007).

Ein Beitrag zum Verständnis der Weltfinanzkrise

Michael Rist

Einleitung

In diesem Jahr ist im Gideon Spicker Verlag, Dornach, das kleine Büchlein „Die Kunst als Muttersprache der Menschheit“ erschienen, das drei Vorträge von Herbert Witzmann beinhaltet. Sie umfassen die *Erkenntnisästhetik*, die *Sprachästhetik* und die *Sozialästhetik*. Diesen drei Themen gemeinsam ist das Gegenstromprinzip der menschlichen Eigentätigkeit und der naturhaften Weltgegebenheiten. Im *Erkennen* spielt sich der Gegenstrom zwischen denkender Eigentätigkeit des Menschen und den Sinnesgegebenheiten (Wahrnehmungen) ab. In der *Sprachästhetik* wird der eigentätige Atemstrom durch die verschiedenen artikulatorischen Einstellungen der Sprachwerkzeuge (Kehlkopf, Rachen, Mund, Zunge, Zähne und Lippen) zum sprachlichen Ausdruck.

In der *Sozialästhetik* wird der Gegenstrom von der Umwandlung der Naturgegebenheiten (Rohstoffe) durch die Arbeit und die Rationalisierung infolge menschlicher Erfinderkraft zur Wertbildung der Produkte. Herbert Witzmann gibt den Gegenströmen dieser Bereiche die Bezeichnung „Transsubstantiationsstrom“ und „Inkarnationsstrom“, da sie die Folgen der Umwandlungskraft und der schöpferischen Erfindungsfähigkeit des Menschen sind.

* Der Artikel baut auf zwei Vorträgen auf, die der Autor am 11. April bei der Jahresversammlung des „Fördervereins Zürich für biologisch-dynamischen Landbau und assoziative Wirtschaftsordnung“ über das Thema „Von Aristoteles zur heutigen Finanzkrise...“ und in Fortsetzung bei der Weltlage-Tagung, 18./19. Oktober im Herbert-Witzmann-Zentrum in Dornach, gehalten hat.

Erinnerungen an die Wirtschaftskrise 1929 - 1932

Die derzeitige Finanz- und Wirtschaftskrise ruft natürlich die Erinnerungen an die Wirtschaftskrise der Jahre 1929 - 1932 wach. Nach T. Straumann (2008) erreichte die Arbeitslosigkeit in den USA damals 25 %. Bei der damaligen Goldwährung konnten die Bürger wohl ihre Papiergeldscheine in Gold umtauschen, aber aus Sicherheitsgründen wurde dieses gehortet, so dass kaum Kapital für innovative Wirtschaftstätigkeit zur Verfügung stand, „wobei diese [...] Katastrophe [...] in vieler Hinsicht ein ungelöstes Rätsel“ bleibt (a.a.O.). Erst mit dem „New Deal“ von F.D. Roosevelt kehrte das Vertrauen in die Wirtschaft wieder.

Die heutige Finanz- und Wirtschaftskrise

Die größte Bank der Welt, die Citigroup in den USA geriet ins Taumeln und musste schließlich von der US-Regierung mit einer Bürgschaft von 306 Milliarden US-Dollar und einer Kapitalspritze von 20 Milliarden gerettet werden. Die UBS, die größte Vermögensverwalterin, hat im Oktober 2008 40 Milliarden CHF (40.000.000.000) abgeschrieben. Die Credit Suisse musste 10 Milliarden abschreiben (Schlätti, B., 2008). Auch die Bank von England kam in große Schwierigkeiten (Nonnenmacher, P., 2008). Aber das Land, das derzeit am meisten unter der Finanzkrise leidet, ist Irland. Sein Schuldenberg beläuft sich gegenwärtig auf 210 % der jährlichen Wirtschaftsleistung (Kaufmann, B., 2008). Länder wie Italien und Ungarn haben die Bankverluste auf 300 Milliarden geschätzt (Israel, St., 2008). Der IWF hat den Schaden der Finanzkrise auf 1000 Milliarden veranschlagt (Binswanger, D., 2008).

Die Realwirtschaft stach die Finanzwirtschaft aus

Noch im April 2008 stach die Realwirtschaft z.B. des Industriekonzerns ABB, dem es so gut ging wie kaum jemals zuvor, die Finanzwirtschaft aus, wie aus dem Züricher Tages-Anzeiger vom 24. 4. 08 zu entnehmen war: Während UBS und Credit Suisse mit Milliardenabschreibungen schockieren, bleibt die Schweizer

Industrie (z. B. die ABB) auf Kurs - und legt im selben Zeitraum sogar noch zu.

Die stillen Schaffer wie z.B. der Müllereimaschinenbauer Bühler oder der Schrauben-Champion SFS sind sogar so gewinnstark, dass sie die Börse gar nicht brauchen (Flütsch, A., 2008).

Von der Betroffenheit der Mitbürger

Kaum war die Berichterstattung über die Hypokrise etwas abgeflaut, folgte schon die nächste Hiobsbotschaft: Fast alle Haushalte der USA (ca. 80 %) stehen bei den Banken und Kreditkartenfirmen in der Kreide. Bis Ende 2007 waren das 13.000 Milliarden Dollar (Kaminski, R., 2008). Die Abschreibungen der Banken und die Schulden der Haushalte gehen selbstverständlich weder an den Pensionärinnen und den Pensionären, noch an den Mitarbeitern sowie deren Haushalten spurlos vorüber. So baut die UBS jetzt 5.500 Stellen ab, davon 1.500 in der Schweiz (Schlättli, B., 2008).

Auch schrumpfte nach einer Studie der Credit Suisse das Vermögen der sogenannten 2. Säule der Altersversorgung, die von den Pensionskassen verwaltet wird, im ersten Quartal 2008 um rund 35 Milliarden (Zürcher Tages Anzeiger vom 29.4.08). Viele gehen bereits auf einen Deckungsgrad unter 100 % zu. Spätestens bei 90 % schreibt das Gesetz dringend eine Sanierung vor, und in der Tat stehen bereits die ersten Pensionskassen vor der Sanierung, weil sie eine Unterdeckung aufweisen. Diese Sanierung kann wie folgt aussehen (Badertscher, M., 2008):

- Der Arbeitgeber schiebt Geld nach;
- der Wohlfahrtsfonds springt in die Lücke;
- Renten und Frühpensionierungen werden gekürzt;
- Arbeitnehmer und Arbeitgeber leisten monatlich höhere Abgaben;
- das Sparkapital wird tiefer verzinst, womit die künftigen Renten sinken.

Bereits greift auch die Finanzkrise auf die Realwirtschaft über, was Konrad Hummler (2008) in seinem „Bilanz-Interview“ als „Worst Case Scenario“ bezeichnete.

In der amerikanischen Autobranche sind die Verkäufe seit dem Vorjahr um 13 % eingebrochen (Kaminski, R., 2008). In dieser schwierigen Situation wurde bekannt, dass General Motors (GM) und Chrysler über eine Fusion verhandeln. Die GM-Produktion (Opel) in Eisenach wurde zunächst für drei Wochen eingestellt, und bei VW werden die Überstunden eingezogen (Radio DRS2), während auch bei Nissan in diesem Jahr so wenig Fahrzeuge verkauft wurden wie nie zuvor (Agenturen/TA).

Internationale Finanzkrise - Was geht mich das an?

Aus einem Basisinfo von Attac Stuttgart und Region

500 Milliarden Euro - ein Fünftel des Bruttoinlandsproduktes, fast der doppelte Bundeshaushalt, rund 6.250 EUR pro EinwohnerIn - wirft der Bundestag den Banken, die sich verzockt haben, hinterher. Keine Partei im Bundestag hat sich dem Schweinsgalopp, in dem das Gesetz durchgebracht wurde, entgegen gestellt. Die Verursacher durften sich als Gesetzgeber in eigener Sache betätigen, und so erhalten sie staatliche Unterstützung ohne wirkliche Gegenleistung und ohne parlamentarische Kontrolle. Die Öffentlichkeit soll nicht wissen, über welche Kanäle welche Bank wofür wieviel Geld bekommt. 100 Milliarden in bar, für 400 Milliarden steht die Bundesrepublik - stehen wir alle ein, wenn die Bürgschaften platzen. Kein einziges Finanzinstrument, das die Krise verursachte, wird verboten. Wir Bürger sind als Bürgen des globalen Finanzkasinos vorgesehen. IWF-Ökonom Häussler sagte zynisch: „Die Ersparnisse der kleinen Leute als Stoßdämpfer letzter Instanz.“

Moralische Bankrotterklärung des reichen Nordens!!

Regierungen der EU konnten innerhalb weniger Tage über 1.600 Milliarden EUR für die Banken locker machen, dabei fehlt seit Jahren zur Lösung existenzieller Krisen angeblich das Geld:

- 923 Millionen Menschen hungern, alle 5 Sekunden verhungert ein Kind! Nur 82 Milliarden Dollar jährlich für 5 Jahre - rund 310 Milliarden Euro - kostet die Umsetzung der UN-Millenniumsziele, die Beseitigung der schlimmsten Formen von Hunger und Armut. In acht Jahren waren die Regierungen der größten Volkswirtschaften nicht willens, dieses Geld bereit zu stellen.
- Seit Jahren wächst die Armut auch bei uns, 14 % aller Kinder sind offiziell arm, aber die Sozialleistungen werden gekürzt!
- Die Weltgesellschaft steht vor der größten Herausforderung aller Zeiten: Innerhalb weniger Jahrzehnte muss ein ökologischer und sozialer Umbau erfolgen, wenn wir eine Katastrophe vermeiden wollen - wir verspielen heute die Zukunft!

„Aus nix wird nix“

Alle Maßnahmen zugunsten des frei vagabundierenden Kapitals endeten in geplatzten Finanzblasen und einschneidenden Krisen: Die Japankrise seit 1991, die Asienkrise 1997/98, die Technologie-Blase (Dotcom-Blase) ab 2000. Die jetzige Blase begann vor einem Jahr zu platzen. Zahlungsausfälle bei den minderwertigen Hypothekenkrediten (subprime) in den USA erfassten zunächst die Hypothekendarlehenbanken, dann in einem Dominoeffekt Investment und Geschäftsbanken sowie Versicherungen, Hedgefonds, die Aktienmärkte. Sie hat sich zur schwersten Finanzkrise seit 1929 entwickelt und frisst sich in die Realwirtschaft hinein.

Ursachen der Krise bekämpfen statt Symptom-Pflaster!

Die Regierungen basteln derzeit weltweit an Scheinlösungen. Ein bisschen mehr Aufsicht oder ein bisschen mehr Transparenz greifen die Ursachen der Krise nicht an. Kein Wunder: die neoliberalen Brandstifter in Politik und Wirtschaft rufen sich selbst als Feuerwehr, als Krisenmanager (s. Robert Heusinger: Der Deregulierungsrat, FR, 29.10.08). Der Kapitalismus ist nicht zukunftsfähig. Wir brauchen neue Formen des menschen- und lebensgerechten Wirtschaftens [...].

Was jeder tun kann

- Politiker und Banker konfrontieren: In 2009 finden Kommunal-, Europaparlaments- und Bundestagswahlen statt. Fordern Sie eine radikale Änderung des Bankenrettungspaketes (FstabG). Fordern Sie eine Offenlegung aller riskanten Finanzoperationen in Ihrer Gemeinde und den sofortigen Ausstieg aus Cross Border Leasing Verträgen und Privatisierungsvorhaben. [...]
- Tragen Sie Information und Diskussion in Betriebe, Kirchengemeinden, Vereine ...
- Den internationalen sozialen Bewegungen anschließen, die ein neues Weltwirtschaftssystem anstreben, das den Menschen dient und die Lebensgrundlagen auf der Erde erhält. Wir müssen unsere Angelegenheiten in die eigenen Hände nehmen. Es sind viele Menschen und Ideen nötig (für Runde Tische, Tribunale, Montagsdemonstrationen, ...). Das gegenwärtige System wird nicht überleben. Wir alle sind mitverantwortlich dafür, ob das neue System demokratischer und solidarischer ist. [...]
- Den eigenen Umgang mit Geld und Geldanlagen verändern, Geschäftsbeziehungen mit Hauptakteuren der neoliberalen Globalisierung verweigern; „das Krebswachstum aushungern und dem Leben Nahrung geben“ (Ulrich Duchrow)

http://www.attac-netzwerk.de/fileadmin/user_upload/Gruppen/Stuttgart/Basisinfo-Finanzkrise2008_11_16.pdf

Rettungsaktionen der Regierungen

Da unser heutiges Finanzsystem, das auf den Neoliberalismus gegründet ist, zusammenzuberechnen droht und auch die Realwirtschaft in Schwierigkeiten gerät, sollen nun die Regierungen den Vertrauensschwund in die Banken mit milliardenschweren Staatskrediten beheben. Solange das bestehende Finanzsystem scheinbar florierende, wollten die Experten nichts von staatlichen Eingriffen wissen, da sich der Markt selbst reguliere. Aber jetzt, wo das neoliberale Finanzsystem vom Untergang bedroht wird, ist der Staat ein willkommener Rettungsanker. Obwohl die Staaten schon bisher ansehnliche Beträge in das marode Finanzsystem hineingepumpt haben, schnüren sie nun nach dem Vorbild Englands ein „beispielloses Rettungspaket“. Im Ganzen stehen 1.700 Milliarden Euro bereit (Zürcher Tages Anzeiger vom 14. 10. 08, S. 26). Davon stellen:

- Deutschland 500 Milliarden Euro
- Frankreich 360 Milliarden Euro
- Niederlande 200 Milliarden Euro
- Spanien 100 Milliarden Euro
- Österreich 100 Milliarden Euro

Nun hat sich auch die Schweiz dem europaweiten Hilfspaket angeschlossen und stellt 68 Milliarden Franken, davon 6 Milliarden für die UBS, zur Verfügung.

Die USA haben bereits früher 700 Milliarden Dollar in Aussicht gestellt. Man hofft, dass damit der Rettungsplan der Regierungen für das Finanzsystem vorerst abgeschlossen ist.

Neben diesem offiziellen Rettungsplan der Regierungen kann man die Dinge auch anders sehen. Bei einer Umfrage in den USA meinte ein Englischlehrer, „ich würde ihnen [den Banken] keinen Rappen geben.“ Und eine Krankenschwester doppelte nach: „Wir sollten sie [die Banken] einfach pleite gehen lassen“ (Fricker, R. L., 2008).

Im Anlagekommentar Nr. 259 vom 13. Oktober 2008 führt die Privatbank Wegelin & Co, St. Gallen, aus: „Wenn wir Recht haben mit unserer Analyse, dass das Finanzsystem um ein Drittel schrumpfen müsste, weil es über die letzten fünf Jahre in dieser Größenordnung zu stark gewachsen ist, dann wäre jeder Dollar, jeder Euro und auch jeder Franken, der für die Strukturhaltung ausgegeben wird, falsch investiertes Geld. Und Flütsch, A., (2008) schreibt: „Nationalbank druckt Geld, um UBS-Schrottpapier-Fonds zu sanieren.“

Die riesigen Milliardenbeträge, die die Regierungen bereit stellen, vergrößern nur die Haushaltsdefizite der entsprechenden Länder, wodurch deren Währungen weniger wert werden, was zu einer entsprechenden Teuerung führt, die dann die am ganzen Debakel unschuldigen Konsumenten ausbaden müssen. Die in der Realwirtschaft tätigen Firmen spüren sie durch geringere Exporteinnahmen.

Hätte man die Milliardenbeträge nicht zur Rettung der Banken, sondern in Form von Lohnerhöhungen bzw. Steuerermäßigungen den Konsumenten zukommen lassen, so wäre damit die Realwirtschaft angekurbelt worden.

Allerdings versteht die deutsche Kanzlerin Angela Merkel die Kreditkrise als Chance für einen Neuanfang der sozialen Marktwirtschaft, und die Manager sollten nach ihr für ihre Fehler zur Verantwortung gezogen werden (Wittwer, J., 2008).

Der ethische Individualismus beginnt sich auch in der Wirtschaft zu regen

Es scheint verständlich, dass der Chef der Schweizer Nationalbank, Jean-Pierre Roth, in Anbetracht der Sachlage der Finanzkrise ein „besseres und realistischeres Risikomanagement der Banken“ fordert. Die ehemalige Börsenchefin Antoinette Hunziker-Ebnetter ist da anderer Ansicht. Es geht ihr darum, das Geld in Einklang mit den Werten zu bringen. Auf die Frage des Reporters: „Wie soll das funktionieren?“, antwortete sie: „Das geschieht bereits.“ Nach ihrer Erfahrung sagt mehr als ein Konzernchef, „dass er die besten Leute nur noch erhält, wenn er den jungen Leuten in Bezug auf Nachhaltigkeit überzeugende Perspektiven eröffnen kann. [...] Das verändert die Unternehmungen schon heute.“ (Hunziker-Ebnetter, A., 2008).

Damit ist die Zukunft angesprochen, indem man sich nicht mehr von außen sagen lässt, was man zu tun habe, sondern aus eigener Einsicht sich dafür einsetzt, was man menschlich für richtig hält. Dies zeigt, dass der ethische Individualismus - wie ihn Rudolf Steiner in seiner „Philosophie der Freiheit“ (1894) darstellt - sich nun auch in der Wirtschaft regt.

Auf dem Weg zum dreigliedrigen sozialen Organismus

In der Menschheitsentwicklung wurde zunächst alles durch die Religion geregelt. Sie wurde von den Menschheitsführern vertreten.

In der Auseinandersetzung zwischen den Päpsten und den Kaisern wurde das Rechtsleben in seiner selbständigeren Form geboren. Im Idealfall vertraten die Päpste mehr das Geistesleben in Form der Religion und die Kaiser mehr das Rechtsleben.

Erst in neuerer Zeit wurde dann das Wirtschaftsleben, namentlich durch die Arbeitsteilung und das Herauskommen der Technik, ein relativ selbständiges Glied des sozialen Organismus.

Die Ökonomen der neueren Zeit bemerkten wohl diese drei Glieder des sozialen Organismus, stellten aber vielfach ein Glied desselben über die beiden anderen. So wurde vor nicht allzu langer Zeit noch das Rechtsleben über das Wirtschaftsleben und das Geistesleben (Staatswirtschaft, Staatsschulen) gestellt.

In den Organismen tritt uns Ähnliches entgegen. Zunächst erscheinen sie uns als Einheit, weil die drei Glieder: Nervensinnensystem, Stoffwechsel-Gliedmaßensystem und das rhythmische System so perfekt zusammenwirken, dass sie uns wie eine Einheit vorkommen. Erst durch eine eingehendere Beschäftigung mit ihnen wird uns ihre Dreigliederung bewusst, z. B.

bei den Pflanzen in Wurzel, Blatt und Blüte, oder bei den Tieren in Kopf, Rumpf und Gliedmaßen sowie Atmungs- und Herz-Kreislaufsystem.

Die Menschheit steht damit vor der nicht einfachen Kulturaufgabe, die drei relativ selbständigen Glieder des sozialen Organismus, das Geistesleben, das Rechtsleben und das Wirtschaftsleben in ihrer Eigenart zu verstehen und dann deren Zusammenwirken zum einheitlich erscheinenden, aber doch dreigliedrigen Organismus praktisch zu vollziehen.

Wertbildung

Im Durchschauen dieser Situation gab Rudolf Steiner in seiner Soziallehre vielfältige Anregungen, wie ein solcher dreigliedriger sozialer Organismus von den tätigen Menschen gestaltet werden kann. Seinen „Nationalökonomischen Kurs“ (1922), der eigentlich ein weltwirtschaftlicher Kurs ist, beginnt er mit der Wertbildung. Sie beruht auf der Anwendung der Arbeit auf die Naturgrundlagen, die sog. Rohstoffe (W1) und auf der Anwendung des Geistes, der Erfindungskraft des Menschen, auf die Arbeit (W2), der sogenannten Rationalisierung. Die Preise ergeben sich erst, wenn die geschaffenen Werte (Gebrauchswerte) getauscht werden. Die Naturgrundlagen, die Rohstoffe, haben bei der Wertbildung noch keinen volkswirtschaftlichen Wert, da sie ja von der Natur gratis zur Verfügung gestellt werden. Erst der Aufwand, den die Menschen als Arbeit und Rationalisierung erbringen, führt zur sozialökonomischen Wertbildung (Gebrauchswert).

Kaufgeld - Leihgeld - Schenkungsgeld

Wird nicht alles, was im arbeitsteiligen sozialen Organismus erarbeitet wurde, über das *Kaufgeld* gleich wieder konsumiert, so entsteht ein Überschuss, der als *Leihgeld* für eine innovative Weiterentwicklung des Wirtschaftslebens zur Verfügung steht. Wird dieses Leihgeld als solches im Wirtschaftsleben verwendet, so kann daraus *Schenkungsgeld* werden, das zur Finanzierung des Rechtslebens und des Geisteslebens (z.B. der Bildung) zur Verfügung steht. Dieser Überschuss wird heute vornehmlich in Form von Steuern eingetrieben, die ja eigentlich „Zwangsschenkungen“ sind.

Gesundheit der Wirtschaft

Gegen Ende seines 4. Vortrags (S. 63/64, Abschnitt 33/34) weist Rudolf Steiner darauf hin, dass die Gesundheit der Wirtschaft von dem Verhältnis von Ware zu Geld abhängt, was er so ausdrückt:

$$\text{Gesundheit} = \frac{Na^w}{Ag^w} = \frac{\text{Ware}}{\text{Geld}}$$

wobei Na^w = Natur, erfasst von der Arbeit, zum Wert geworden, und Ag^w = Arbeit, erfasst vom menschlichen Geist, zum Wert geworden, bedeuten.

Setzt man anstelle der Waren deren Qualität und anstelle des Geldes das menschliche wirtschaftliche

Erfindertum, so ergibt sich als Gesundheit der Wirtschaft das richtige Verhältnis von Qualität zu Erfindertum. Je nachdem das eine oder andere überwiegt, ergeben sich Perfektion oder Improvisation:

$$\frac{\text{Qualität}}{\text{Erfindungsarmut}} = \text{Perfektion}; \quad \frac{\text{Pfus}h}{\text{Erfindungsreichtum}} = \text{Improvisation}$$

Sind sowohl die Qualität der Waren als auch das Erfindertum schlecht, so ergibt dies die Krankheit der Wirtschaft.

$$\text{Krankheit} = \frac{\text{Pfus}h}{\text{Erfindungsarmut}}$$

Für die Gesundheit des volkswirtschaftlichen Prozesses ist also das richtige Verhältnis von Ware und Geld entscheidend. Wie die enormen Abschreibungen der Banken in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise zeigten, war vor der Abschreibung viel zu viel Geld im Umlauf. Das gestörte Verhältnis von Waren zu Geld musste früher oder später zur Katastrophe führen.

Der Verbrauch des Kapitals

Im 5. Vortrag (S. 78/79, Abschnitte 23 - 25) weist Rudolf Steiner nochmals darauf hin, dass nur so viel Kapital zurückbehalten werden soll, wie für die innovative Wirtschaftsentwicklung benötigt wird. Er vergleicht dies mit einem Landmann, der auch nur so viel von seinen Erträgen als Saatgut zurückbehält, als er für die Aussaat des neuen Wachstumszyklus benötigt, während alles andere dem Verbrauch zugeführt wird. Dazu führt er aus: „wenn Sie nämlich das wirtschaftliche Leben auf sich selbst stellen und diejenigen Menschen, die am Wirtschaftsleben beteiligt sind [...] zusammenfassen in entsprechenden Assoziationen, dann werden diese Menschen [...] die Möglichkeit haben, eine zu starke Kapitalbildung aufzuhalten und eine zu schwache Kapitalbildung anzufachen.“

Alterung des Geldes

In Zusammenhang mit der heutigen Wirtschaftskrise ist der Hinweis Rudolf Steiners, dass das Geld gegenüber den Waren einen gravierenden Unterschied aufweist, von besonderer Bedeutung. Denn wir haben „in dem Geld gegenüber den verderblichen Gegenständen einen unreellen Konkurrenten, einen richtig unreellen Konkurrenten, weil das Geld unter gewöhnlichen Verhältnissen nicht zu verderben scheint - ich sage ausdrücklich: nicht zu verderben scheint.“ (Nationalökonomischer Kurs, 12. Vortrag, S. 174, Abschnitt 7). Das Geld behält also heute seinen aufgedruckten oder aufgeprägten Wert, es altert nicht. Dem Altern der Waren wird in der Realwirtschaft dadurch Rechnung getragen, dass alle Waren einer zeitlichen Abschreibung unterliegen (Maschinen werden z. B. in ca. 10 Jahren, Häuser z. B. in ca. 35 Jahren abgeschrieben.) Eigentlich müsste das Geld auch abgeschrieben werden. Da aber das Geld in der heutigen Finanzwirtschaft nicht so gehandhabt

wird, also in den Kontobüchern der Finanzwirtschaft nicht entsprechend abgeschrieben wird, entsteht bei den Geldinhabern gegenüber der Realwirtschaft ein buchmäßig höherer Wert, also mehr Geld, was aber eigentlich ein Scheinwert ist. Außerdem werden in der spekulativen Finanzwirtschaft mit dem Leihgeld oft keine Realwerte, keine Warenwerte (Gebrauchswerte) geschaffen, sondern mit diesen Scheinwerten, diesem Mehr an Geld, werden noch rechnungsmäßig Zinserträge „erwirtschaftet“, wodurch der Scheinwert des Geldes noch einmal erhöht wird. Da zur Zeit auch keine durchschnittliche globale Abschreibungsquote des Geldes bekannt ist, weiß niemand so recht, in welcher Höhe sich der Scheinwert des Geldes vom realen Wert (Warenwert) unterscheidet. Dies wird durch den Ausdruck „Die Blase ist geplatzt“ deutlich gemacht.

Wenn die Liquiditätsspritzen der Noten- und Nationalbanken, die diese zur Stützung des Finanzsystems in dasselbe hineingepumpt haben, keinen Realwerten, d. h. keinen oder teilweise keinen Warenwerten entsprechen, so verschärfen sie die Finanzkrise nur, indem sie die Geldentwertung fördern, womit sich die Finanzkrise zu einer Wirtschaftskrise ausweitet.

Teuerung

Um den Schwund des Geldwertes gegenüber den Waren deutlich zu machen, wurden schon verschiedene Vorschläge gemacht wie z. B. das Hervorheben des Ausgabedatums der Geldscheine, damit jedermann deutlich ersieht, wie alt die Geldscheine sind, so dass die Geldscheine je nach Alter unterschiedlich viel „wert“ wären. Dies macht aber die Bezahlung mit Geldscheinen relativ umständlich.

Durch die Teuerung findet eine „natürliche“ Geldentwertung um den jeweiligen Teuerungsbetrag statt. Ist die Teuerung so hoch wie die nominale Geldwertsteigerung - durch das Nicht-Abschreiben des Geldes gegenüber den Waren -, so ist wiederum ein Gleichgewicht zwischen dem Geld und den Waren erreicht. Allerdings muss dann den Werkträgern ein Bedarfsdeckungsausgleich (Lohnausgleich) in Höhe der Teuerung entrichtet werden, denn sie müssen ja die teureren Sachwerte ihres Bedarfs mit dem um die Teuerung erhöhten Nominalwert des Geldes bezahlen. Dadurch wird der Nominalwert des Geldes wohl immer höher, sodass nach einer gewissen Zeit (z. B. in 10 - 20 Jahren) der Nominalwert des Geldes wieder allgemein auf einen praktisch gut handhabbaren Zahlenwert reduziert werden sollte.

Daraus ist teilweise auch das „deutsche Wirtschaftswunder“ zu verstehen. Denn einerseits wurde durch die Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg neben seinen Zerstörungen auch der Scheinwert des Geldes im Verhältnis 1:10 abgebaut, und andererseits wurde - vor allem durch den Wiederaufbau - das Geld vornehmlich in die Erzeugung von Sach- und Warenwerten investiert. Außerdem wurde in der Wirtschaftskrise von Prof. Erhard an die Werkträgern auch der Teuerungs-

ausgleich in der Bedarfsdeckung bzw. Lohnzahlung berücksichtigt.

Auch der Verfall des Dollarkurses von früher ca. 4 Fr./Dollar auf den heutigen Kurs von ca. Fr. 1./Dollar könnte daraus teilweise verständlich werden, indem die seit 1929 - 1932 nicht oder nicht vollständig in Rechnung gezogene nominale Geldwerterhöhung von den übrigen Marktteilnehmern nun mehr oder weniger unbewusst praktisch dargelebt wird.

Auch die Umstellung der verschiedenen Einzelwährungen auf den Euro könnte gemäß dem Sprichwort „Euro = Teuro“ eine gewisse Berichtigung des nominalen Geldwertes darstellen.

Sozialästhetischer Effekt der Alterung des Geldes

Von den Nationalbanken wird die jährliche Teuerung - die Verminderung des Geldwertes gegenüber dem Warenwert - möglichst klein gehalten, was für die Geldinhaber von Vorteil ist, allerdings nur scheinbar, denn wie bei der Darstellung der „Wertbildung“ gezeigt wurde, ist in der Wirtschaft der durch Arbeit an der Naturgrundlage (W1) und durch die Rationalisierung (W2) - die Anwendung des Geistes auf die Arbeit - erschaffene Wert der Güter maßgebend. Da Geld nur ein Tauschschein für Waren ist, muss der Geldwert dem Warenwert angepasst werden. Wird der Wert des Geldes über Jahrzehnte zu wenig abgeschrieben, so wird das Geld - gemessen am Warenwert - weniger wert. Wir haben es mit einem nominalen Scheinwert zu tun. Ist z. B. der Geldwert 1 % jährlich höher als der Warenwert - infolge nicht genügender Abschreibung des Geldwertes gegenüber dem Warenwert - so ergibt sich in 30 Jahren ein um 30 % höherer Geldüberhang. Geldwert und Warenwert müssen deshalb übereinstimmen d. h. das Geld altert entsprechend dem Verschleiß beziehungsweise Verderb der Waren.

Der sozialästhetische Effekt besteht also darin, Warenwert und Geldwert in Einklang zu bringen. Dies ist wohl eine schwierige Aufgabe, wenn man sie gleich global in Angriff nehmen will, weil die globale durchschnittliche Alterung kaum jemand kennt. Aber in den einzelnen entwickelten Volkswirtschaften kann man - wenn auch mit einem gewissen Aufwand - die durchschnittliche Alterung (Abschreibung) aller Waren erfassen, da diese Abschreibungen ja von den Betrieben getätigt werden.

Sind Warenwert und Geldwert aufeinander abgestimmt, so kann man - ohne Verzerrung - angeben, welche Wirtschaftsleistungen durch den „Transsubstantiationsstrom“ infolge der Umwandlung der Rohstoffe (W1) und den „Inkarnationsstrom“ infolge der Rationalisierung (W2) bis jetzt erreicht wurden, so dass wir in den wirtschaftlich entwickelten Ländern - als gemeinsam von der Notwendigkeit, für den Gelderwerb zu arbeiten, befreite Menschen - nicht nur am Sonntag, sondern schon am Samstag das freie Geistesleben betreiben und gestalten können.

Zur Stärkung der Realwirtschaft

Um die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise möglichst abzumildern, muss die Realwirtschaft gefördert werden. Wer über gewisse Geldreserven verfügt, sollte diese selbst - sowohl im Eigenheim oder auch in der Mietwohnung - zu einer Verbesserung der Wärmedämmung des Gebäudes oder/und in Sonnenenergie-Nutzungsanlagen zur Stromerzeugung oder/und Warmwasseraufbereitung investieren, da er dadurch einerseits eine gewisse Einsparung an Heizenergie tätigen kann und andererseits auch einen Beitrag zum Umweltschutz leistet. Auch sollten die bisher viel Benzin oder Diesel verbrauchenden Fahrzeuge durch Hybridautos oder durch Gas- bzw. Wasserstoffangetriebene Fahrzeuge ersetzt werden. Durch solche nachhaltigen Investitionen wird außerdem der jeweilige Werkplatz gefördert und werden neue und umweltfreundliche Arbeitsplätze geschaffen. Das Volumen nachhaltiger Anlagen in der Schweiz näherte sich bereit im letzten Jahr 15 Milliarden Franken (Rist, M., 2007). „Das gesamte Marktvolumen stieg in der Periode von Ende 2006 bis Ende 2007 - trotz Börsenkrisis - um 67 %.“ (Pressemitteilung der SAM-Gruppe vom 25.3. 2008).

Altersversorgung AHV versus Kapitaldeckungsverfahren der Pensionskassen

Im Hinblick auf die Altersversicherung in der Schweiz stellt sich in Zusammenhang mit der Finanzkrise und deren Folgen für die Pensionskassen (der zweiten Säule der Alterssicherung) die Frage: „Sollte man diese Form der Vorsorge nicht abschaffen zu Gunsten einer Stärkung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV)? Oder sollten die Versicherten nicht wenigstens die Möglichkeit haben, ihre Pensionskasse selber zu wählen?“ (Badertscher, M., 2008). Wird am 30. November 2008 noch die Volksinitiative für ein flexibles Rentenalter ab 62 Jahren angenommen, so kann die AHV auch zum Vorbild für die Altersversorgung anderer Länder werden, weil durch die gleichzeitige Einzahlung der Versicherungsnehmer und die gleichzeitige Auszahlung der Pensionen keine zeitlich bedingte Alterung, also kein Schwund der Versicherungsgelder und auch keine Börsenschwankungen in der Altersversicherung auftreten.

Der „Generationenvertrag“ der AHV zwischen den Versicherungen Einzahlenden und den Rentenbeziehern dürfte nach den derzeitigen Erfahrungen sicherer sein als das „Kapitaldeckungsverfahren“ der Pensionskassen.

Natürlich sollten auch alle Wirtschaftszweige möglichst seriös zusammenwirken. Im Wirtschaftsleben sollte man deshalb den Vorschlag beherzigen, einen Verbund herzustellen zwischen der Wasserkraft der Alpenländer, der Holzverwertung der skandinavischen Länder, der Sonnenenergienutzung in Italien und Nordafrika und der Nutzung der Windenergie in Mitteleuropa (Spiegel, P., 2007). Dadurch ergibt sich auch wieder ein moderner Ausgleich zwischen Mangel und Überfluss. Für eine globale Welt muss aber der Ausgleich auch in West-Ost-Richtung stattfinden, indem die in der Nacht nicht benötigte Energie der beginnenden Tagschicht zur Verfügung gestellt wird.

Zusammenfassung

Es dürfte noch Jahre benötigen, bis durch eine gesunde Realwirtschaft die Fehler, die eine unseriöse Finanzwirtschaft begangen hat, wieder einigermaßen überwunden sind. Aber die Quintessenz ist tröstlich: Der heutige Neoliberalismus ist vergleichbar einer bedrohlichen Kinderkrankheit der zur eigenen Aktivität erwachenden menschlichen Persönlichkeit. Die Kinderkrankheit kann aber durch öko- und sozialverträgliches Verhalten geheilt werden.

Literatur

- Badertscher, M. (2008): Große Verluste der Pensionskassen. Nur keine Panik, sagt der Verband. Zürcher Tages Anzeiger vom 29. 10. 08, S. 22
- Binswanger, D. (2008): Das Heilmittel kommt von außen. Das Tages Anzeiger Magazin 16 - 2008)
- Flütsch, A. (2008): Krise: Was für eine Krise? Die Industrie ist gut in Form. Zürcher Tages Anzeiger vom 25. 4. 08, S. 25
- Flütsch, A. (2008): Nationalbank druckt Geld, um UBS-Schrottpapier-Fonds zu finanzieren. Zürcher Tages Anzeiger vom 17. 10. 2008, S. 3
- Fricker, R. L. (2008): Wir sollten sie einfach pleite gehen lassen. Zürcher Tages Anzeiger vom 1. 10. 08, S. 2
- Gigon, O. (1967): Aristoteles: Die Nikomachische Ethik. Artemis Verlag Zürich und Stuttgart
- Hummler, K. (2008): Bedrohlicher als die Asienkrise oder 9/11. Interview mit Bilanz 2/2008, S. 82 - 85
- Hunziker-Ebeneter, A. (2008): Die Kreditkrise ist die Folge falscher Anreize. Zürcher Tages Anzeiger vom 28. 11. 07
- Israel, St. (2008): Die Finanzminister der EU glauben, das Schlimmste stehe noch bevor. Zürcher Tages Anzeiger vom 1. 4. 08, S. 10
- Kaminski, R. (2008): Die USA im Schuldenrausch. Zürcher Tages Anzeiger vom 28. 4. 08, S. 25
- Kaminski, R. (2008): Warum die Amerikaner so tief verschuldet sind. Zürcher Tages Anzeiger vom 6. 8. 2008, S. 21
- Kaufmann, B. (2008): Hedge Fonds attackieren Island. Zürcher Tages Anzeiger vom 7. 4. 08.
- Nonnenmacher, P. (2008): Bei der UBS beginnt der große Abbau. Zürcher Tages Anzeiger vom 7. 5. 08, S. 25
- Nonnenmacher, P. (2008): Britische Regierung prescht weiter vor. Zürcher Tages Anzeiger vom 14. 10. 08, S. 26
- Rist, M. (2007): Zur aristotelischen Wirtschaftsphilosophie. Beiträge zur Weltlage Nr. 161, 2007/2, S. 43 - 47
- Rist, M. (2007): Mündige Konsumenten und Konsumentinnen als Mitgestalter der Wirtschaft Nr. 35, Dezember 07, J. Kreyenbühl Akademie, Im Boge 10, CH-8332 Russikon
- Schlättli, B. (2008): Die CS rutscht tiefer in den Kreditumpf. Zürcher Tages Anzeiger vom 25. 4. 08, S. 1
- Spiegel, P. (2007): Eine humane Wirtschaft. Patmos Verlag GmbH Düsseldorf
- Steiner, R. (1894): Die Philosophie der Freiheit. Rudolf Steiner Verlag, Dornach 1987
- Steiner, R. (1922): Nationalökonomischer Kurs. Phil.-Anthr. Verlag Dornach, 1931
- Straumann, T. (2008): Als das Bankensystem zusammenbrach. (Verkürzte Version der Antrittsvorlesung am Historischen Seminar der Universität Zürich) Zürcher Tages Anzeiger vom 1. 4. 08, S. 21
- Wegelin & Co.. (2008): Die Wiedergeburt des Eigentums. Anlage Kommentar Nr. 259 vom 13. 10. 08, S. 7
- Wittwer, J. (2008): Angela Merkel fordert höhere Strafen für Manager. Zürcher Tages Anzeiger vom 8.10.08, S. 7
- Witzenmann, H. (2008): Die Kunst als Muttersprache der Menschheit, Gideon Spicker Verlag, Dornach 2008

Erklärung von Attac: Weltfinanzgipfel nur Kosmetik

Am 15./16. November haben sich die führenden Wirtschaftsmächte (G20) getroffen, um über Maßnahmen gegen die Finanzmarktkrise zu beraten. Doch ihre Ergebnisse sind nur Kosmetik. Statt grundlegender Änderungen im System sollen jetzt sogar dessen Protagonisten, der IWF und die WTO, gestärkt werden. Der Kern einer neuen Weltwirtschaftsordnung muss die Beseitigung der globalen ökonomischen Unterschiede und der sozialen Ungleichheit sein. Die nun angedachten neuen Regeln zeigen, dass die G20 offensichtlich kein Interesse haben, die tiefer liegenden Ursachen der Krise anzugehen - wie zum Beispiel das chronische Defizit der USA und die horrenden Exportüberschüsse von Deutschland und China. Neben zahlreichen Absichtsbekundungen haben die G20 beschlossen, die Doha- Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation WTO zu einem Abschluss zu bringen. Eine katastrophale Entscheidung: Bei den WTO-Verhandlungen geht es um eine weitere Liberalisierung der Finanzmärkte. Das Abkommen zur Deregulierung von Buchhaltungsstandards liegt schon fertig auf dem Tisch und würde im Falle eines Doha-Abschluss automatisch in Kraft treten.

Ähnlich problematisch ist die Absicht der G20, den Internationalen Währungsfonds IWF zu stärken. Dies würde weitere Krisendynamiken auslösen, statt sie einzudämmen. Der IWF ist mit seiner Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik einer der Brandstifter dieser Krise und zündelt munter weiter. Während die Länder des Nordens, aber auch Indien, China und Brasilien in Washington für sich Zinssenkungen und Konjunkturprogramme in Anspruch nehmen, haben Ungarn, Südafrika, die Seychellen und einige andere Länder in den vergangenen Wochen unter dem Druck des IWF klassisch neoliberale Struktur Anpassungsmaßnahmen aufgelegt - inklusive drastischer Zinserhöhungen und Haushaltskürzungen. Damit sind neue Krisen programmiert.

Auch bei diesem Treffen waren die armen Länder ausgeschlossen, die Fehler der G7- und G8-Treffen wurden ohne Not wiederholt. Diese Form der nicht demokratisch legitimierten Gipfel muss beendet und ein Gremium unter UN-Führung geschaffen werden, an dem alle Länder, ungeachtet ihrer ökonomischen Stärke, beteiligt sind. Gerade die ausgeschlossenen, armen Länder sind von den Entscheidungen der ökonomisch stärkeren Länder negativ betroffen. Sie müssen eine echte Möglichkeit haben, ihre Interessen einzubringen. (Quelle: www.attac.de)

Ein detaillierter Forderungskatalog findet sich in dem Attac-Aufruf „Das Casino schließen!“:

Das Casino schließen!

Effektiver Finanzmarkt-TÜV: Neue Finanzprodukte dürfen nicht länger ohne jede Kontrolle im so genannten Over-the-counter-Handel gehandelt werden. Es waren insbesondere solche „Finanzinnovationen“, die die aktuelle Krise so gefährlich gemacht haben. Wir fordern deshalb, dass die Finanzmarktaufsicht als Finanzmarkt-TÜV neue Produkte standardisiert und prüft, bevor diese gehandelt werden dürfen. Den Zockern müssen endlich ihre Spielgeräte weggenommen werden!

Die Zocker müssen selber zahlen! - Gefordert wird die Einrichtung eines speziellen Krisenfonds in Deutschland, der die Konsequenzen einer Banken- oder Finanzkrise tragen soll. Die Kosten für diesen Fonds müssen die Finanzmarktakteure selber tragen.

Steueroasen schließen! - Diese spielen nicht nur bei der Steuerhinterziehung eine wichtige Rolle, sondern sind auch zentral für das Funktionieren des globalen Finanzmarkt-Casinos. Denn hier werden unter Umgehung nationaler Regulierung Fonds aufgesetzt oder Zweckgesellschaften der Banken gegründet. Steueroasen, die sich weiterhin einer internationalen Kooperation widersetzen, müssen auf eine schwarze Liste gesetzt werden. Länder auf dieser Liste sollten mit wirtschaftlichen Sanktionen belegt werden, insbesondere ist der Kapitalverkehr (z.B. durch eine Sondersteuer) einzuschränken.

Finanztransaktionssteuer einführen! Mit der Besteuerung aller Arten von Finanztransaktionen (inklusive von Devisentransaktionen) kann Spekulation reduziert werden und die Kurzfristorientierung der Finanzmärkte geschwächt werden.

Quelle: www.casino-schliessen.de - dort auch Möglichkeit, die Forderungen online zu unterschreiben.

Die globale Wirtschaftskrise als historische Chance für einen echten Wandel

Aus der Pekinger Erklärung vom 15. Oktober 2008

Vom 13. bis 15. Oktober fand in Peking das Asia-Europe People's Forum statt. Dort initiierten das „Transnational Institute“ und „Focus on the Global South“ eine Reihe informeller Sitzungen, bei denen sich die Beteiligten darüber ausgetauscht, was die Ausweitung der weltweiten Wirtschaftskrise bedeutet und dass sie Gelegenheit bietet, einige der ermutigenden und realisierbaren Alternativen in die Öffentlichkeit zu tragen, an denen viele der Beteiligten seit Jahrzehnten arbeiten. Die ErstunterzeichnerInnen einer entsprechenden Erklärung verstehen diese als einen ersten Beitrag und als Versuch, Vorschläge zu formulieren, die sozialen Bewegungen als Grundlage für eine radikal andere politische und wirtschaftliche Ordnung dienen könnten.

Das Weltfinanzsystem löse sich mit großer Geschwindigkeit auf. Dies geschehe inmitten einer Vielzahl anderer Krisen rund um Nahrungsmittel, Klima und Energie. Dadurch werde die Macht der USA und der EU und die Macht der von ihnen dominierten globalen Institutionen wie Internationaler Währungsfonds, Weltbank und Welthandelsorganisation, massiv geschwächt. Es werde nicht nur das neoliberale Paradigma in Frage gestellt, sondern die Zukunft des Kapitalismus insgesamt.

Die Erklärung enthält Forderungen zum Finanzwesen, den Steuern, zu den öffentlichen Ausgaben und Investitionen, zu internationalem Handel und Finanzen, zur Umwelt und zum Verhältnis von Landwirtschaft und Industrie. Wir dokumentieren hier den Forderungskatalog zum Punkt 5:

Internationaler Handel und Finanzen

- Einführung eines weltweiten Verbots von Leerverkäufen auf Aktien und andere Anteile - Verbot des Handels mit Derivaten.
- Spekulationsverbot auf Grundnahrungsmittel. - Streichung der Schulden aller Entwicklungsländer. Diese Schulden steigen, weil durch die Krise die Währungen der Länder des Südens fallen. - Die Forderung der Vereinten Nationen unterstützen, in die Gespräche über die Lösung der Krise eingebunden zu werden, die die Volkswirtschaften des Südens sehr viel härter treffen wird als bisher zugegeben wird. - Weltbank, Internationalen Währungsfonds und Welthandelsorganisation schrittweise abschaffen.
- US-Dollar als internationale Reservewährung auslaufen lassen. - Eine basisnahe Untersuchungskommission einberufen, welche die notwendigen Mechanismen für ein gerechtes internationales Währungssystem formuliert. - Dafür sorgen, dass Hilfsleistungen nicht infolge der Krise reduziert werden. - Abschaffung der Auflagen für die Entwicklungshilfe. - Abschaffung neoliberaler Auflagen bei Hilfsmaßnahmen. - Überwinden des Paradigmas der exportorientierten Entwicklung; stattdessen Neu- bzw. Wiederausrichtung nachhaltiger Entwicklung auf die Produktion für den lokalen und regionalen Markt. - Anreize für Produkte setzen, die zum ortsnahe Verkauf auf dem einheimischen Markt bestimmt sind. - Einstellung aller Verhandlungen für bilaterale Freihandelsabkommen und wirtschaftliche Partnerschaften. - Förderung von Zusammenschlüssen für regionale Wirtschaftszusammenarbeit wie UNASUR, die Bolivarianische Alternative für Amerika (ALBA), das Handelsabkommen der Völker (Tratado de Comercio de los Pueblos TCP), die echte Entwicklung und die Beseitigung der Armut voranbringen.

Das Dokument sei als lebendige Arbeitsgrundlage zu verstehen, die von allen zivilgesellschaftlichen Akteuren weiter entwickelt und ausgearbeitet werden könne und solle. Eine Plattform des Austauschs über Alternativen und Initiativen zur Finanzkrise werde das kommende Sozialforum in Belem in Brasilien Ende Januar 2009 bieten. Die Krise sei eine Herausforderung, echte Alternativen auf den Weg zu bringen.

<http://casinocrash.org/?p=430>, dort auch Möglichkeiten zur online-Unterschrift

Betrachtungen und Berichte

Obama im Spannungsfeld von Erneuerungsanspruch und Machtinteressen*

Eine Mitteilung von John Beck

Wer den US-Wahlkampf verfolgt hat, wird bemerkt haben, in welchem hohem Maße Obamas Berater aus dem politischen Mainstream zu kommen scheinen (die alten Gesichter wie das des Weltmachtstrategen Brzezinski und anderer**). Auch in der neuen Regierungsmannschaft finden sich viele alte Bekannte aus der Clinton-Administration. So kann man es niemandem verdenken, wenn er zu der Auffassung kommt, das Imperium habe nur ein nettes Gesicht aufgesetzt, um seine Beziehungen zum Rest der Welt zu verbessern. Und es mag manches an einer solchen Auffassung dran sein. Der US-Präsident muss sich wie jede andere Führungsfigur um so viele Dinge kümmern, dass es sich als die sicherste Methode anbietet, die altgedienten Veteranen ins Boot zu holen - die Apparatschiks des Imperiums - und sie mit der „Politikgestaltung“ weitermachen zu lassen.

Auf einer anderen Ebene jedoch ist Obama dabei, etwas zu schaffen, was eine alternative politische Struktur für die USA werden könnte. Er hat in der Endphase des Wahlkampfes nicht mehr über diese Dinge gesprochen, aber im Januar war es sehr klar, dass er die Absicht hatte, „Washington zu verändern“: durch Bürgerbeteiligung in den öffentlichen Angelegenheiten nicht nur in Wahlzeiten, sondern immerwährend.

Es ist richtig, dass er damit aufhörte, diesen Punkt zu betonen, weil es nicht das war, was unentschlossene Wähler hätte motivieren können. Aber die Art, wie er seine Wahl an der Basis absicherte, gegen die Möglichkeit, dass eine schweigende Mehrheit sich doch noch gegen einen Farbigen aussprechen würde, spricht für sich, wenn auch nicht durch Worte. Details schildert ein Artikel in der Huffington Post vom

* John Beck ist Mitglied des Global Network for Social Threefolding und einer der profiliertesten Beobachter der US-Politik aus Dreigliederungssicht.

** Brzezinski, ehemaliger Sicherheitsberater von Präsident Carter, ist ein Vordenker US-amerikanischer Geopolitik. 1997 entwickelte er in seinem Buch „Das große Schachbrett“ eine amerikanische Weltmachtstrategie, die vor allem Eurasien als entscheidenden Raum beherrschen und hierfür Russland in Schach halten müsse. Er kritisierte Fehler der Bush-Politik, u.a. in einem 2007 erschienenen Buch „Die zweite Chance“, in dem er den Rückzug aus Irak und die Konzentration der militärischen Kräfte auf Afghanistan vorschlägt, - Punkte, die sich Obama zu eigen gemacht hat.

8. Oktober mit dem Titel „Die neuen Organisatoren - Was steckt wirklich hinter Obamas Basisarbeit?“**** Es geht um die Bildung von auf Vertrauen und individuelle Verantwortung gegründeten, dezentralisierten Nachbarschafts-Aktionsgruppen. Das Motto der Kampagne: „Respect, Empower, Include“ (Wertschätzen, Ermutigen, Einbeziehen). „Die Architekten und Betreiber der Basiskampagne von Obama [...] haben in undogmatischer Weise zeitlose Traditionen und die Disziplin guter Organisation mit neuen Sozialtechniken der Dezentralisierung und Selbstorganisation verbunden.“ Sie haben bereits „Tausende von Kommunen verändert und ihr revolutionärer Ansatz der Organisation wird mindestens von den nächsten Generationen verstanden und praktiziert werden. Obama muss fortfahren, diese Art Organisation, die da neu aufgebaut wurde, zu fördern [...] Wenn er es nicht tut, dann muss eine noch breitere progressive Bewegung herausfinden, wie an dem bisher Erreichten angeknüpft werden kann, wie es am Laufen gehalten und in allen 50 Bundesstaaten verbreitet werden kann.“*****

Erwartungen an Barack Obama

(cs) Selbst wenn Obama ein Heiliger und Übermensch wäre, könnte er nicht die Erwartungen erfüllen, die viele in ihn setzen. Auch sind politische Mehrheiten der Demokraten das eine, die ungeheure Verschuldung des Landes und sein Leistungsbilanzdefizit sind das andere. Dieses Problem existierte schon vor der Finanz- und Wirtschaftskrise und wird durch diese enorm verschärft. Man mag die Prognose eines russischen Politikwissenschaftlers, der jüngst Bürgerkrieg und anschließenden Zerfall der USA vorhergesagt, für übertrieben halten.***** Dass das Imperium seine Möglichkeiten überdehnt und erschöpft hat, ist offenkundig. Dass in einer solchen Lage kein Brandstifter mehr im Weißen Haus sitzt, sondern ein mindestens rational operierender Politiker, gibt immerhin Anlass zu Hoffnung. Vielleicht ist Obama - abgesehen von der großen symbolischen Bedeutung der Wahl eines Farbigen ins höchste Amt für die weitere Entwicklung der USA - sogar jemand, der ein paar Veränderungen zum Guten bewirken kann. Jedenfalls dann, wenn es ihm gelingt, einige zentrale Wahlversprechen einzulösen. Dazu gehören die folgenden: Reduktion des amerikanischen Kohlendioxid-Ausstoßes um 80 % gegenüber 1990 bis 2050, konstruktive Beiträge zum Zustandekommen eines neuen weltweiten Klimaabkommens. - Abzug aller Kampftruppen aus dem Irak binnen 16 Monaten. - Initiativen zur weltweiten nuklearen Abrüstung. - Die Schließung von Guantanamo. - Wiederaufnahme von Gesprächen mit Iran und Syrien zur Konfliktlösung. - Milliardeninvestitionen für die Förderung erneuerbarer Energien.

*** www.huffingtonpost.com/zack-exley/the-new-organizers-part-1_b_132782.html

**** Huffington Post, a.a.O.

***** So Igor Panarin, Dekan der Fakultät für Internationale Beziehungen der Diplomatischen Akademie des russischen Außenministeriums in einem Interview mit der „Iswestija“. (Novosti, 25.11.08, <http://de.rian.ru/analysis/20081125/118526248.html>)

Stichwort „Multipolarität“

Die Lösung liegt nicht darin, vom Neoliberalismus zum Staatsdirigismus zurückzupendeln....

Kai Ehlers
www.kai-ehlers.de

Unter der Überschrift „Die Krise und ihre Folgen“, war im Leitkommentar der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 10.10.2008 Folgendes höchst Interessantes zu lesen:

„Das Epizentrum der Krise liegt in der Wall Street; dort könnte das Ende der finanziellen Vorherrschaft der Vereinigten Staaten eingeläutet werden. Amerika ist militärisch geschwächt und geopolitisch ermüdet. Die Welt befindet sich im Übergang vom amerikanischen Hegemon zu einer multipolaren Ordnung. Die Rechnung für die Krise wird nicht an einem Tag, sondern über Jahre beglichen. Es wird eine globale Lastenverteilung geben. Amerikas Gläubiger haften mit. Das kommunistische China hat geschätzt 500 bis 600 Milliarden Dollar in der Krise verloren. Die Devisenreserven der Volksrepublik schrumpfen täglich. Kaum besser ergeht es Russland und den Golfstaaten, die ihre Erlöse aus Öl- und Gasgeschäften künftig nicht nur in Dollar anlegen wollen. Diese und viele andere Länder sind der Wall Street gefolgt und enttäuscht worden. Das bevorstehende Gipfeltreffen der G-7-Staten könnte das letzte seiner Art sein. Es ist an der Zeit, Russland, China und andere Länder einzubinden. Das Beben an den Finanzmärkten führt zu einer tektonischen Verschiebung der politischen Machtverhältnisse der Welt. Darin liegen Risiken, aber auch Chancen für Europa.“

Wow! Gestern noch Gegenstand der Hetze, des Hohns oder bestenfalls als russische Marotte belächelt, sieht sich das Unwort der „Multipolarität“ unversehens zum Stichwort einer neuen Ordnung erhoben. Und nicht nur das: Mit einem Mal scheint es auch „an der Zeit, Russland, China und andere Länder einzubinden.“ Was musste geschehen, damit eine seit zwanzig Jahren real stattfindende, aber beharrlich gelegnete Entwicklung der Diversifizierung, der Pluralisierung der Welt, der Entstehung neuer Zentren im globalen Geschehen plötzlich einen Ehrenplatz im Leitkommentar des konservativsten deutschen Blattes findet?

Bricht sich angesichts der Finanzkrise tatsächlich Bahn, was sich im Georgischen Krieg andeutete, aber noch nicht begriffen, sogar wütend bekämpft wurde? Dass nämlich die USA, die NATO, die Europäische Union nicht mehr allein über die Geschehnisse der Welt entscheiden? Dass es andere, neue Kriterien in den Beziehungen zwischen den Völkern geben könnte als die unilaterale Durchsetzung hegemonialer Interessen einer „einzigen Weltmacht“, wie die USA von ihrem wichtigsten Strategen, Zbigniew Brzezinski nach dem Ende der Sowjetunion getauft wurde? Kooperative, gleichberechtigte, auf friedliches Miteinander der Völker orientierte Beziehungen in einer gemeinsam gepflegten Welt.

Oder ist der Kommentar vielleicht gar nicht so zu verstehen? Ist mit „Einbindung“ vielleicht gar nicht Kooperation, Gleichberechtigung und friedliches Miteinander gemeint, sondern eben genau das, was Banker uns soeben weltweit vorführen - die Sozialisierung der Ver-

luste, nachdem die Gewinne jahrelang in Schwindel erregenden Höhen und brutalster Weise privatisiert wurden? Soll „Einbindung“ diese Methode nun vielleicht nur in die Politik und auf die internationalen Beziehungen übertragen - Sanierung der USA auf Kosten der Welt, indem der „ermüdeten“ Weltmacht in Zukunft geholfen wird, die schwere Bürde der Weltherrschaft zu tragen? Barack Obamas Botschaft ging schon vor der Krise in diese Richtung.

Die Kritik, die Zbigniew Brzezinski in seinem neuesten Buch „Second Chance“ an Bush I, Clinton und Bush II (wie er sie aufzählt) vorbringt, endet mit dem Aufruf, die „Hybris“ der unilateralen Alleinherrschaft über die Welt hinter sich zu lassen und sich für Bündnispartner zu öffnen - jedoch ohne dabei den Anspruch auf Hegemonie zu hinterfragen, im Gegenteil, um ihn zu erneuern. Im selben Geiste führen Banker, Wirtschaftsbosse und herrschende Politik jetzt reihenweise vor, dass nicht etwa das „System“ die Ursache des Finanzcrashes sei, sondern Gier, Dummheit und Verantwortungslosigkeit einzelner Personen. Einzeltäter.

Mehr noch und wahrlich schon grotesk in seinen konkreten Formen der Darstellung: Um nur „das System“ nicht in Frage stellen zu müssen, verwandeln sich Ideologen und Praktiker des seit dem Ende der Sowjetunion propagierten und praktizierten Neo-Privatismus reihenweise in Fürsprecher eines neuen Etatismus: der Staat soll es richten. Aber wer, bitte sehr, ist heute „der Staat“? Der Staat ist heute mehr denn je nichts weiter als der „geschäftsführende Ausschuss“ des Kapitals. Das war er im „realen Sozialismus“, das ist er allen „Deregulierungen“ und selbst Mafianisierungen zum Trotz auch in der nach-sozialistischen Globalisierung und wird es bleiben - wenn nicht Wirtschaft und Gesellschaft endlich personell und institutionell getrennt werden.

Die Lösung liegt nicht darin, vom Neo-Liberalismus zum Staatsdirigismus zurückzupendeln, um wie Hamster im Käfig dann wieder zum Liberalismus zurückzukehren und so never ending wie eine Ratte immer wieder dasselbe Rad von Liberalismus zum Dirigismus zu durchlaufen. Die Aufgabe - und auch die Chance - besteht vielmehr darin einen Weg zu finden, der die zur Zeit bestehende Totalität eines mit der Wirtschaft undefinierbar verflochtenen, sich selbst irgendwie regulierenden Staates, also einer Totalität, die die Gesellschaft in sich aufsaugt, differenziert und sie in eine Entflechtung von Wirtschaft, Staat und geistiger Lenkung überführt. Wirtschaft, Staat und Kultur im Sinne geistiger Orientierung müssen als drei voneinander unabhängige, gleichwertige Teile der Wirklichkeit miteinander kooperieren.

Nur so werden wir aus der bloßen Wiederholung des ewig gleichen Kreislaufes herauskommen. Das Gleiche Prinzip gilt auch für die globale Ordnung, bei der es auch nicht nur darum gehen kann, die bestehende Hegemonie eines Superimperiums USA, einer mit den USA verbundenen EU durch „Einbindungen“ Russlands, Chinas oder anderer zu stützen (was zweifellos auch geschehen muss, um schlimmste Abstürze zu verhüten). Es geht vielmehr darum eine kooperative Wechselwirkung voneinander unabhängiger, gleichberechtigter Integrationsräume und Kulturen herzustellen, die sich

in gegenseitiger Hilfe verbinden, genauer, die schon vorhandenen Ansätze und Möglichkeiten dazu zuzulassen und zu fördern.

Es sei vielleicht noch ein Letztes angemerkt, um diese kleine Betrachtung, die nur eine Anregung sein kann, abzurunden: Der multipolaren Weltordnung und der skizzierten multisektoralen Organisation von Staat, Wirtschaft und Kultur entspricht die Entwicklung eines multidimensionalen Menschen. Das sind Menschen, die sich nicht mehr allein durch Geburt, Blutsbande, Nation, vorgegebene Religionen oder Leitkulturen oder auch durch ihren Lohnberuf definieren, sondern durch die freie Wahl ihrer Beziehungen zu anderen Menschen und Kulturen wie zu der von ihnen gewünschten Tätigkeit.

Dies alles wäre der Umkreis des Wortes „Multipolar“, wenn man es nicht zur Verfestigung der bestehenden Verhältnisse, sondern zu deren Transformation heranzieht. Die gegenwärtige Krise und ihre Folgen geben die Chance dazu.

Konjunkturprogramm

Götz W. Werner: Effektive Stärkung der Massenkaukraft statt Weihnachtsgeschenk für die Reichen im Land

Um zielgenau die Menschen zu unterstützen, die sich zur Zeit beim Konsum zurückhalten müssen, müssten in Deutschland die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt, das Kindergeld erhöht und die ALG-II-Sätze angehoben werden. Das erklärte Götz W. Werner, Leiter des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship (IEP) an der Universität Karlsruhe. Das von einzelnen Managern, Beratern und Politikern geforderte Reduzieren oder Aussetzen der Mehrwertsteuer ist aus seiner Sicht der völlig falsche Weg. „Als Händler weiß ich, dass diese Maßnahme viel zu spät bei den Verbrauchern ankommt, weil der administrative Aufwand viel zu langwierig ist“, so Werner. Es sei auch nicht zu erwarten, dass diese Absenkung vollumfänglich an die Bürger weitergegeben werde. Auch bei der Mehrwertsteuererhöhung Anfang 2007 seien nicht alle Preise gestiegen, und schon gar nicht über Nacht. Es handele sich um eine Steuersenkung an der falschesten Stelle überhaupt. Die Geldelite werde begünstigt. Die „Kroko-Handtasche für 10.000 Euro wird um bis zu 1900 Euro günstiger. Aber nicht Lebensmittel, bei denen ohnehin der ermäßigte Steuersatz gilt.“

Im Verteilen von Konsumgutscheinen sieht Götz Werner keine Lösung, sondern den Gestus des absolutistischen Herrschers. Eine Senkung der Sozialversicherungsbeiträge komme jedem erwerbstätigen Menschen unmittelbar zugute und reduziere gleichzeitig die Lohnnebenkosten. „Das stärkt die Wirtschaft direkt, insbesondere den lohnintensiven Mittelstand, und es ermutigt Unternehmensgründer, weil in der Gründungsphase die Anteile der Personalkosten besonders hoch sind“. In der Talkshow von Anne Will sprach sich Werner am 7. Dezember für ein bedingungsloses Grundeinkommen als bestes Konjunkturprogramm aus. (www.iep.uni-karlsruhe.de)

Europa und Afrika: Neue Zäune, Mauern und Feindbilder?

Wilhelm Neurohr

Der 25. November war ein denkwürdiges Datum im seltenen Dialog zwischen der Europäischen Union und Afrika: Bei der zweiten europäisch-afrikanischen Ministerkonferenz in Paris mit Vertretern aus 60 Ländern wurden trotz des elementaren Menschenrechtes auf Freizügigkeit neue Zäune, Mauern und Feindbilder errichtet, um das Elend der Flüchtlingsströme nicht an uns heranzulassen. Afrikaner ohne Zukunftsperspektive sollen warten, bis Europa sie braucht, und solange mit afrikanischer Hilfe ausgesperrt werden. Darin offenbart sich das vorherrschende europäische Welt- und Menschenbild.

Europa bleibt seltsam gleichgültig angesichts einer halben Million Toten in seinen südlichen Grenzgewässern. Allein 13.000 Tote wurden im Mittelmeer und im Atlantik vor den Kanarischen Inseln seit 1988 aufgefunden, so hat die Flüchtlingsorganisation medico international recherchiert. Nach Schätzungen der UN kommen auf jeden tot aufgelesenen Bootsflüchtling noch einmal 45 versunkene Leichen. Sie starben auf der Suche nach Überleben und auf der Flucht vor Lebensbedingungen, die durch Freihandel, europäische Agrarsubventionen und klimabedingte Katastrophen unerträglich und perspektivlos sind. Hinzu kommen Kriegsflüchtlinge aus afrikanischen Regionen mit wertvollen Rohstoffen, in denen mit Waffen aus Europa gekämpft wird, angezettelt durch Diktatoren, die teilweise versteckte Unterstützung aus Europa erhalten. Funktionierende Demokratien könnten die Wirtschaftsinteressen ja stören.

In meinem kritischen Europa-Buch* habe ich zur Afrika-Politik als „schwarzes Kapitel Europas“ beschrieben, dass jährlich 120.000 Afrikaner versuchen, in die „Festung“ Europa „illegal“ einzureisen, aber nur 14.000 im letzten Jahr nach vorherigem Transit durch die Sahara die gefährliche Seereise nach Malta, Italien, Spanien oder auf die Kanaren geschafft haben - vorbei an den europäischen Patrouillenschiffen der „Grenzagentur Frontex“ im Meer und am elektronischen Überwachungssystem an der Meerenge von Gibraltar. Das lässt sich die EU insgesamt fast 100 Mio. Euro kosten.

Wettbewerb der wirksamsten Flüchtlings-Abschiebung?

Wer dennoch durchkommt, wird meist in abgeschottete Hochsicherheitslager mit hohen Zäunen gesteckt und wieder deportiert, ohne ein Mindestmaß auf Recht und Würde für alle Migranten. Zehntausende bleiben irgendwo in der Wüste oder in den Slums Nordafrikas hängen, perspektivlos oder als Tagelöhner in Casablanca und Algier, in Tripolis und Tanger. „Armut macht krank und Krankheit macht arm“, diesem Teufelskreis

* Ist Europa noch zu retten? Wie die EU den Europa-Gedanken verfälscht. Wege zu einer neuen europäischen Identität. Pforte-Verlag Basel 2008.

sind die Menschen in den arm gehaltenen Ländern Afrikas ausgeliefert.

Dabei soll es bleiben, und die afrikanischen Partnerländer sollen verstärkt Polizeifunktionen für die EU bei Abschiebung der afrikanischen Flüchtlinge übernehmen, so lautet der „Partnerschafts-Pakt“ vom Pariser Gipfel, den die Europäer unter sich ausgemacht und den Afrikanern zur Zustimmung vorgelegt haben - mit dem Versprechen von Geld aus der europäischen Entwicklungshilfe. Die EU hat ihre Methoden verfeinert, mit denen sie die Wirklichkeit und die Not aussperrt durch neue Zäune, Mauern und Feindbilder, bis hinein in verräterische diplomatische Sprachbilder: Abschiebung als Bedingung für Entwicklungshilfe - so stellt sich Europa den „Dialog“ mit Afrika vor?

Damit hat die EU beim Gipfel in Paris Afrika ihre Migrationspolitik diktiert, getreu den Entwürfen der regressiven Migrationspolitik unter der französischen EU-Ratspräsidentschaft. Die Kontrollen werden mit dem Dreijahresplan bis in die Herkunftsländer vorverlagert durch verlangte Ausreisekontrollen und unbürokratische Rücknahme abgeschobener Migranten, zwecks Abschottung Europas. Bei der Abschiebung von Flüchtlingen sollen also die afrikanischen Partnerstaaten europäische Polizeifunktionen gegen Bezahlung übernehmen. Allein Frankreich will jährlich 25.000 Afrikaner abschieben ins Elend, notfalls auch die Kinder der „illegalen“ Familien mit der Polizei aus der Schule holen. Und Spanien brüstet sich des besten Systems in der EU zur Abschiebung und Abschottung, indem es 92 % der Immigranten wieder ausgeflogen hat. Dabei bedient es sich eigens eingerichteter Internierungslager in Mauretanien zur „Beendigung des afrikanischen Flüchtlingsdramas an den Küsten Südeuropas“.

„Was tun, wenn die Heimat kein Zuhause ist?“

Auf der Ministerkonferenz über Migrationsfragen stießen zwei Welten aufeinander: die Zielländer Europas und die Herkunftsländer der Migranten in Afrika. „Die Menschen, die auf der anderen Seite unserer Meere auf die Fahrt in ein besseres Leben warten, teilen ein Schicksal: In Afrika können sie nicht, in Europa dürfen sie nicht bleiben“, so stellt medico international fest und fragt: „Was tun, wenn die Heimat kein Zuhause ist?“. In ihrer Heimat fischen die Europäer die Meere leer, beuten die dortigen Öl- und Rohstoffvorkommen aus und überschwemmen ihre Märkte mit Lebensmitteln zu Dumpingpreisen, mit denen die Erwerbs- und Lebensgrundlagen der dortigen bäuerlichen Gesellschaften zerstört werden. Die Flüchtlinge sind deshalb die Zeugen unserer Zeit, einer Zeit des Konkurrenzkampfes von jedem gegen jeden, wie er in den europäischen Verfassungsentwürfen und Reformverträgen verpflichtend festgeschrieben werden soll. Das dunkle Kapitel der Kolonialherrschaft ist noch nicht wirklich abgeschlossen, da kommt neue Unterdrückung in anderem Sprachgewand diplomatisch daher, ohne dass den Hunderttausenden von Hungernden und Hungertoten in ihrer afrikanischen Heimat wirklich geholfen wird.

Zwar benötigt Europa selber bis 2030 durch seine Überalterung und rückläufigen Geburtenraten 30

Millionen zusätzliche Arbeitskräfte vor allem vom afrikanischen Kontinent mit seinem Menschen- und Kinderreichtum. Doch ungebeten hat zum jetzigen Zeitpunkt noch niemand nach Europa zu kommen! - Afrikaner ohne Zukunftsperspektiven sollen gefälligst warten, bis Europa sie braucht, so lautet die Devise der EU. Stattdessen schicken wir europäische Experten nach Afrika, die den dort ausgebildeten Akademikern ihre einzigen Arbeitsmöglichkeiten in ihrer Heimat nehmen. Europa trägt die Hauptverantwortung für diese verfehlte Afrika-Politik. Kann so die Zukunft der europäisch-afrikanischen Beziehungen aussehen? Die Probleme Afrikas sind die ungelösten Probleme Europas. Kann sich jemand in Europa als Weltbürger bezeichnen, der diesem menschenrechtsverletzenden Treiben des reichen Europas tatenlos zusieht, indem er der sozialdarwinistischen Lissabon-Strategie der EU zugunsten der „wettbewerbsfähigsten wirtschaftlichen Führungsmacht“ ohne Rücksicht auf deren Opfer und Verlierer zustimmt? Ein solches chauvinistisches Europa kann auch uns keine Heimat und keine Zukunft bieten.

Agrogentechnik verstößt gegen Menschenrechte

Der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen wertete im Mai 2008 den Einsatz von Agro-Gentechnik als Verstoß gegen die allgemeinen Menschenrechte. Indische Nichtregierungsorganisationen berichteten den UN über die steigende Armut von Kleinbauern, die sich für nicht vermehrungsfähiges Hybrid- oder genmanipuliertes Saatgut hochgradig verschuldeten. Über 200.000 Bauern konnten in der Folge ihre Familien nicht mehr ernähren und sahen den letzten Ausweg im Suizid. Anknüpfend an diese Berichte erklärte das Komitee in Genf: „Das Komitee ist besorgt, dass die extreme Armut unter den Kleinbauern durch die Einführung von genetisch verändertem Saatgut durch multinationale Konzerne und die daraus resultierende Preiseskalation bei Saatgut, Dünger und Pestiziden verschlimmert wurde.“

Es drängt die indische Regierung, „finanzielle und andere Hilfsformen für Familien von Suizid-Opfern zur Verfügung zu stellen“ und den Bauern die Möglichkeit zu geben, vermehrungsfähiges Saatgut zu kaufen. Zudem sollen „dringende Maßnahmen gegen die Armut und die Nahrungsmittelunsicherheit ergriffen werden“. Weltweit notwendige Schritte werden im kürzlich veröffentlichten Weltagrarbericht (IAASTD) vorgestellt.

www.presetext.ch, nach Infobrief Saatgutfonds 2/08

Gewinner trotz Finanzkrise

Monsanto meldete für das abgeschlossene Geschäftsjahr im Bereich gentechnisch verändertes Saatgut einen Umsatzanstieg von 36 % auf 11,4 Mrd. US-Dollar. Durch die Übernahme des niederländischen Saatgut-Konzerns De Ruiters sei zudem der Handel mit Pestiziden sowie Saatgut für Sojabohnen und Gemüse deutlich angestiegen. Für

die nächsten drei Jahre erwartet Konzernchef Hugh Grant eine Steigerung des Brutto-Reingewinns (heute 6,2 Mrd. Dollar) von rund 20 % jährlich (ca. 9,75 Mrd. Dollar im Jahr 2012). Auch der Schweizer Konzern Syngenta sieht positiv in die Zukunft. Mitte Oktober erzielte der Saatgut- und Pestizid-Hersteller eine Umsatzsteigerung im dritten Quartal um 33 % auf 2,3 Mrd. US-Dollar. Grund sind u. a. das starke Wachstum der Landwirtschaft in Schwellenländern sowie die steigende Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln und Biotreibstoffen bei gleichzeitig begrenzten Anbauflächen. Von der derzeitigen Finanzkrise sei das Unternehmen kaum betroffen, weitere Übernahmen von Saatgut-Unternehmen sind geplant. Weltweit belegt Monsanto Platz eins und Syngenta Platz drei der zehn größten Saatgutunternehmen.

www.aktiencheck.de, www.capital.de, nach Infobrief Saatgutfonds 2/08

Debatte

Demokratisierung der EU

Vom 28. bis 30. November 2008 tagte in Innsbruck die 5. Konferenz der Initiative Zivilgesellschaft. Sie setzte den im Juni eingeschlagenen Weg des „Wiener Appells zur Demokratisierung der EU“ fort und rief die Kräfte der Zivilgesellschaft, die Politik sowie die Medien dazu auf, in einen breiten Dialog über die Zukunft eines demokratischen Europas zu treten. Dazu wurde der Vorschlag gemacht, anstelle des Artikels 11 des neuen (Lissaboner) EU-Grundvertrages (Europäisches Volksbegehren) eine andere als die vorgesehene Regelung treten zu lassen, die das souveräne demokratische Handeln der Europäischen Bürgerschaft ermöglichen würde.

Mit einer solchen Perspektive könne dann, so die Initiatoren des Aufrufs, auch das irische Volk in einer zweiten Volksabstimmung den Lissabon-Vertrag ratifizieren und die EU aus der Sackgasse führen, die durch das „Nein“ der Iren im Juni entstanden und für die bisher kein Ausweg gefunden sei. Alles, was in dem Reformvertrag für weite Kreise einer engagierten Öffentlichkeit fragwürdig sei, könne dann durch Initiativen aus der Bürgerschaft Schritt für Schritt in eine andere Richtung gelenkt werden - wenn es von Fall zu Fall im dreistufigen direkt-demokratischen Prozess demokratisch gewollt wäre.

Der Vorschlag hat eine interessante Kontroverse ausgelöst, in der eine Reihe von Motiven auftaucht, die auch in der Debatte über den EU-Verfassungsvertrag bzw. den Lissabon-Vertrag in dieser Zeitschrift angesprochen wurden** und die sich - neben der inhaltlichen Einzelkritik am Lissabonvertrag - nicht zuletzt auf die Frage beziehen,

* Vgl. Wilfried Heidt, Gerhard Schuster u.a.: „Jetzt die Demokratisierung der EU gestalten“. In Sozialimpulse Heft 3/2008, S. 33ff.

** Vgl. z.B. Heft 2/2000 und 2/2005.

ob die EU eine Art Einheitsstaat sein bzw. werden oder eine subsidiäre Vertragsgemeinschaft sein soll. Sieht man das letztere als richtig an, dann muss man dafür sorgen, dass die Rechte die BürgerInnen der einzelnen Mitgliedstaaten der EU, also des jeweiligen Souveräns, durch Entwicklungen auf europäischer Ebene nicht etwa geschmälert werden. Das wäre etwa dann der Fall, wenn man eine an und für sich wünschenswerte direkte Entscheidung der Bürger über Verfassungs- und Vertragsfragen der EU nicht simultanen nationalen Referenden, sondern einem gesamteuropäischen Bürgerentscheid überlassen würde. Herbert Schliffka hat eine konstruktive Kritik des Aufrufs der Innsbrucker Konferenz vorgelegt, verbunden mit einem die Stoßrichtung des Aufrufs im Einzelnen modifizierenden Alternativvorschlag. Schliffka ist Sozialwissenschaftler, seit Jahrzehnten Mitarbeiter im Internationalen Kulturzentrum Achberg und im von Wilfried Heidt geleiteten Achberger Institut für Sozialforschung. Er ist Mitbegründer des Omnibus für direkte Demokratie und aktiv beteiligt an den verschiedenen von Achberg ausgehenden Initiativen zur Durchsetzung der dreistufigen Volksgesetzgebung, zu denen auch Impuls21 gehört.

Wir dokumentieren im Folgenden den Beschluss von Innsbruck und die Alternativvorschläge von Herbert Schliffka, die er auch auf dem Treffen der Initiative Netzwerk Dreigliederung am 6. Dezember in Stuttgart vorgetragen hat.

Beschluss der 5. Konferenz Zivilgesellschaft in Innsbruck

Nachdem am 15. Juni 2008 - unmittelbar nach dem irischen Referendum zum EU-Reformvertrag - aus der 4. Konferenz der Initiative Zivilgesellschaft der „Wiener Appell zur Demokratisierung der EU“ verabschiedet wurde, bekräftigt die 5. Konferenz Zivilgesellschaft (28.-30. November 2008 in Innsbruck) das Votum und unterstützt die aus dem Wiener Appell hervorgegangene Initiative „Impuls21 - Europäische Bürgerschaftsbewegung“:

Sie lädt die zivilgesellschaftlichen Kräfte in Österreich und Europa dazu ein, die hier vorgeschlagene Perspektive zur Demokratisierung der EU durch dreistufige Bürgerschafts-Demokratie zu prüfen und die Forderung zu unterstützen, über einen im Sinne dieser Idee formulierten neuen Artikel 11, der an die Stelle des bisher im Lissabon Vertrag vorgesehenen Artikels eines missratenen sogenannten „Europäischen Volksbegehrens“ zu treten hätte, ein europaweites Plebiszit durchzuführen. Die Organe der repräsentativen Demokratie sowie die Medien werden aufgefordert, zu dieser wichtigen gesellschaftlichen Weichenstellung den Raum der Diskussion und des Dialoges breit zu eröffnen und unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Kräfte dafür zur Verfügung zu stehen.

Es mögen die akuten ökologischen Probleme, wie auch die des außer Kontrolle geratenen Finanzmarktes derzeit vorrangig erscheinen. Doch ist der historisch schon

seit der Französischen Revolution geforderte Schritt hin zur selbstverantwortlichen Mündigkeit der Rechtsgemeinschaften je länger desto mehr die unabdingbare Voraussetzung dafür, um all die Probleme, vor denen wir stehen, von der Bürgerschaft gesamtgesellschaftlich verständigt und demokratisch legitimiert, Schritt für Schritt gemeinsam zu bewältigen!

Der Artikel 11 des Lissabon-Vertrages und seine alternative Neufassung

Der bisherige Artikel 11:

(1) Die Organe geben den Bürgerinnen und Bürgern und den repräsentativen Verbänden in geeigneter Weise die Möglichkeit, ihre Ansichten in allen Bereichen des Handelns der Union öffentlich bekannt zu geben und auszutauschen.

(2) Die Organe pflegen einen offenen, transparenten und regelmäßigen Dialog mit den repräsentativen Verbänden und der Zivilgesellschaft.

(3) Um die Kohärenz und die Transparenz des Handelns der Union zu gewährleisten, führt die Europäische Kommission umfangreiche Anhörungen der Betroffenen durch.

(4) Unionsbürgerinnen und Unionsbürger, deren Anzahl mindestens eine Million betragen und bei denen es sich um Staatsangehörige einer erheblichen Anzahl von Mitgliedstaaten handeln muss, können die Initiative ergreifen und die Europäische Kommission auffordern, im Rahmen ihrer Befugnisse geeignete Vorschläge zu Themen zu unterbreiten, zu denen es nach Ansicht jener Bürgerinnen und Bürger eines Rechtsakts der Union bedarf, um die Verträge umzusetzen. Die Verfahren und Bedingungen, die für eine solche Bürgerinitiative gelten, werden nach Artikel 24 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union festgelegt.

Der neue Artikel 11 würde - unserem Vorschlag entsprechend - lauten:

1. Das Recht der Europäischen Union geht aus von ihrer souveränen Bürgerschaft. Sie verwirklicht die politische Selbstbestimmung unmittelbar durch die Ausübung des außerparlamentarischen Initiativrechts, des Bürgerschafts-Begehrens, des Bürgerschafts-Entscheidens und durch die Wahlen zu den sie vertretenden parlamentarischen Organen der Gesetzgebung und der Exekutive.

2. Für das Initiativrecht, das Begehren und den Entscheid gelten folgende Regelungen:

a. Mindestens eine Million Bürgerinnen und Bürger können sich zusammenschließen, um eine Gesetzesinitiative oder ein allgemeines politisches Anliegen an das europäische Parlament zu richten [*Außerparlamentarisches Initiativrecht*]. Dieses muss den Antrag innerhalb eines halben Jahres geschäftsordnungsmäßig beraten und darüber beschließen. Findet er die mehrheitliche Zustimmung, erlangt er Rechtskraft.

b. Ein Bürgerschafts-Begehren kann eingeleitet werden, wenn das Parlament den Antrag ablehnt. Ziel des Begehrens ist es, mit einer freien Unterschriftensammlung mindestens zehn Millionen mündiger Bürgerinnen und Bürger für die Unterstützung des Begehrens zu gewinnen. Ist dies erreicht, kann das Anliegen bis spätestens nach einem halben Jahr erneut auf die Agenda des parlamentarischen Gesetzgebers kommen.

c. Lehnt dieser die Vorlage erneut ab, kommt es frühestens ein halbes, spätestens ein Jahr danach zum Bürgerschafts-Entscheid. Dies gilt auch für die Zeit nach dem Begehren, wenn das Parlament dazu nicht mehr tätig wird. Verbindlich wird, was die Mehrheit der an der Abstimmung Teilnehmenden beschließt. Ein Bürgerschafts-Entscheid zum selben Gegenstand kann frühestens zwei Jahre nach diesem Beschluss wieder stattfinden.

d. Von entscheidender Bedeutung für die Ausübung dieser Grundrechte in dem dreistufigen demokratischen Lebensprozess ist, welche Rolle den Medien für die Urteilsbildung der Bürgerschaft zur jeweiligen Sache zukommt [Medienbedingung]. Hierfür bedarf es geeigneter Bedingungen, damit zumindest in der zweiten Hälfte des Begehrens und in der Zeit bis zum Entscheid für das Pro und Contra zum jeweiligen Sachverhalt, den eine Initiative auf die Agenda gestellt hat, die freie und gleichberechtigte Information und Diskussion gewährleistet ist. Die Institution eines Ombudsrates soll mit den Vertretern der beiden Seiten - der Initiativträger einerseits und der Medien andererseits - das Notwendige vereinbaren.

e. Das Nähere regelt das Gesetz.

Weitere Informationen auf: www.impuls21.net und www.initiative-zivilgesellschaft.at. Beteiligung durch Willensbekundung: <http://www.impuls21.net/willensbekundung>. Rückfragehinweis: Gerhard Schuster Tel.: 0650/941 32 64, <mailto:gerhard.schuster@ig-eurovision.at>, impuls21, c/o IG-EuroVision, Brantingasse 61, 1100 Wien.

Impuls21: Kritik und Alternativvorschlag

Die Strategie der Achberger „Impuls21-Initiative“, ihr Vorschlag zu einer alternativen Neufassung des Artikel 11 sowie ein erster Alternativ-Entwurf dazu

Herbert Schliffka

Zuerst werde ich meinen den Vergleich ermöglichenden Alternativvorschlag vorstellen. Artikel 11 des Lissabon-Vertrages und der Vorschlag der Achberger „Impuls21-Initiative“ zu einer alternativen Neufassung des Artikel 11 sind aus dem vorstehenden Text zum Innsbrucker Beschluss ersichtlich.

Durch meinen Alternativvorschlag wird der Entwurf der Impuls21-Initiative so umgestaltet, dass daraus

der Versuch deutlich sichtbar werden kann, die Formulierungen in der Weise neu zu fassen, dass sie den Wahrnehmungen von dem sozialen Gebilde EU im Sinne der moralischen Phantasie und moralischen Technik möglichst angemessen sind. Dabei wird nicht der Anspruch erhoben, dass die Wahrnehmungen von dem sozialen Gebilde EU schon vollständig mit bedacht worden sind. Aber es wird der Geltungsanspruch erhoben, dass wichtige Elemente doch schon so weit erfasst und formuliert werden konnten, dass dadurch eine Präjudizierung der sozialgestalterischen Prozesse im politischen System des EU-Organismus durch eine ideologische Fixierung, hin zu einem bloß (multinational) vergrößert gedachten „nationalstaatsidentischen Gebilde“, in dem ausschließlich eine einzige „EU-Bürgerschaft“ der demokratische Souverän ist, nicht mehr so ohne weiteres stattfinden kann. Denn wenn sie so stattfindet - wie es der Alternativvorschlag der „Impuls21-Initiative“ vorsieht - dann raubt die als neuer, absoluter Souverän inthronisierte „EU-Bürgerschaft“ den jeweiligen Volkssouveränen der EU-Mitgliedstaaten ihre eigenständige Mitentscheidungskompetenz bei EU-weiten Beschlussfassungen.

Die von mir modifizierte alternative Neufassung des Artikel 11 lautet:

1. Das Recht der Europäischen Union (EU) geht aus von ihrer souveränen Bürgerschaft und ihren souverän bleibenden Mitgliedstaaten, in denen das Recht und alle Staatsgewalt jeweils von dem Volkssouverän des Mitgliedstaates ausgeht.

a. *Unmittelbar* verwirklicht die Bürgerschaft der Europäischen Union ihre politische Selbstbestimmung durch die *Ausübung des außerparlamentarischen Initiativrechts, des Bürgerschafts-Begehrens, des Bürgerschafts-Entscheidens und durch Wahlen* zu den sie vertretenden parlamentarischen Organen der Gesetzgebung {{und der Exekutive}}.

b. *Mittelbar* gesetzgebend wirkt die Bürgerschaft der Europäischen Union in deren beiden parlamentarischen Gesetzgebungsorganen. Dabei wirkt sie einerseits als eine Einheit durch das von ihr direkt gewählte Parlament der Europäischen Union und andererseits in der segmentären Gliederung ihrer Gesamtheit. In dieser wirkt sie, differenziert als jeweils einzelnes Volk der EU-Mitgliedstaaten, durch deren Regierungsmitglieder vertreten, gemeinsam im Europäischen Rat, bzw. Minister-Rat, gemäß den Regelungen, wie sie in diesem Vertrag vereinbart sind, mittelbar gesetzgebend. *Mittelbar* exekutiv und rechtsprechend wirken die Bürgerschaft der Europäischen Union und die EU-Mitgliedstaaten durch die in diesem Vertrag dazu bevollmächtigten Organe der vollziehenden und rechtsprechenden Gewalt.

2. Für das Initiativrecht, das Begehren und den Entscheid gelten folgende Regelungen:

a. Eine *Initiative* von Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen Union hat das Recht, einen *Antrag für eine Gesetzesinitiative oder ein allgemeines*

politisches Anliegen in das für diese Gesetzesmaterie oder Anliegen laut diesem Vertrag zuständige parlamentarische Gesetzgebungsorgan der EU einzubringen, wenn mindestens eine Million Bürgerinnen und Bürger der EU in wenigstens drei ihrer Mitgliedstaaten die Initiative durch ihre Unterschriften mittragen. [*Außerparlamentarisches Initiativrecht*]. Der zuständige parlamentarische Gesetzgeber der EU muss den Antrag innerhalb eines halben Jahres geschäftsordnungsmäßig beraten und darüber beschließen. Findet er gemäß den in diesem Vertrag vereinbarten Abstimmungsregelungen die mehrheitliche Zustimmung, erlangt er Rechtskraft.

b. Ein *Bürgerschafts-Begehren* kann eingeleitet werden, wenn der zuständige parlamentarische Gesetzgeber der EU den Antrag ablehnt. Ziel des Begehrens ist es, mit einer *freien Unterschriftensammlung* mindestens zwölf Millionen mündige Bürgerinnen und Bürger in wenigstens sieben EU-Mitgliedstaaten für die Unterstützung des Begehrens zu gewinnen. Ist dies erreicht, kann das Anliegen bis spätestens nach einem halben Jahr erneut auf die Agenda des zuständigen parlamentarischen Gesetzgebers kommen.

c. Lehnt dieser die Vorlage erneut ab, kommt es frühestens ein halbes, spätestens ein Jahr danach zum *Bürgerschafts-Entscheid*. Dies gilt auch, wenn der zuständige parlamentarische Gesetzgeber in dieser Zeitspanne nach dem erfolgreichen Begehren dazu nicht tätig wird. Verbindlich wird, was sowohl bei der Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger der EU als auch zugleich bei der Mehrheit der Volkssouveräne in den EU-Mitgliedstaaten Zustimmung findet. Die Quoren und Gewichtungen, die für die parlamentarischen Abstimmungen in diesem Vertrag vereinbart wurden, gelten auch für das Gesamtergebnis der Entscheidungen, die die Volkssouveräne in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten bei dem EU-weiten Bürgerschafts-Entscheid treffen.

Ein Bürgerschafts-Entscheid zum selben Gegenstand kann frühestens zwei Jahre nach diesem Beschluss wieder stattfinden.

d. Wenn ein neuer Vertrag aufgrund eines Bürgerschafts-Begehrens durch einen Bürgerschafts-Entscheid beschlossen oder ein bestehender Vertrag geändert wird, dann wird der Vertrag oder die Vertragsänderung mit der Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger der EU und zugleich mit einer 4/5 Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten beschlossen.

Eine Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten entfällt, aber die in der EU-weiten Abstimmung unterlegenen EU-Mitgliedstaaten können in jeweils durch Volksbegehren oder einen parlamentarischen Beschluss herbeigeführte nationalen Abstimmungen entscheiden, ob sie den neuen, durch die qualifizierte Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten beschlossenen Vertrag (bzw. die Vertragsänderung) nun doch akzeptieren oder aus der EU - nach dem in diesem Vertrag festgesetzten Zeitraum der Verbleibens, der für alle EU-Mitgliedstaaten verbindlich ist, - austreten wollen. Findet eine solche Abstimmung nicht statt, gilt das als Zustimmung zu dem neuen/bzw. geänderten EU-Vertrag.

e. Von entscheidender Bedeutung für die Ausübung dieser Grundrechte in dem dreistufigen demokratischen Lebensprozess ist, welche Rolle den Medien für die Urteilsbildung der Bürgerschaft zur jeweiligen Sache zukommt [Medienbedingung]. Hierfür bedarf es geeigneter Bedingungen, damit zumindest in der zweiten Hälfte des Begehrens und in der Zeit bis zum Entscheid für das Pro und Contra zum jeweiligen Sachverhalt, den eine Initiative auf die Agenda gestellt hat, die freie und gleichberechtigte Information und Diskussion gewährleistet ist. Die Institution eines Ombudsrates soll mit den Vertretern der beiden Seiten - der Initiativträger einerseits und der Medien andererseits - das Notwendige vereinbaren.

f. Das Nähere regelt das Gesetz.

Die im folgenden noch einmal wiedergegebene Regelung aus Absatz 2 d. der von mir hier vorgeschlagenen Neufassung des Artikel 11 muss auch Geltung haben für den anzustrebenden EU-weiten Bürgerschafts-Entscheid, durch den entweder der Artikel 11 in der Lissabon-Vertrags-Fassung geändert werden soll, oder ein anderes, im voraus zu beschließendes Rechtsdokument - das ihn in der Neufassung enthält - rechtsverbindlich wird.

Verträge und Vertragsänderungen werden mit der Mehrheit der an der Abstimmung teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger der EU und zugleich mit einer 4/5 Mehrheit der EU-Mitgliedstaaten beschlossen.

Eine Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten entfällt, aber die in der Abstimmung unterlegenen EU-Mitgliedstaaten können in jeweils nationalen Abstimmung entscheiden, ob sie den neuen Vertrag oder die Vertragsänderung akzeptieren oder - in einem festzusetzenden Zeitraum, der für alle EU-Mitgliedstaaten gleichermaßen gültig ist - aus der EU austreten wollen.

Soweit zunächst zur sachlichen Differenz.

Zur Strategiefrage

Nun meine Differenz zu der von der Impuls21-Initiative angewandten Strategie, die darin besteht, einen bestimmten Entwurf für ein dreistufiges Entscheidungsverfahren durch die EU-Bürgerschaft in den Lissabon-Vertrag als einen veränderten Artikel 11 einzufügen.

Das Strategie-Problem, wie ich es sehe, soll nur stichwortartig grob skizziert werden.

Als Ausgangspunkt sei ein Abschnitt gewählt aus dem im Internet veröffentlichten Text: „Das Projekt: Kurzfassung in Stichworten“ (siehe: <http://www.impuls21.net/das-projekt-kurzfassung>)

„4. Was ist zu tun, um das Ziel zu erreichen? Man wird mit dem Anliegen am ehesten dann durchdringen und die zuständigen EU-Instanzen [Parlament, Rat und Kommission] dazu veranlassen können, ihm beizutreten, wenn eine möglichst große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern ihren Willen wie in Ziff. 1.-3. beschrieben bekundet.“

Meine derzeitige Einschätzung zu diesen komplexen Zusammenhängen ist die folgende.

Diese „EU-Instanzen“ wollen den von ihnen bereits beschlossenen Lissaboner EU-Vertrag unverändert durch den Prozess der Ratifizierung bringen, die in den meisten Mitgliedstaaten (mit Ausnahme von Irland) im Sinne dieser „EU-Instanzen“ bereits erfolgreich durchgeführt wurde.

Eine Veränderung des Lissaboner EU-Vertrages durch die von der Impuls21-Initiative geforderten, so gearteten Erneuerung des Artikel 11 werden diese „EU-Instanzen“ deshalb nicht zustimmen, weil:

a) der so veränderte Lissaboner EU-Vertrag durch diese „EU-Instanzen“ neu beschlossen werden und der Ratifizierungsprozess erneut beginnen müsste;

b) die meisten Mitgliedstaaten einer solchen Neufassung nicht zustimmen werden, weil sie eine bestimmte Gestalt der EU präjudiziert.

Die Souveränität der EU-Mitgliedstaaten bei der gemeinsamen Beschlussfassung durch einen EU-weiten Bürgerschafts-Entscheid wäre vollkommen ausgehebelt. Sie hätten weniger souveräne Mitbestimmungsrechte als die Bundesländer in Deutschland und noch weniger als die Kantone in der Schweiz. Die mühsam ausgehandelten und im Lissabon-Vertrag vereinbarten Quoren und Gewichtungen für die einzelnen EU-Mitgliedstaaten bei Entscheidungen in der EU wären ebenfalls ausgehebelt. Der evolutionäre Weg zu einem EU-Staatsgebilde neuen Typs wäre aus Sicht dieser Staaten beendet, weil nun eine EU-Bürgerschaft die Souveränität, ganz so wie in einem bloß vergrößerten (Multi-)Nationalstaat, ausübt. Damit wäre auch ein Erreichen der - in vielen Nationalstaaten noch gar nicht vollständig errungenen - Souveränität des jeweiligen Volkes in vielen der EU-Mitgliedstaaten für immer vereitelt - selbst dann, wenn dort nachträglich jeweils die dreistufige Volksgesetzgebung für national geltende Gesetze realisiert würde - denn schon heute wird ein Großteil der Gesetze von der EU bestimmt.

Dann aber könnte sie sich immer über viele Gestaltungsbesonderheiten der Rechtsgemeinschaften in kleineren EU-Mitgliedsstaaten rigoros hinwegsetzen, so dass diese sich bald als noch stärker fremdbestimmt empfinden müssten, als das heute schon der Fall ist.

Man kann das selber für richtig halten, dass die EU sich schnell zu einem vergrößerten (Multi-)Nationalstaat hin entwickelt und damit das Selbstbestimmungsrecht der Rechtsgemeinschaften in den EU-Mitgliedstaaten aushebelt, doch die meisten der EU-Bürgerinnen und Bürger und viele EU-Mitgliedstaaten wollen das meiner Einschätzung nach zur Zeit noch nicht und werden das zu verhindern wissen.

Damit unnötiger Widerstand verringert und die Anzahl der Befürworter die größere sein wird, muss gegenwärtig ein dreistufiges EU-Bürgerschafts-Entscheidungsverfahren der Tendenz nach so gestaltet sein, wie ich es oben in einem 1. Entwurf vorschlage, weil dann das

Selbstbestimmungsrecht der Rechtsgemeinschaften in den EU-Mitgliedstaaten in einem gewissen, neu gesetzten Rahmen erhalten bleibt.

Die unter a und b beschriebenen Gesichtspunkte zeigen - aus Kenntnis der gegebenen Situation - den antizipierbaren Widerstand von Seiten der „EU-Instanzen“ gegen eine so geartete Neufassung des Artikels 11.

Auch von Seiten der Impuls21-Initiative wird ein Widerstand der „EU-Instanzen“ antizipiert. Deshalb will sie diesen Widerstand dadurch überwinden, dass „eine möglichst große Zahl von Bürgerinnen und Bürgern ihren Willen wie in Ziff. 1.-3. beschrieben bekundet“.

Doch wie erreicht eine Initiative eine genügend große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern?

Antwort: Im Prinzip erreicht man mit einer Internetseite alle Menschen auf der Welt, die diese Internetseite aufrufen. Und wenn auf dieser Internetseite die Möglichkeit eingerichtet ist, dass die Empfänger (User) sich mit einer zustimmenden „Willensbekundung“ zurückmelden können, besteht im Prinzip die Möglichkeit, mit allen mündigen Menschen in dieser Form zu kommunizieren.

Zu lösende Probleme

Allerdings, mindestens die beiden im folgenden aufgeführten Probleme gilt es zu lösen:

a) Wie erfährt eine genügend große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern, dass es die Internetseite der Impuls21-Initiative gibt - und zwar so, dass sie gewillt sind, sie aufzurufen und zu lesen?

b) Wie muss der Inhalt der Willensbekundung geartet sein, damit eine genügend große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern ihm zustimmen kann?

Nun können ja diejenigen, die ein wenig an den Gestaltungs-Prozessen im politischen System des EU-Organismus interessiert sind, wissen, dass der Lissaboner EU-Reform-Vertrag - in den für die „EU-Instanzen“ entscheidenden Teilen - fast inhaltsgleich ist mit dem sogenannten EU-Verfassungs-Vertrag, der 2005 im Ratifizierungsverfahren an den Ergebnissen der Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden gescheitert ist.

So wie nun in Irland, haben 2005 bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden viele Initiativen der Zivilgesellschaft aus den verschiedensten Impulsen heraus im Urteilsbildungsprozess mit vollstem Einsatz gegen eine Zustimmung zum EU-Verfassungs-Vertrag in diesen Ratifizierungsentscheidungen gekämpft.

Nur wenige davon waren in ihrem aktiven Widerstand von dem Impuls getragen, dass sie gegen diesem EU-Vertrag stimmen, weil darin die Möglichkeit eines dreistufigen Bürgerschafts-Gesetzgebungs-Verfahrens fehlt.

Die vielen anderen werden auch nicht so schnell davon zu überzeugen sein, denn sie haben sich noch nicht

so tiefgehend mit der Idee dieser bestimmten Form von direkter Demokratie verbunden, dass sie ihr aus voller Überzeugung zustimmen könnten.

Deshalb ist die Wahrscheinlichkeit viel größer, dass ihnen ihre bisherigen Impulse für ihren Widerstand gegen den Vertrag von 2005 und ebenso gegen den in seiner gegenwärtigen Fassung vorliegenden Lissabon-Vertrag viel wichtiger sind für die Aufrechterhaltung ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Vertrag, als eine Zustimmung dazu, weil sich durch einen neuen Artikel 11 die Aussicht eröffnete, auf dem Wege eines in den Vertrag aufgenommenen dreistufigen Bürgerschafts-Gesetzgebungs-Verfahren auch ihre Anliegen zur Abstimmung zu bringen. Denn diese Aussicht ist von ihnen derzeit gar nicht zu erlangen, weil in ihrer realen Vorstellungswelt diese Idee entweder noch gar nicht vorkommt oder noch nicht mit genügend Sympathie und Willenskräften ausgestattet ist. Das würde sich mit großer Wahrscheinlichkeit auch dann nicht so schnell ändern, wenn die Impuls21-Initiative sie wirklich in großer Zahl erreichen könnte. Denn die aus ihren jeweiligen Impulsen gespeiste Antipathie gegen diesen Vertrag ist so groß, dass auch die Aussicht auf einen so veränderter Artikel 11 kaum bewirken wird, seinen Inhalt wirklich tief zu besinnen.

Eine veränderte oder ergänzte Forderung erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Initiativen der Zivilgesellschaft - als gleichberechtigte Partner - mitwirken, so dass ein solches Projekt größere Chancen erhält, von einer größeren Anzahl Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen zu werden.

Solange der Lissabon-Vertrag noch nicht ratifiziert ist, wäre die Chance dazu größer, wenn die Forderung nach einem dreistufigen Bürgerschafts-Gesetzgebungs-Verfahren entweder als eigenständige, durch den EU-Gesetzgeber zuvor zu beschließende und dann zu ratifizierende Voraussetzung für die danach eventuell erfolgende Rest-Ratifizierung dieses Vertrag an das Bewusstsein von Zivilgesellschaftsaktivisten herantreten könnte oder das Projekt eine weitere Forderung neben die bisherige hinzufügt.

Weitere Bündnispartner für ein dreistufiges Bürgerschafts-Gesetzgebungs-Verfahren, gemäß dem Entwurf, wie ich ihn vorschlage, ließen sich wahrscheinlich besser gewinnen, wenn folgende Forderung - zusätzlich zur Forderung ein dreistufiges Bürgerschafts-Gesetzgebungs-Verfahren als eigenständige, durch den EU-Gesetzgeber zuvor zu beschließende und dann zu ratifizierende Voraussetzung für den danach erneut zu beschließenden EU-Grundlagenvertrag - an die EU-Kommission und die anderen EU-Instanzen, sowie die Parlamente und die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten gestellt würde: Sie finanzieren, publizieren und unterstützen organisatorisch einen EU-weiten Alternativ-Konvent der Zivilgesellschaft (also ein Organ im Sinne der „kulturell Kreativen“ und der trisektoralen Partnerschaft), in den Organisationen und Initiativen der Zivilgesellschaft (ZG) ihre Delegierten schicken und bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens kooptiert werden. Er wird zuerst jeweils nationalstaatlich gebildet und dann, nachdem jeder der 27 nationalen Zivilgesellschafts-Konvente bezüglich einiger Alternativen zu einzelnen Artikeln des

Lissabon-Vertrag (so wie die Impuls21-Initiative bezüglich des Artikel 11) zu Ergebnissen gekommen ist, delegieren die einzelnen Richtungen, die sich jeweils in den 27 nationalen Zivilgesellschafts-Konventen herausgebildet haben, gemäß ihrer Stärke ihre Vertreter in den EU-weiten Alternativ-Konvent der Zivilgesellschaft und diese Delegierten kooptieren dann zusätzlich bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, sowie aus Wissenschaft, Wirtschaft, Religion, Kultur und Kunst. Der so gebildete EU-weite ZG-Konvent erarbeitet dann bis zu je drei Alternativen für diejenigen Artikel, die dann in dem EU-Bürgerschafts-Entscheid - gemäß meinem Vorschlag - alternativ zum jeweiligen Artikel, wie er im Lissabon-Vertrag vereinbart wurde, zur Abstimmung gebracht werden soll.

Am Tag der Bürgerschafts-Entscheidung über den gesamten Lissabonvertrag finden dann zugleich auch die Entscheidungen der Bürgerschaft der EU und die ihrer Mitgliedsstaaten gemäß meinem Vorschlag über die einzelnen vom EU-ZG-Konvent zur Abstimmung gebrachten Artikel in je getrennten Bürgerschafts-Entscheidungen darüber statt.

Wenn keine der Alternativen je Artikel eine Mehrheit von über 50 % der abgegebenen gültigen Stimmen erhält, wird über die beiden Alternativen zu diesem Artikel, die mehr Stimmen als die anderen bekommen haben, in einem zweiten EU-Bürgerschaftsentscheid gemäß der Regelung aus Absatz 2 d abgestimmt.

Zwei Thesen

1. Ohne die Kraft der Initiativen der Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten der EU - die sich bisher hauptsächlich gegen den Lissabon-Vertrag richtet - wird es nicht möglich sein, eine genügend große Anzahl von Bürgerinnen und Bürgern darüber zu informieren, dass es die Internetseite der Impuls21-Initiative gibt, so dass sie sich an einer Willensbekundung beteiligen können.

2. Selbst wenn eine solche breite Information gelingen würde - entweder durch die Kraft großer Organisationen der Zivilgesellschaft, die doch noch irgendwie gewonnen werden könnten, oder die großer Geldgeber, die Werbung dafür bezahlen, - wären die meisten der Menschen, die dann so erreicht werden konnten, aus den oben, bei der sachlichen Differenz bereits beschriebenen Gründen, gegen den Inhalt der Willensbekundung. - Sehr viele würden ihr also nicht zustimmen können, weil sie die souveräne Mitbestimmungskompetenz ihres Landes bei EU-Entscheidungsprozessen nicht verlieren wollen.

Das ist meine Einschätzung der gegebenen Situation. Sie hat für mich trotz meiner Kenntnis von der scheinbar anderen Situation in Österreich weiterhin Bestand. Trotzdem finde ich es hervorragend, dass diese österreichische Sondersituation von der Impuls21-Initiative weiter ausgelotet und ausgebaut wird.

Ein wenig größere Erfolgsaussichten räumte ich dem Projekt im Endeffekt allerdings nur dann ein, wenn es sich organisatorisch, inhaltlich und strategisch im oben vorgeschlagenen Sinne erneuert.

EU-Vertrag: Irisches Nein muss respektiert werden!

Auf dem EU-Gipfel am 11./12. Dezember hat der irische Ministerpräsident angekündigt, den zuvor abgelehnten EU-Reformvertrag (Vertrag von Lissabon) in einem zweiten Referendum erneut abstimmen zu lassen. Attac kritisiert dieses undemokratische Vorhaben scharf und fordert stattdessen einen Neuanfang für ein soziales und demokratisches Europa.

Dass Ministerpräsident Brian Cowen einknickt, ist das Ergebnis einer beispiellosen und zutiefst undemokratischen Druckkampagne der europäischen Staats- und Regierungschefs, die demokratische Entscheidungen offenbar nur respektieren, wenn sie in ihrem Sinne ausfallen. Nach dem „Nein“ der Iren hatten mehrere europäische Staats- und Regierungschefs das Ausscheiden Irlands aus der Europäischen Union gefordert, andere hatten auf eine erneute Abstimmung gedrungen. Doch das Votum der irischen Bürgerinnen und Bürger muss respektiert werden. Alles andere würde die Demokratie in Europa zutiefst beschädigen.

Die irische Bevölkerung konnte als einzige in Europa über den EU-Vertrag abstimmen - in allen anderen Ländern sind Referenda gezielt verhindert und der Vertrag über die Köpfe der Menschen hinweg durchgedrückt worden. Der Inhalt des Vertrages war dabei schon vor drei Jahren in Volksabstimmungen in den Niederlanden und in Frankreich abgelehnt worden. 90 Prozent des jetzigen Vertrages sind deckungsgleich mit dem Entwurf zur Europäischen Verfassung. Das irische Nein hat aber der EU die Chance auf eine längst überfällige Kurskorrektur eröffnet - hin zu einem demokratischen, sozialen und friedlichen Europa. Diese Chance gilt es, endlich zu ergreifen. Nicht erst die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt, dass ein ‚Weiter so!‘ in die Katastrophe führt. Wer Europa will, muss Alternativen zur heutigen EU entwickeln.

Bereits im Frühjahr 2007 haben die Attac-Organisationen aus 15 EU-Ländern sowie der Schweiz „Zehn Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ vorgelegt, die derzeit in einem europaweiten Prozess fortgeschrieben werden. Darin fordern die europäischen Attacs, in einem demokratischen und transparenten Prozess eine gemeinsame Grundlage der EU zu entwickeln. Transparenz, klare demokratische Spielregeln und Elemente direkter Demokratie müssen in der täglichen Praxis der EU selbstverständlich sein. Die EU darf nicht - wie im Vertrag von Lissabon - festgelegt werden auf eine bestimmte (neoliberale) Wirtschaftsform. Stattdessen gilt es, das Steuer-, Sozial-, Lohn- und Umweltdumping in eine Aufwärtsspirale zu wenden. Auch die Grundrechte müssen besser gewahrt werden. Nicht zuletzt muss für die EU eine Friedens- statt einer Aufrüstungspflicht gelten.

Am 11. Dezember wurde eine entsprechende gemeinsame Pressemitteilung von Attac Deutschland, Attac Flandern, Attac Frankreich, Attac Griechenland, Attac Niederlande, Attac Österreich, Attac Polen und Attac Spanien veröffentlicht.

www.attac-de/aktuell/presse

DIE LINKE. Eine wachsende Kraft in den deutschen Parlamenten

Jakob M. von Verschuer

(Der Autor, als Jugendlicher selbst politisch aktiv in der WASG, versucht, in seinem Debattenbeitrag den Impuls zu verstehen, welcher DIE LINKE zu ihren derzeitigen Erfolgen trägt und zugleich die Partei vom Standpunkt der sozialen Dreigliederung einzuordnen.)

Am 18. September ist es drei Jahre her, dass Die Linke mit spektakulären 8,7 % der Wählerstimmen in den Deutschen Bundestag einzog. Dies war der Startschuss für eine Erfolgsserie, die bis heute anhält. Auch in die Parlamente der westdeutschen Bundesländer, wo Parteien links der Sozialdemokraten und Grünen stets unter der 5-Prozent-Hürde blieben, erhält Die Linke nach und nach Einzug. In Hamburg, Bremen, Niedersachsen und Hessen ist sie bereits vertreten. Im Saarland lag Die Linke in einer Umfrage Anfang September sogar vor der SPD. Grund genug diese Partei und ihren Impuls einmal genauer zu betrachten. Die Geburtsstunde des neuen Linksimpulses war die Verabschiedung der sogenannten Hartz-IV-Gesetze, jener berüchtigten Gesetze, welche die Bedingungen insbesondere für die sogenannten Arbeitslosen auf entwürdigende Art und Weise verschärften. Aus dem Protest gegen dieses Gesetz und die unmenschliche Politik der etablierten Parteien von den Christdemokraten bis hin zu den Grünen, die allesamt diese Gesetze mitgetragen hatten, entstand die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG), welche sich zum Ziel gesetzt hatte die fortschreitende Verwirtschlichung der Gesellschaft zu verhindern und Alternativen zu schaffen. Vom Standpunkt der sozialen Dreigliederung Rudolf Steiners aus gesehen, war dies im Grunde ein sehr wichtiger und zeitnotwendiger Impuls um der Verflechtung der drei gesellschaftlichen Bereiche Rechtsleben, Geistesleben und Wirtschaftsleben entgegen zu wirken.

Insbesondere das Wirtschaftsleben scheint mit seinen Gesichtspunkten in unserer Zeit mehr und mehr die anderen beiden Bereiche zu dominieren. Dem gesundend entgegen zu wirken, so könnte man sagen, war der ursprüngliche Impuls der neuen Linken in ihrer organisierten Form der WASG, welche anfangs noch eine sehr vielseitige Bewegung war. Doch mit dem Einstieg in das Geflecht politischer Parteien wendete sich der Impuls der WASG. Politikgeschulte Gewerkschafter und Ex-Sozialdemokraten wie Oskar Lafontaine, die von Anfang an eine wichtige Farbe in dem bunten Gebilde der WASG darstellten, übernahmen die Dominanz und formten den Impuls nach ihren Vorstellungen. Sie machten die WASG machtfähig und führten sie mit der aus der DDR-Partei SED hervorgegangenen PDS zusammen, woraus dann die heute so erfolgreiche Linke entstand. Einerseits gewann der Impuls dadurch an Schwung und konkreter Wirkung in den Parlamenten, die sich nicht zuletzt an der kritischen Auseinandersetzung der SPD und der Grünen mit ihrer gemeinsamen Regierungspolitik unter Gerhard Schröder feststellen lässt, welche ohne den Druck von links vielleicht nie statt gefunden hätte.

Andererseits verlor der Impuls dadurch seine Vielseitigkeit und sein Potenzial einer, in einem zukunftsweisenden Sinne, gesellschaftsverändernden Kraft. Was bleibt ist ein Impuls zur Zurückdrängung der Wirtschaft aus den ihr nicht zugehörigen Bereichen, der aber keine neuen Antworten auf die derzeitigen gesellschaftlichen Fragen geben kann. Vielmehr greift die ideelle Führung der Partei auf alte links-traditionelle Konzepte zurück. Ein Beispiel dafür ist die Bildungspolitik. Das Engagement für eine Gemeinschaftsschule ohne Selektion, wie es an den Waldorfschulen schon immer praktiziert wird und die Kritik am dreigliedrigen Schulsystem, am Bachelor-/Master-Studienprinzip und dem zunehmenden Einfluss von Unternehmen an den Universitäten ist richtig und wichtig, die Antwort darauf, der Staat müsse in der Bildung wieder verstärkt die Verantwortung tragen, ein altes, nicht zukunftsweisendes Konzept, welches sich in der Praxis regelmäßig als dem heutigen Menschen nicht entsprechend erweist. Rudolf Steiner benennt dies in der Vorrede zu den „Kernpunkten der sozialen Frage“ sehr deutlich: „Es war für das Heraufkommen der neuzeitlichen Menschheitsverhältnisse notwendig, dass das Erziehungswesen ... den Kreisen, die es im Mittelalter innehatten, abgenommen und dem Staate überantwortet wurde. Die weitere Beibehaltung dieses Zustandes ist aber ein schwerer sozialer Irrtum.“

Es ist mit der Linken eben auf eine Art ähnlich wie mit dem Kommunismus, der seinen Ursprung in den in gewisser Weise sehr treffenden Analysen der gesellschaftlichen Probleme von Karl Marx hat, weshalb sich Rudolf Steiner auch durchaus immer wieder auf Karl Marx bezieht, der aber in seiner realen Umsetzung keine Lösungen für die gesellschaftlichen Fragen der Zeit gefunden hat, was letztlich sogar zur Katastrophe führte. Die Linke ist genau in diesem Sinne einzuordnen, als eine politische Kraft die im aktuellen politischen System in der Opposition durchaus eine gewisse Aufgabe hat (besonders in Bezug auf Kriegspolitik, Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik), die aber als Regierungspartei die Gesellschaft nicht vorwärts bringen kann. Ihre Erfolge sind deshalb eine zweischneidige Angelegenheit. Insbesondere in Ostdeutschland, wo die Linke nicht Trägerin des WASG-Impulses, sondern indirekte Nachfolgerin der Regierungspartei der DDR ist, haben sich die Schwierigkeiten, welcher dieser Partei innewohnen in Regierungsverantwortungen bereits offenbart.

Das Potenzial der Hartz-IV-Protestbewegung, zu einer breiten gesellschaftsverändernden Basiskraft zu werden, welche die Gesellschaft wirklich zu verändern vermag, verflüchtigte sich in dem Moment wo die WASG aus dem breiten Protestbündnis heraustrat und sich als Partei in die bestehenden politischen Verhältnisse hineinstellte. Sie folgte damit den Grünen auf dem zermürenden Weg der politischen Macht, wo jeder Impuls zum Spielball destruktiver Mechanismen wird. Eine wirkliche Gesellschaftsveränderung wird nur aus einer praxisorientierten Bewegung entstehen, wie es Rudolf Steiner mehrfach in seinen Beiträgen zur „sozialen Frage“ betont. In der Geschichte der letzten hundert Jahre haben sich mehrfach Chancen für solch eine Bewegung ergeben. Für Deutschland war die Hartz-IV-Protestbewegung bisher die letzte, deren Strom - nun auf fehlgeleitetem Weg - die Linke zu immer neuen Erfolgen trägt. Mal sehen, wann sich die nächste Chance ergibt. Ein Hinarbeiten darauf wäre sicher nicht falsch.

Initiativen, Termine und Ankündigungen

Weltsozialforum 2009

27. Januar - 1. Februar in Belem/Brasilien

Der Internationale Rat des Weltsozialforums (WSF) hat entschieden, dass das internationale Treffen im Januar 2009 in Belem stattfinden wird. Die Entscheidung zu Gunsten der brasilianischen Amazonasstadt fiel Anfang Juni in Berlin, wo der Rat tagte. Der Vorschlag zur Kandidatur Belems wurde im April von mehreren brasilianischen sozialen Organisationen und Bewegungen eingereicht. Belem sah sich einer starken Konkurrenz ausgesetzt. Sowohl Austragungsorte aus Afrika und Südkorea als auch die brasilianischen Städte Curitiba, Salvador und der erste Austragungsort des WSF im Jahr 2001, Porto Alegre, standen zur Wahl.

Nach der auf dem letzten WSF gefällten Entscheidung wird es auf der ganzen Welt regionale und lokale Aktivitäten geben, bevor der zentrale Gipfel in Belem stattfindet. In einem Brief an den Internationalen Rat, den Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen aus der Amazonasregion geschrieben hatten, stellten diese die Diskussionen um die Zerstörung der Amazonaswälder und die Bedeutung der Region im Kampf gegen den Klimawandel heraus. Belem als WSF-Austragungsort und wichtige Stadt im Amazonasgebiet „gibt tausenden ethnischen Gruppen eine Stimme und zeigt zugleich deren Bedrohungen durch die Invasion ihrer Territorien und die Ignoranz der öffentlicher Stellen auf“.

3. Sozialforum in Deutschland

Das Wendland wird vom 15. bis 18. Oktober 2009 der Schauplatz des 3. Sozialforum in Deutschland sein. Die Entscheidung fiel am 26. Oktober 2008 in Hamburg auf einem Plenumstreffen der Initiative für ein Sozialforum in Deutschland. Damit wurde die offizielle Bewerbung der Samtgemeinde Elbaue (mit acht Dörfern und den Städten Hitzacker und Dannenberg) angenommen. Ausschlaggebend hierfür war neben dem umfassenden logistischen Angebot des Gemeindeverbandes die Unterstützung des Vorschlags durch

die regionalen Initiativen, die seit Jahren die breiten Bürgerproteste gegen das Zwischenlager Gorleben und die Castortransporte tragen.

Während des Treffens der Initiative Sozialforum, an dem unter anderem Vertreter der Gewerkschaften Verdi, NGG und GEW, sowie von Attac, des BUND, der Friedensbewegung und verschiedener lokaler Gruppen teilnahmen, wurde betont, dass sich das 3. Sozialforum in Deutschland einreicht in die zahlreichen Widerstandsaktionen gegen den neoliberalen, kriegsrischen und umweltfeindlichen Kurs der Regierenden im Jahre 2009.

Das Forum im Wendland soll geprägt sein von den beim Europäischen Sozialforum in Malmö beschlossenen Schwerpunkten des Widerstands gegen Sozialabbau, gegen die NATO-Kriegspolitik und für Klimagerechtigkeit. Es soll insbesondere ein wichtiger Mobilisierungsschritt für die europaweiten Aktionen anlässlich des Klimagipfels im Dezember in Kopenhagen sein. Am 18. Januar 2009 ist in Hannover die erste breite bundesweite Vorbereitungs-konferenz geplant.

<http://weltsozialforum.org>

Film zum Grundeinkommen

Ein Film zum Grundeinkommen ist erfolgreich gestartet. Das Basler kult.kino war zur Premiere überfüllt. Zahlreich kamen die Gäste auch zu den Deutschland-Premieren in München und Göttingen und zu vielen weiteren Aufführungen in anderen Städten. In Basel und München kam er ins offizielle Kinoprogramm. Täglich erhalten die Filmemacher Rückmeldungen, die sagen: der Film begeistert, berührt und ist ein Schritt in der Grundeinkommensbewegung. Viele sind aktiv geworden ihn weiter zu verteilen, Vorführungen zu organisieren, ihn an Schulen zu bringen und vieles mehr. Die 3000 DVD's der ersten Auflage, die auf Anfrage kostenlos weitergegeben worden waren, waren schon nach 2 Wochen vergriffen. Ein Teil der zweiten Auflage wurde beim 3. Grundeinkommenskongress im Oktober in Berlin verbreitet.

Film online anschauen und downloaden

Zunächst brach der Kinosever in Basel zusammen. Zu groß war der Ansturm auf den online gestellten Film. Jetzt haben wir mit dem kult.kino eine leistungsfähigere Lösung gefunden, damit jeder den Film online ansehen, sich auf den Computer herunterladen, DVD's brennen und vervielfältigen kann. Film online bei www.kultkino.ch, Trailer bei Youtube, zum einbinden in die eigene Webseite. „Es ist ein kleiner kluger Film über den Zustand unserer Welt. Eine Art „Sendung mit der Maus“, die zu erklären versucht, wie das Grundeinkommen funktioniert, wer es finanzieren und was es bewirken könnte.“ (Mikael Krogerus, in der Zeitschrift „brand eins“).

Daniel Häni, Unternehmen Mitte, Gerbergasse 30, CH-4001 basel, Tel. 0041-61 263 36 63, Fax fax 61 263 36 64, daniel@mitte.ch,

www.mitte.ch. Initiative Grundeinkommen: info@initiative-grundeinkommen.ch, www.initiative-grundeinkommen.ch, www.grundeinkommen.tv

Erscheinung kommen kann, wie es von dem Inaugurator beider Bewegungen ins Auge gefasst war“.

Den vollständige Text der Einladung mit weiteren Informationen zu der Konferenz findet man unter www.wilfried-heidt.de/pdf/2008-12-08_einladung_beratungskonferenz.pdf

Vor 20 Jahren: Zeitgeist oder Dämon des Zeitalters?

Öffentliche Tagung im Internationalen Kulturzentrum Achberg vom 27. Dezember - 6. Januar 2009 // Beratungskonferenz 28. - 30. Dezember

Welche Inspirationen und Kräfte dominierten das Epochenjahr 1989, was sind die Folgen für das 21. Jahrhundert und welche Aufgaben sind der anthroposophischen Bewegung aus der zeitgeschichtlichen Konstellation gestellt? Seit der Jahreswende 1989/90 - gut einhundert Jahre nach dem Anbruch eines neuen Michaels-Zeitalters - ist die gesamte geistige und gesellschaftliche Situation der Zeit eine grundlegend andere geworden. Führende Intellektuelle der anthroposophischen Bewegung meinten, in den Ereignissen des Herbstes 1989 „einen Wink des Zeitgeistes“ erkennen zu können. War es ein solcher? Es hat bisher keine öffentliche selbstkritische Prüfung solcher Urteile gegeben. Auch nicht zu den Fragen, die sich dann aus zahlreichen Publikationen in den neunziger Jahren im Blick auf eine bestimmtes Verständnis der sog. „Michaelprophetie“ Rudolf Steiners zur angenommenen „Kulmination der Anthroposophie“ am Ende des 20. Jahrhunderts eigentlich hätten ergeben müssen. Die Tagung will diese Zusammenhänge kritisch prüfen und mit Vorträgen und Gesprächen den Dingen auf den Grund gehen. Was hat sich tatsächlich abgespielt und ergeben? Wo war die anthroposophische Bewegung 1989/90? Wo ist sie heute?

Verantwortlich: Wilfried Heidt, Achberg, und Gerhard Schuster, Wien (Freie Hochschule für praxisorientierte Geisteswissenschaft, Institut für Zeitgeschichte und Sozialwissenschaften). Bei Interesse an Informationen und Teilnahme: D-88147 Achberg, Panoramastr. 30, Tel. 08380-335 - wilfried.heidt@kulturzentrum-achberg.de, Info und Anmeldung auch auf www.wilfried-heidt.de

Beratungskonferenz

Im zeitlichen Zusammenhang mit der Tagung haben Wilfried Heidt, Gerhard Schuster und Peter Frank „Repräsentanten und MitarbeiterInnen der Dreigliederungsbewegung“ kurzfristig zu einer Beratungskonferenz vom 28. - 30. Dezember 2008 ins Internationalen Kulturzentrum Achberg eingeladen. Durch die Konferenz wird unter anderem angestrebt, „so bald wie möglich als Stellungnahme zur Zeitlage und ihren hauptsächlich Krisenerscheinungen und den Auswegen aus der Sicht der anthroposophischen Geisteswissenschaft zu den elementaren Systemfragen des sozialen Organismus eine Art Memorandum zu erstellen und zu publizieren.“ Es werde noch weiterer „Treffen bedürfen, um dahin zu kommen, dass die anthroposophische Bewegung auch als Bewegung für die Dreigliederung des sozialen Organismus zur

Kongress Solidarische Ökonomie

Wien, 20. - 22. Februar 2009

Vor dem Hintergrund einer lebendigen globalisierungskritischen Bewegung gewinnen vielfältige Projekte solidarischer Ökonomie an Kraft. Unsere Hoffnung gilt der Stärkung und Vernetzung aller Initiativen, die kritische Theorien und praktische Projekte verbinden. Sie alle suchen gemeinsame Wege in Richtung gesellschaftspolitischer, ökologischer und kultureller Veränderungen. 2006 fand ein Kongress zur Frage „Wie Wollen Wir Wirtschaften?“ in Berlin statt. Es kamen 1400 Leute, statt der erwarteten 500!

Ausgehend von diesem Kongress formulieren wir unsere Ziele: - Aufzeigen von Projekten auf lokaler, regionaler und globaler Ebene. - Den Begriff „Solidarische Ökonomie“ bekannt machen. - Austausch, Auseinandersetzung und Vernetzung in Theorie und Praxis. - Motivieren, in diesem Sinne aktiv zu werden. Das Verständnis von Solidarökonomie soll dabei breit angelegt werden - also bezogen auf Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert.

Wir wollen den Begriff „Solidarische Ökonomie“ bewusst nicht eng eingrenzen, um sehr unterschiedlichen Konzeptionen und Ansätzen Platz zu geben und kontroverielle Diskussionen zu ermöglichen. Dabei geht es um Kritik der Geschlechterverhältnisse, Grenzregime, Kapitalismus und/oder der Zerstörung natürlicher Lebensräume und auch um einen selbstreflexiven Blick auf solidarökonomische Projekte, wie z.B.: selbstverwaltete Räume und Betriebe, alte und neue Genossenschaften, solidarische Wohnformen, Aneignung von Raum und Ressourcen, Kommunen, Unternehmungen mit sozialer Zielsetzung, Bleiberechtsinitiativen, Tauschringe, Regionalwährungen, Frauenräume und feministische Projekte, Umsonstläden, alternative Finanzierungseinrichtungen, fairer Handel, Solidarische und Interkulturelle Gärten, Volksküchen, landwirtschaftliche Direktvermarktung, Ökodörfer, OpenSource, Alternative Bildungseinrichtungen, Wissensallmende, Grundeinkommen u.v.a.m.

Kongressgestaltung und -struktur: Unser Konsens gilt egalitären, partizipativen und unhierarchischen Formen und Prinzipien der Solidarischen Ökonomie, die wir auch in Vorbereitung und Ablauf des Kongresses leben wollen. Daraus ergab sich für die geplante Kongressstruktur: - Parallele gleichwertige Einheiten, in denen alle ihre Inhalte anbieten können. - Für spontane Veranstaltungsideen und weiterführende Diskussionen werden ebenfalls Räume vorhanden sein.

Infos: www.solidarische-oekonomie.at

Kapitalismus am Ende? Analysen und Alternativen

6. - 8. März 2009, Berlin, Technische Universität

Finanzkrise, Wirtschaftskrise, Energiekrise, Umweltkrise. Schafft der Kapitalismus sich selbst ab? Mit dem größten Crash an den Finanzmärkten seit der Weltwirtschaftskrise 1929 ist das Modell des Finanzmarkt-Kapitalismus kollabiert. Die Weltwirtschaft rutscht in die Rezession. Die Lebensmittelpreise in den armen Ländern explodieren, die Zahl der Hungernden steigt. 3,1 Milliarden Menschen leben in Armut, davon 1,4 Milliarden unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Die Klimaerwärmung beschleunigt sich, die fossilen Energien werden knapp. Immer mehr Menschen reiben sich die Augen und fragen, ob ein Wirtschaftssystem, das solche katastrophalen Krisen hervorbringt, wirklich „das Ende der Geschichte“ sein kann. Es ist offensichtlich, dass dieses System nicht in der Lage ist, die grundlegenden Probleme der Menschheit zu lösen.

Es ist an der Zeit, über den Kapitalismus zu reden - und vor allem über Alternativen. Was wollen wir eigentlich ändern? Was können wir ändern? Wollen wir einen anderen, besseren Kapitalismus? Vielleicht das skandinavische Modell, ohne Hartz IV, gerechter, ohne soziale Unsicherheit und ökologisch? Oder wollen wir den Kapitalismus abschaffen? Wenn ja, was könnte dann an seine Stelle treten? Was lernen wir aus den Fehlern früherer Versuche, den Kapitalismus zu überwinden?

Der Attac Kongress vom 6. bis 8. März 2009 in Berlin wird die Bühne werden für die Diskussion der systemischen Ursachen der Krisen. Themen sind u.a.: Armut und soziale Spaltung, der Klimawandel und der Krieg um Ressourcen, die Veränderung gesellschaftlicher Kultur, die Erosion der Demokratie und die Vermarktung immer neuer Lebensbereiche. Dabei geht es nicht darum, ein bestimmtes theoretisches Konzept als „Stein der Weisen“ zu propagieren. Die Kritik am Kapitalismus soll in der Vielfalt dargestellt und diskutiert werden, in der sie in der globalisierungskritischen Bewegung auch vorkommt: von Positionen, die sich auf die christliche Soziallehre berufen und z.B. in den Sozialausschüssen der CDU verortet sind, über Ansätze politischer Ökologie, über neo-keynesianische Positionen bis zu (neo)marxistischen Theorien. Das Projekt soll seine Anziehungskraft auch aus der anregenden Mischung der Positionen und den spannenden Referenten und Referentinnen ziehen. Weil es derzeit nicht das eine Modell als Alternative zum Kapitalismus gibt, wollen wir gemeinsam über die verschiedenen theoretischen und praktischen Suchbewegungen nachdenken - offen, kritisch und überzeugt, dass niemand ein fertiges Programm in der Tasche hat.

Mit dem Kongress wollen wir Menschen in die Diskussion einbeziehen, die von verschiedenen Auswirkungen betroffen sind, einzelne Aspekte des Kapitalismus kritisieren oder eine ganz andere Gesellschaft wollen: aus den Gewerkschaften, aus sozialen Bewegungen, aus NGOs, Verbänden, Kirchen, oder einfach nur Interessierte, die nirgendwo organisiert sind.

www.attac.de/aktuell/kapitalismuskongress

Wem gehört das Saatgut?

9. Saatgut-Tagung, Kassel, 24. Januar 2009

Dieser Frage gehen Vertreterinnen und Vertreter der biologischen Pflanzenzüchtung, des Naturkosthandels sowie Experten zum Thema geistige Eigentumsrechte auf der 9. Saatgut-Tagung der Zukunftsstiftung Landwirtschaft nach. In Vorträgen und Arbeitsgruppen werden im Anthroposophischen Zentrum Kassel unter anderem rechtliche Rahmenbedingungen zur Züchtung von und zum Handel mit Saatgut erläutert und Perspektiven zu einem anderen Umgang mit dem Kulturgut Saatgut vorgestellt. Informationen unter www.zs-l.de und Tel. 0234 - 57 97 172.

Vierter McPlanet.com Kongress

24. - 26. April 09
in der Technische Universität Berlin

Gegenwärtig erleben wir die wahrscheinlich heftigste Krise der Globalisierung: Die Weltwirtschaft ist massiv im Umbruch. Die globalen Finanzmärkte sind ins Wanken geraten, eine weltweite Rezession droht. Zugleich verschieben sich die weltwirtschaftlichen Gewichte: China und Indien haben das westliche Wirtschafts- und Konsummodell übernommen, Rasches Wachstum paart sich dort mit krasser sozialer Ungleichheit und bedrückender Umweltzerstörung. Derweil geht in Europa und den USA die Angst um vor dem Verlust von Arbeitsplätzen und Absatzchancen an die neuen Konkurrenten, ökologische Standards geraten zunehmend aus dem Blickfeld. Durch den Nachfrageschub aus Asien, Spekulation und ein falsches Wirtschaftsmodell schießen die Preise für Nahrung, Öl und andere Rohstoffe in die Höhe. Das Ende des billigen Öls ist in Sicht, eine globale Energiekrise steht am Horizont. Wasser wird knapp, die Meere sind überfischt. Und parallel werden die Auswirkungen des Klimawandels immer deutlicher spürbar. All dies macht deutlich: „Business as usual“ ist keine Option, und weit mehr als Kosmetik ist nötig, um die anstehenden Probleme zu bewältigen.

Vom 24.-26. April 2009 wird in Berlin zum vierten Mal der McPlanet.com-Kongress stattfinden und echte Alternativen und Lösungen zu den Krisen der Globalisierung diskutieren. McPlanet.com stellt unbequeme Fragen, sucht Antworten und bringt in über 100 Veranstaltungen Aktive aus Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung, aus Politik, Kirche und Kultur, aus Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, um über Globalisierung und Umwelt zu diskutieren und zu informieren. Wieder werden namhafte ReferentInnen dazu beitragen.

McPlanet.com 2009 ist ein gemeinsamer Kongress von Umwelt- und globalisierungskritischer Bewegung und wird gemeinsam von Attac, dem BUND, dem Evangelischen Entwicklungsdienst, Greenpeace und der Heinrich-Böll-Stiftung in Kooperation mit dem Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie veranstaltet. www.mcplanet.com

Initiative 2009: Wir sind das Volk

Zum 60. Geburtstag der Bundesrepublik
Deutschland: Endlich Grundgesetz verwirklichen!

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmt in seinem Artikel 20 Absatz 2: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“ Jahrzehntlang hat sich der parlamentarische Gesetzgeber trotz mehrerer Interventionen mit fadenscheinigen, verfassungsrechtlich fragwürdigen Ausreden, gestützt auf die „herrschende Lehre“ der Verfassungsrichter, geweigert, das Abstimmungsrecht des Volkes nach Art. 20 Abs. 2 auszugestalten, um diese Norm, die sich erkennbar nicht - wie behauptet - auf die Fragen der Neugliederung von Bundesländern beziehen kann, dem Bundesstaatsvolk als dem Souverän der Republik verfügbar zu machen. [...] Gewiss: Wir brauchen die parlamentarische Demokratie. Aber die Rolle der Bürgerschaft darf bei der Ausübung der „Staatsgewalt“ nicht aufs bloße Wählen beschränkt sein. Das ist keine reife Demokratie, sondern ein vormundschaftlicher Staat. In der modernen, lebendigen und selbstbewussten Demokratie muss die Gemeinschaft der mündigen Bürgerinnen und Bürger

1. jederzeit außerparlamentarisch das Recht ausüben können, aus ihrer Mitte Gesetzesinitiativen zu den Entwicklungen der gesellschaftlichen Lebensgebiete zu ergreifen und diese Initiativen - mit einer bestimmten Anzahl sie unterstützender Stimmberechtigter - in den parlamentarischen Gesetzgebungsprozess einzubringen.
2. Wenn das Parlament diese Initiativen nicht beschließt, müssen diese die Möglichkeit haben, ein Volksbegehren einzuleiten.
3. Erreicht dieses innerhalb der Dauer der Unterzeichnungskampagne die erforderliche Zahl zustimmender Unterschriften Stimmberechtigter, findet innerhalb einer Frist von mindestens einem halben und höchstens einem Jahr ein Volksentscheid statt. Es gilt die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.
4. In den Monaten zwischen dem erfolgreich abgeschlossenen Volksbegehren und dem Volksentscheid hat das Pro und das Contra zum Abstimmungsgegenstand im öffentlichen Diskurs in allen Massenmedien das gleiche Recht zur Darstellung seiner Argumente. Ein Ombudsrat, gebildet aus Vertretern der Medien und Vertretern der jeweiligen Initiative sowie einer vom Bundespräsidenten berufenen Mediatorengruppe ist für die Gestaltung des Prozesses der Information und Diskussion verantwortlich.

Die Initiative „WIR-SIND-DAS-VOLK - Grundgesetz verwirklichen“ fordert den Deutschen Bundestag auf, ein Gesetz zu verabschieden, damit - gleichzeitig mit der Bundestagswahl am 27. September 2009 - über die oben dargestellten vier Kriterien der komplementären Demokratie, der Demokratie des Zusammenwirkens von Parlament und außerparlamentarischen [zivilgesellschaftlichen] Initiativen, eine Volksabstimmung entscheiden kann. Im Falle mehrheitlicher Zustimmung soll der Bundestag beauftragt sein, innert eines Jahres ein an den vier Kriterien orientiertes Verfassungsgesetz zu beschließen. - Zur Unterstützung des Projektes wird im Internet eine Möglichkeit für Willensbekundungen eingerichtet.

Initiative 2009: Wir sind das Volk - D-88147 Achberg
Panoramastr. 30 - Tel. 08380-335. Vollständiger Text
der Petition und Unterschriftenlisten unter [http://www.
impuls21.net/pdf/initiative-2009-wir-sind-das-volk.pdf](http://www.impuls21.net/pdf/initiative-2009-wir-sind-das-volk.pdf)

Aktion Volksabstimmung

Mehr Demokratie e.V. und der Omnibus für direkte Demokratie mobilisieren weiter für die Einführung des Volksentscheids auf Bundesebene. Bisher hat sich im Deutschen Bundestag zwar noch keine Zweidrittel-Mehrheit für die nötige Verfassungsänderung gefunden. Doch am 7. Juni 2002 hat erstmals eine einfache Mehrheit des Bundestages für die Einführung der Volksabstimmung gestimmt. Dies war ein wichtiger Etappensieg. In Meinungsumfragen äußern konstant zwischen 70 und 85 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, dass sie bei wichtigen Zukunftsfragen mitbestimmen wollen. Wir wollen, dass dies endlich möglich wird.

Für das kommende Superwahljahr 2009 wird eine Schwerpunktaktion vorbereitet, mit der das uneingelöste Versprechen des Grundgesetzes, deutschlandweite Volksentscheide zu ermöglichen, auf die politische Tagesordnung gebracht und auch Wahlkampfthema werden soll. Mit der Aktion Volksabstimmung wenden sich Bürgerinnen und Bürger an die Abgeordneten im Bundestag und fordern sie auf, sich für die Einführung des bundesweiten Volksentscheids einzusetzen. Zugleich kündigen sie an, bei der Bundestagswahl ihre Stimme für die Volksabstimmung einzusetzen.

Weitere Informationen unter www.mehr-demokratie.de, www.aktion-volksabstimmung.de und www.omnibus.org. Dort können auch kostenlose Aktionskarten bestellt werden.

Hamburg braucht Hilfe

Aktionsurlaub vom
23. Januar bis 13. Februar

Hamburg braucht Hilfe für die Unterschriftensammlung des Volksbegehrens „Ein faires Wahlrecht in Hamburg“. Die Hamburger müssen jetzt das Volksbegehren schaffen, damit es am Tag der Bundestagswahl zum Volksentscheid kommt. Nur drei Wochen sind Zeit, um 62.000 Unterschriften zu sammeln. Das Volksbegehren geht vom 23. Januar bis zum 13. Februar 2009. Bitte kommen Sie in dieser Zeit für einige Tage nach Hamburg! Für die Unterkunft ist gesorgt, auch Reisekosten können bei Bedarf übernommen werden. Informationen zum Volksbegehren findet man unter www.faires-wahlrecht.de, zum Aktionsurlaub unter [www.mehr-demokratie.de/
urlaub-in-hamburg.html](http://www.mehr-demokratie.de/urlaub-in-hamburg.html). Kontakt Ramona Pump: Mehr Demokratie, Büro Hamburg, Tel: 040 - 317 691 00, ramona.pump@mehr-demokratie.de

Literatur

Benediktus Hardorp: Arbeit und Kapital als schöpferische Kräfte

Einkommensbildung und Besteuerung als gesellschaftliches Teilungsverfahren

Der Band versammelt dreizehn wichtige Texte des bedeutenden anthroposophischen Sozialwissenschaftlers Benediktus Hardorp, die an verschiedenen Stellen publiziert wurden und durch die Edition im Karlsruher Universitätsverlag wieder neu erschlossen werden. Das Werk ist unter einer Creative Commons Licence lizenziert und kann - wenn man auf die Paperback-Ausgabe verzichtet - im Internet frei heruntergeladen werden, was die Verbreitung sicher fördern wird und deshalb sehr zu begrüßen ist.

In einem einführenden Beitrag schreiben Götz W. Werner und Wolfgang Eichhorn: „Die Begriffe Arbeit, Einkommen und Besteuerung im Titel dieses Buches gehören zu den wichtigsten Begriffen, die jeden der heute lebenden 6,6 Milliarden Menschen und ihrer Nachkommen im Laufe des Lebens mehr oder weniger stark beschäftigen werden. Vielen von ihnen bereitet schon heute Mangel an herkömmlicher Arbeit und/oder Einkommen existenzielle Sorgen, einige sehen sich durch die Besteuerung um wesentliche Teile der Früchte ihrer Leistung(en) gebracht. Sie erleben sich als bedroht - aber nicht gefordert. Die wachsende Flut der populären, populärwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Ratschläge bzw. Gutachten zur Lösung der immer bedrohlicheren Probleme um Arbeit, Einkommen und Besteuerung hat bisher kaum Erfolg gezeitigt. Man gewinnt bei der Lektüre einschlägiger Arbeiten den Eindruck, dass mit den (teils bewährten wirtschaftlichen) Werkzeugen der Vergangenheit die (sozialen und wirtschaftlichen) Gebäude der Zukunft errichtet oder erhalten werden (sollen). Den meisten Ratschlägen fehlt es an Originalität und stichhaltiger Vision. Unter den wenigen originellen und visionären Lösungsvorschlägen ragen die von Benediktus Hardorp heraus; sie liefern nämlich ein beeindruckendes, schlüssiges Gesamtkonzept. Dieses Gesamtkonzept erschließt sich der Leserin/dem Leser dieses Buches sehr präzise: Zum einen sind Sprache und Stil seiner Arbeiten markant und klar, zum anderen nimmt man entlang der Folge der dreizehn Arbeiten mit Neugier und Freude am Bau(en) eines überzeugenden, stabilen Gebäudes teil.“

Schriften des Interfakultativen Instituts für Entrepreneurship (IEP) der Universität Karlsruhe (TH) Band 16. Universitätsverlag Karlsruhe 2008. Printing on Demand. Kostenloser Download über den Verlagsserver unter der URL <http://uvka.ubka.uni-karlsruhe.de/shop/isbn/978-3-86644-250-4>. ISSN: 1614-9076, ISBN: 978-3-86644-250-4. 214 S., Paperback 28,50 EUR.

Zwei Neuerscheinungen von Alfred Groff

Dreigliederungsimpulse für die Demokratie in Luxemburg am Anfang des 21. Jahrhunderts

Damit das zukünftige Zusammenleben der Menschen im sozialen Organismus besser funktionieren kann, könnten folgende drei Grundrechte eine sinnvolle Basis seines Mitwirkens in den kulturellen, staatlich-rechtlichen und wirtschaftlichen Bereichen darstellen: - eine multiperspektivistische Bildung - eine direkt-demokratische Mitbestimmung - ein bedingungsloses Grundeinkommen. ISBN 978-3-8370-6719-4, Paperback, 204 Seiten, EUR 14,90 (inkl. MwSt.). Im Buchhandel oder durch Überweisung des Unkostenbeitrages von 15 EUR auf das CCPL LU29 1111 1315 0671 0000 der MTK asbl

Bedingungsloses Grundeinkommen in Luxemburg

Den Menschen der Zukunft kann man durch drei Eigenschaften charakterisieren: Einsicht (Bewusstsein), Mitgefühl (Empathie) und die entsprechenden Handlungen (Alltagspraxis). Was verlangt die Zukunft von ihm? Wenn er im Hier und Jetzt die richtigen Fragen stellt, so erhält er aus der Zukunft die Antworten, die es ihm ermöglichen, statt auf mehr Liebe zu hoffen, mehr Liebe zu verschenken. Es geht um Liebesfähigkeit.

Paperback, 52 Seiten, EUR 5,00 (inkl. MwSt.). Erhältlich durch Überweisung des Unkostenbeitrages von 5 EUR auf das CCPL LU29 1111 1315 0671 0000 der MTK asbl

Roland Ostertag (Hg.): Die entzauberte Stadt.

Plädoyer gegen die Selbsterstörung. 15 Plädoyers gegen Stuttgart 21

Auf dieses Buch macht uns unser Autor Karl-Dieter Bodack aufmerksam, der selber daran mitgewirkt hat. Es geht um das Bahn- und Städtebauprojekt Stuttgart 21, von seinen Kritikern als Milliardengrab bezeichnet. Stuttgart 21 ist in mancher Hinsicht ein Lehrstück, beispielsweise in Bezug auf das Demokratieverständnis einer Verwaltung, die 60.000 Unterschriften für ein Bürgerbegehren glaubt ignorieren zu können. Weitere Autoren sind unter anderem der ehemalige SPD MdB Peter Conradi, der Tübinger Bürgermeister Boris Palmer, der Kabarettist Peter Grohmann und - posthum, mit einem Text von 1910 „Die Stadt“ - der Dichter Hermann Hesse.

Die entzauberte Stadt - 15 Plädoyers gegen die Selbsterstörung“, 224 Seiten mit Fotos und Plänen, Peter-Grohmann-Verlag, 14,90 EUR. Mit dem Erlös sollen verschiedene Stuttgarter Projekte gefördert werden.

Aufruf zum Kosten- Ausgleich

Etat 2009 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Christoph Strawe

Die Ereignisse des letzten Jahres haben noch einmal unterstrichen, wie notwendig die Arbeit für eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung ist. Die Beiträge, die wir dazu leisten konnten, wären nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung so vieler Freundinnen und Freunde - auch in finanzieller Hinsicht. Dafür möchte ich herzlich danken! Zugleich bitte ich Sie, unsere Initiative für die Dreigliederung des sozialen Organismus auch im kommenden Jahr dadurch zu unterstützen, dass Sie sich an der Kostenumlage beteiligen!

Das Kostenausgleichsverfahren

Seit 1990 halten wir es so, dass wir die Arbeit über ein Kostenausgleichsverfahren finanzieren. Eine solche Kostenteilung bot sich an, weil die Initiative Netzwerk Dreigliederung bewusst nicht als Verein begründet, sondern 1989 als loses Informations- und Kooperationsnetz geschaffen worden war. Daher kamen Mitgliedsbeiträge und Spenden als Finanzierungsquelle nicht in Betracht, sondern nur ein Umlageverfahren für die Kosten des gemeinsamen Projekts.

Der Kostenausgleich ist Ausdruck einer konkreten Mitverantwortung, die man für eine bestimmte Zeit in Übereinstimmung mit den eigenen finanziellen Möglichkeiten übernimmt. Grundlage für die Kalkulation des eigenen Beitrags ist der Jahresetat. Er beruht auf der Prognose der zu erwartenden Einnahmen und des zu deckenden Defizits. Funktionieren kann das Ganze nur, wenn im selben Maße, in dem einige Beteiligte aus Portemonnaiegründen den Richtsatz unterschreiten müssen, andere dafür mehr aufbringen.

Finanziert werden müssen die Sachkosten des Rundbriefs und ein entsprechender Einkommensbeitrag durch den die von den Beteiligten für notwendig erachtete

Vernetzungs- und Informationsarbeit des Büros ermöglicht wird.

Der Etat ist so aufgebaut, dass zunächst die erwarteten Sachkosten der Zeitschrift und die dafür spezifizierten Kostenausgleichsbeiträge dargestellt werden. Für die Restkosten ergibt sich ein Defizit, das sich diejenigen teilen, die über die reinen Sachkosten des Rundbriefs hinaus zur Finanzierung der Initiative beitragen wollen. Im neuen Jahr erhalten die „KostenausgleicherInnen“ des Vorjahrs eine Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben, zusammen mit einer Bescheinigung über den im Vorjahr übernommenen Kostenanteil.

Bei einem verbleibenden Defizit besteht keine „Nachschusspflicht“. Sollte einmal mehr als geplant eingehen, was allerdings nach allen Erfahrungen eine Überraschung wäre, so besteht - anders als bei Spenden - eine Rückforderungsmöglichkeit für den über die Defizitdeckung hinausgehenden anteiligen Beitrag.

Ergebnis 2008 und Etat 2009

Für 2008 liegen wir zum Zeitpunkt der Drucklegung des Heftes noch deutlich unter dem Etatziel. Da sich dies schon länger andeutete, haben wir teilweise durch Einsparungen gegengesteuert. Es wird aber wohl ein Defizit bleiben, das jedoch durch Rücklagen zu decken sein wird. Die Etatsätze für 2009 sind von vornherein etwas geringer angesetzt als im letzten Jahr. Dieser Etat für 2009 (siehe nächste Seite) ist bei dem Treffen am 6. Dezember in Stuttgart besprochen und einmütig gutgeheißen worden. Bitte helfen Sie mit, die gesteckten Ziele für das nächste Jahr zu erreichen! Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 11 61 625 bei der BW Bank, BLZ 600 501 01.

Den Beitrag für die Zeitschrift (Richtsatz EUR 20,-) können Sie in Ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese EUR 20,- dann für den Rundbrief an, so dass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen.

Wenn Sie Wert auf eine Kostenausgleichsbestätigung legen, ist es wichtig, dass der Überweisungstext eine klare Zuordnung ihrer Zahlung ermöglicht. „Freie Waldorfschule“ als Auftraggeber ohne weiteren Zusatz überfordert uns bei der Zuordnung natürlich.

Einzugsermächtigungen

Bezieher in Deutschland können den Betrag auch per Lastschrift einziehen lassen. Das ist vor allem dann sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Kostenbeitrag zukommen lassen möchten. Die Einzugsermächtigung muss den Betrag, die Kontonummer, Bank und Bankleitzahl enthalten. Sie können dazu das Formular auf der nächsten Seite verwenden oder die Ermächtigung formlos schriftlich erteilen. Bitte prüfen Sie gegebenenfalls, ob Sie eine Einzugsermächtigung bereits erteilt haben: Leider sind wir öfters damit konfrontiert, dass Menschen der Meinung sind, dies getan zu haben und an den Kosten zu partizipieren,

Etat 2009

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief	12.000 EUR	10.000 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		1.500 EUR
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		1.000 EUR
Gehaltsanteile und Honorare		22.000 EUR
Zusammen	12.000 EUR	34.500 EUR
Erwartete Unterdeckung		22.500 EUR

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 225 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 EUR bedeuten.

Steuerliche Behandlung

Steuerlich betrachtet ist der Kostenbeitrag wie gesagt keine Spende. Vielmehr bilden die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - so der Fachausdruck - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbstständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen.

Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen, gewerblichen Tätigkeit steht, als

Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.*

während in Wirklichkeit gar keine Ermächtigung bei uns vorliegt!

Auslandsüberweisungen

Seit Beginn des Jahres 2008 gibt es den einheitlichen europäischen Zahlungsraum (SEPA, Single Euro Payments Area). Durch ihn sind nun Überweisungen nicht nur innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch von und nach Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz gleich günstig und schnell wie Inlandsüberweisungen. Dies gilt allerdings nur, wenn bei der Überweisung die IBAN Nummer in Verbindung mit dem BIC (Bank Identifier Code) verwendet wird. Die IBAN-Nummer des Treuhandkontos Czesla: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST).

Für die Schweiz gibt es auch noch ein PostFinance-Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V., von dem wir für das Netzwerk spezifizierte Überweisungen an das deutsche Netzwerkkonto weiterleiten können. Die Kontonummer lautet: 85-602381-6 (BIC: POFICHBEXXX, IBAN: CH20 0900 0000 8560 2381 6). Wem das alles zu kompliziert ist, kann natürlich auch einen Geldschein per Brief schicken.

Finanzierung der Zeitschrift

Denken Sie bitte daran, Ihren Beitrag für den Bezug für das Jahr 2008 zu bezahlen. Wer das noch nicht getan hat: möglichst umgehend nachholen! Wir verschicken wegen des damit verbundenen Aufwands in der Regel keine Mahnungen. Dafür sind wir um so mehr auf das Verständnis und die Mitverantwortlichkeit unserer LeserInnen angewiesen.

Als Orientierungsgröße gilt der Richtsatz von EUR 20,-. Da es jedoch ziemlich viele Bezieher gibt, die aus finanziellen Gründen ihren Beitrag unter dem Richtsatz ansetzen müssen, sind wir natürlich dankbar, wenn Sie Ihren Beitrag höher bemessen können, damit die Rechnung aufgeht. Für Ihre Überweisung benutzen Sie das Kennwort „Rundbrief“. Gerne können Sie auch Probehefte zum Weitergeben bestellen.

* Wenn Sie hier ein Problem haben, dürfen Sie uns gerne wegen anderer Möglichkeiten, Dreigliederungsarbeit zu fördern, ansprechen.

Absender:
 Name, Vorname
 Straße
 Land/Ort/PLZ
 Tel./Fax/E-Mail
 An die Initiative
 Netzwerk Dreigliederung
 Libanonstraße 3
 D-70184 Stuttgart

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf jährlich EUR von meinem Konto einzuziehen. Davon sollen EUR auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

Konto-Nr:
 Bankinstitut:
 Bankleitzahl:
 Ort/Datum Unterschrift



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Seminare 2009

Finanz- und Wirtschaftskrise - und kein Ende?

Wie kommt Vernunft
in die wirtschaftlichen
und sozialen Prozesse?

**Tagesblockseminar,
Samstag, 21. Februar 2009**

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Alle 261, D - 34131 Kassel.
Mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Harald Spehl
und Dr. Christoph Strawe

9.30: Öffnung des Tagungsbüros

10.00 - 11.30 und 11.45 - 13.00:
Analyse der aktuellen Krisensituation:
Krisenverlauf, Rettungs- und Konjunkturprogramme,
Finanzgipfel, Staatsbeteiligung u.a. (Darstellung
und Gespräch)

13.00: Mittagspause

14.00 - 15.45:
Wie weiter? Organbildung: Bewusstsein schaffen -
Handlungsraum gewinnen (Darstellung und Gespräch)

16.15 - 18.00:
Wie weiter? Assoziative Lösungen als Ausweg
aus Markt- und Staatsversagen (Darstellung und
Gespräch)

Teilnahmebeitrag (ohne Verpflegung) EUR 100
Gemeinschaftsvollverpflegung EUR 17 (Mittages-
sen, Pausenverpflegung). Infos über Unterbringungs-
möglichkeiten unter www.sozialimpulse.de/texte_html/HotelsKassel.htm

Zusammenarbeit von Eltern und LehrInnen -

**Schlüsselfrage aufgabenorientierter
Selbstverwaltung**

Seminar, Sa/So, 20./21. Juni 2009

Anthroposophisches Zentrum Kassel,
Wilhelmshöher Alle 261, D-34131 Kassel
Mit Udo Herrmannstorfer,
Dr. Michael Ross, Mag. Friedrich Platzer
und Dr. Christoph Strawe

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung)
EUR 120, Gemeinschaftsvollverpflegung EUR 28 (Sa
Mittag- und Abendessen, So/So Pausenverpflegung).
Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter www.sozialimpulse.de/texte_html/HotelsKassel.htm

Wie führen wir einem sozialen Organismus Lebenskräfte zu?

**Innere Aspekte sozialer Gestaltung
und persönlicher Entwicklung**

Seminar, 13. - 15. November 2009

Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67, 60433
Frankfurt am Main
Mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr.
Harald Spehl und Dr. Christoph Strawe

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung)
EUR 140, Gemeinschaftsvollverpflegung zusätzlich
EUR 22. Infos über Unterbringungsmöglichkeiten unter
www.sozialimpulse.de/Texte_html/Anweg_Frankfurt.htm

Notwendigkeiten moderner Sozialgestaltung

Einführung in den
Arbeitsansatz
der Dreigliederung des
sozialen Organismus

- Einführende Vorträge
- Einführende Abendvorträge
mit Halbtagesseminar
- Einführende Eintages-Blockseminare

Mitarbeiter des Instituts für soziale Gegenwartsfragen stehen im Rahmen ihrer terminlichen Möglichkeiten für eine Einführungsarbeit in die soziale Dreigliederung zur Verfügung. Interessenten wenden sich an die Geschäftsstelle des Instituts, Adresse siehe unten.

Organisatorisches

Sie erhalten rechtzeitig vor Beginn des jeweiligen Fortbildungsseminars eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen.

Die Teilnahmegebühr bitte im voraus überweisen an das Institut für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart, Kontonummer 1238 6000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67.

Kurzfristige Anmeldung und Bezahlung bei Tagungsbeginn möglichst nur im Einzelfall nach Rücksprache. Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall möglich, bedürfen jedoch ebenfalls der Rücksprache.

Anmeldung / Info

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V. Stuttgart
Libanonstr. 3, D - 70184 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de
Internet: www.sozialimpulse.de
www.sozialimpulse.de/fortbild.htm

Studiengang Sozialentwicklung

Soziale Dreigliederung als Weg zu
Verständnis und Gestaltung sozialer
Prozesse - Sozialqualifizierende
berufsbegleitende Ausbildung

Das zweijährige Studienangebot richtet sich besonders an Verantwortungsträger in alternativen Einrichtungen und zivilgesellschaftliche AktivistInnen, aber auch an allgemein Interessierte. Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer (Dornach), Mag. Friedrich Platzer (Wien), Dr. Michael Ross (Berlin), Prof. Dr. Harald Spehl (Trier/Mainz), Dr. Christoph Strawe (Stuttgart).

Dritter Durchgang voraussichtlich ab Anfang 2010. Bei Interesse an der Teilnahme wenden Sie sich bitte an: Institut für soziale Gegenwartsfragen, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. (+49) 0711 - 23 68 950, Fax 23 60 218, Institut@sozialimpulse.de, www.sozialimpulse.de

Themen

1. Studienjahr

Arbeitswoche: Grundlagen und Aktualität der Dreigliederung des sozialen Organismus

Wochenendseminar: Grundlagen und Bedeutung der Selbstverwaltung im sozialen Organismus

Wochenendseminar: Von der Organisation zum Organismus: (Gliederung, soziale Lebensprozesse und Organbildung, Salutogenese im Sozialen)

Wochenendseminar: Grundlagen und Praxis des assoziativen Wirtschaftens

Wochenendseminar: Fragen der Preisbildung in der Wirtschaft und in der Kultursphäre, Preis und Lohn

Wochenendseminar: Die Bedeutung des Eigentums für die individuelle und soziale Entwicklung

2. Studienjahr

Arbeitswoche: Sozialgestaltung und Menschenverständnis - Das Soziale als Übungsfeld menschlicher Entwicklung

Wochenendseminar: Die Neuordnung des Geldwesens

Individualität und Staat I: Der Vertrag als Quelle modernen Rechts

Individualität und Staat II: Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

In Entwicklungen denken (nachhaltige Entwicklung)

Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung)

Abschließende Intervention der TeilnehmerInnen